

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtigste Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenabteilung Berlin (03 0 54) 10 15 34 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 Bfr., Dänemark 8,00 Dkr., Frankreich 9,50 Ffr., Griechenland 100 Dr.
Großbritannien 65 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 100,00 Dinar, Norwegen 22,00 Nkr.
Niederlande 2,00 fl., Österreich 13,50 Sch., Portugal 200 Esc., Schweden 5,50 Skr., Schweiz 1,80 Sfr., Spanien 125 Ptas., Tschechien 150 Pts.

POLITIK

Arbeitskampf: Die Arbeitgeber drängen auf rasche Schlichtung, möglicherweise schon am Wochenende. Im Tarifkonflikt der Metallindustrie. Die Schäden des Streiks weiten sich immer mehr aus. Opel-Vorstandsmittelglied Gäh: Allein bei diesem Unternehmen bisher eine Milliarde Verlust. Rund 70 000 Fahrzeuge wurden nicht hergestellt. (S. 8)

Scheidungsrecht: Anwaltsverein, Richterbund und Familiengerichtstag lehnen die Vorschläge der Koalitionsexperten zur Änderung des Unterhaltsrechts ab, besonderer Kritikpunkt ist das Vorhaben, selbst rechtskräftige Scheidungsverfahren wieder aufzurollen. (S. 4)

Umweltschutz: Bayerns Wahlberechtigte stimmen am Sonntag parallel zur Europa-Wahl über die Absicht der Staatsregierung ab, den Umweltschutz in der Verfassung zu verankern. (S. 4)

Lehrings-Rekord: Die Zahl der Lehrlinge hat 1984 den höchsten Stand seit dem Krieg erreicht. Nach Erhebungen des Statistischen Bundesamtes befanden sich zu Jahresbeginn 1 721 600 Jugendliche in einer betrieblichen Ausbildung, darunter 39,3 Prozent Mädchen. Gegenüber 1983 ist dies eine Zunahme um 45 700 oder 2,7 Prozent.

Raketen-Entscheid: Nur mit Hilfe von sieben oppositionellen Abgeordneten hat die Koalitionsregierung die „Raketen-Debatte“ im Haager Parlament politisch überlebt. (S. 5)

Europa-Wahl: Briten, Iren, Niederländer und Dänen haben schon gestern ihre Stimmen für das Europa-Parlament abgegeben. Die Ergebnisse werden allerdings erst zusammen mit denen der Wahlen in den übrigen sechs EG-Ländern am kommenden Sonntag veröffentlicht.

An die Leser der WELT

Wegen der anhaltenden Arbeitsniederlegungen kommen weiterhin viele Zeitungen gar nicht oder nur mit Notausgaben auf den Markt. Auch die WELT kann heute nur mit eingeschränktem Umfang, besonders im Börsenteil, erscheinen. Wir bitten Leser und Anzeigenkunden um Verständnis.

Verlag und Redaktion DIE WELT

WIRTSCHAFT

Landwirtschaft: Bundesernährungsminister Kiechle geht davon aus, daß die Anhebung der Vorsteuerpauschale für Landwirte von acht auf 13 Prozent zum 1. Juli in Kraft treten wird, und zwar selbst dann, wenn auf dem nächsten EG-Gipfel am 25. und 26. Juni keine einvernehmliche Lösung gefunden werden sollte. (WELT-Gespräch S. 9)

Abgassteuer: Am 3. Juli entscheidet das Kabinett über die Entwurfsentwürfe für die neuen Modelle. Als sicher gilt eine zeitlich gestaffelte Kfz-Steuerbefreiung ab 1986 für fünf bis sieben Jahre. (S. 9)

Lurgi: Die weltweite Flaute im Großanlagenbau mit Rückgang der Auftragsbestände auf 1,2 (1,7) Milliarden DM 1982/83 scheint beständig. Weltweit gebe es derzeit einen einzigen Auftrag über 100 Millionen DM, klagt Vorsitzender Dietrich Ertl. (S. 10)

Börse: Die Streiks und ihre Folgen führten zu erheblichem Abgabedruck und allgemeinem Kursrückgang. Der Rentenmarkt war dagegen freundlicher. WELT-Aktienindex 145,5 (147,3). Dollar-Mittelkurs 2,7115 (2,7168). Mark-Goldpreis pro Feinunze 376,00 (374,00) Dollar.

ZITAT DES TAGES



„Ich bin weit davon entfernt, einen Seite allein die Schuld anzulasten. Aber ich halte es für dringend notwendig, daß der Arbeitskampf ein Ende findet.“

Bundespräsident Karl Carstens bei einem Redaktionsbesuch der WELT (S. 3)
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

KULTUR

Sacharow-Film: Im Beisein von vier sozialistischen Kabinettsmitgliedern, aber unter auffälliger Abwesenheit von Vertretern der Kommunistischen Partei oder der sowjetischen Botschaft, erlebte der amerikanisch-englische Fernsehfilm „Sacharow“ am Mittwoch im Pariser Palais Chailot seine Welturaufführung. (S. 10)

Germania Judaica: Die Kölner Bibliothek zur Geschichte des deutschen Judentums feierte gestern ihr 25-jähriges Bestehen. Sie gilt mit 34 000 Bänden als größte Spezialbibliothek in der Bundesrepublik über das deutsche Judentum seit dem 18. Jahrhundert. Eine Jubiläumsausstellung ist bis 16. September geöffnet.

SPORT

Fernsehen: Die beiden deutschen Fernseh-Anstalten ARD und ZDF werden täglich rund 16 Stunden von den Olympischen Spielen in Los Angeles (28. Juli bis 12. August) berichten. Die Berichterstattung findet rund um die Uhr statt.

Olympia: Das Nationale Olympische Komitee (NOK) hat 218 Sportler in 13 Sportarten für Los Angeles nominiert. Das gesamte Aufgebot soll 480 Sportler umfassen - die größte deutsche Olympiamannschaft aller Zeiten. (S. 14)

AUS ALLER WELT

Kurklinik-Affäre: Der Prozeß gegen Kommunalpolitiker und Beamte aus Bad Honnef wegen angeblichen Millionenbetrugs zu Lasten der Bundesversicherungsanstalt ist eingestellt worden. Die von der Anstalt und der Staatsanwaltschaft erhobenen Vorwürfe hielten einer gerichtlichen Überprüfung nicht stand. (S. 16)

In Vietnam verschollen: Die nach dem Untergang des Ölforschungsschiffes „Gloria Java Sea“ im Oktober 1983 vermissten US-Soldaten befinden sich möglicherweise in einem vietnamesischen Gefangenenlager. (S. 16)

Wetter: Kühl, bewölkt, im Süden regnerisch.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen:** Ist Mitteleuropa möglich? Gastkommentar von Vizebürgermeister Busek (Wien) S. 2
- Wie war das?** Als Herbert v. Karajan das Erbe von Wilhelm Furtwängler antrat S. 3
- Anklageerhebung?** Wirtschaftsminister Lambsdorff und die Bonner Spekulationen S. 4
- Schweiz:** Wenig Begeisterung für den Papst; nur in Lugano sprang der Funke über S. 5
- Fernsehen:** Als Moser seinen Text verfaßt: Erinnerungen an den großen Schauspieler S. 7
- Forum:** Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 7
- Uruguay:** Rückkehr des früheren Senators Ferreira bringt das Land in Bedrängnis S. 8
- Großbritannien:** Zusätzliche Arbeitskräfte - Leitartikel von Wilhelm Furler S. 9
- Fußball:** Vincenzo Scifo, Italiener aus Belgien - Europameisterschaft hat ihren ersten Star S. 14
- Deutschland:** 150 Jahre Eisenbahn - Zum Jubiläum läßt die DB wieder Dampf ab S. 16

Blüm: Tarifstreit darf nicht zur Sozialschlacht werden

WELT-Interview mit dem Arbeitsminister / Schlichtung „eine Chance“

DW. Bonn
Bundesarbeitsminister Norbert Blüm wertet die Absicht der Tarifparteien in der Metallindustrie, einen Kompromiß durch die „besondere Schlichtung“ zu suchen, als einen Erfolg der besonnenen Kräfte. In einem Interview der WELT warnt er die IG Metall vor dem Rückfall in klassenkämpferische Töne. Die Fragen stellte Günther Bading:

WELT: Nach fünf Wochen Streik soll jetzt im Metall-Tarifkonflikt der Schlichter einen Kompromiß suchen. Während dieser „besonderen Schlichtung“ geht allerdings der Arbeitskampf weiter. Wie beurteilen Sie diesen Weg?

Blüm: Die Verhandlungen in Stuttgart sind festgefahren. Alles, was aus dem Pakt herausführt, ist gut. Die besondere Schlichtung ist die Chance, auf neuen Gleisen zu probieren, was auf den alten nicht gelungen ist. Jeder Tag, an dem der Arbeitskampf weitergeht, ist 24 Stunden zuviel. Mit der besonderen Schlichtung scheinen sich die besonnenen Kräfte auf beiden Seiten durchzusetzen.

WELT: In der IG Metall, der auch

Sie als Mitglied angehören, überwiegen klassenkämpferische Töne. So hat Vorstandsmitglied Hans Preiß erklärt, dieser Streik diene dazu, die „Diktatur des Kapitals“ zu brechen. Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen?

Blüm: Die Klassenkämpfer verheizen die Arbeitnehmer für ihre wildgewordenen Ideen. Sprüche von der „Diktatur des Kapitals“ gehören in das neunzehnte Jahrhundert. Die Ideologien sind reaktionär. Wir haben weder die „Diktatur des Kapitals“, noch wollen wir die „Diktatur des Proletariats“, sondern die Zusammenarbeit der Vernünftigen. Die besonnenen Gewerkschafter müssen jetzt das Heft in die Hand nehmen, wenn die Gewerkschaften sich nicht selber kaputt machen wollen. Wer aus einer Tarifauseinandersetzung eine Sozialschlacht macht, mißbraucht die Arbeitnehmer und ruiniert die Volkswirtschaft. Ich will keine schwachen Gewerkschaften, in denen nur noch Klassenkämpfer Platz haben. Ich will starke, verantwortliche Gewerkschaften. Stärke und Verantwortung gehören zusammen, ebenso wie Ideologie

und Schwäche. Unternehmer, welche die Gewerkschaften k.o. schlagen wollen, sind allerdings genauso schlimm wie die Klassenkämpfer von der anderen Seite.

WELT: Der Bundesregierung wird von Gewerkschaftsseite vorgeworfen, sie habe mit ihrer Ablehnung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in die Tarifautonomie eingegriffen. Ist dieser Vorwurf gerechtfertigt?

Blüm: Den Tarifpartnern will keiner - auch nicht die Regierung - die Entscheidung abnehmen. Aber eine Regierung muß auf Folgen einer Entscheidung hinweisen dürfen, die sie für falsch hält. Schließlich präsentieren uns die Wähler die Quittung, wenn die Arbeitslosigkeit nicht abnimmt, sondern steigt. In einer freien Gesellschaft gibt es keine Sprechverbote und auch keinen Maulkorb für die Regierung.

WELT: Die Regierung hält diesen Weg für falsch. Ist die 40-Stunden-Woche ein Tabu? Sehen Sie andere Lösungsmodelle für das Arbeitszeitproblem?

Fortsetzung Seite 2

Kohl: Kabinettsumbildung kein Thema

Kanzler nennt Gerichte um Lambsdorff eine Diskussion, die der FDP bewußt schaden soll

rmc./Co./p.p. Bonn
Bundeskanzler Kohl hat im Zusammenhang mit einem möglichen Gerichtsverfahren gegen Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff die Bonner Opposition scharf angegriffen. Kohl sagte gestern zu Gerichten über eine angeblich bevorstehende Entscheidung des Bonner Landgerichts, gegen den Minister das Hauptverfahren zu eröffnen: „Das ist eine bewußt herbeigeführte Diskussion mit dem klaren Ziel, der FDP am kommenden Sonntag zu schaden.“

Der Regierungsspieler schied damit auf die bevorstehende Europawahl und das denkare Interesse der SPD an, Kohls Koalitionspartner FDP im Zusammenhang mit dem anhängigen Steuerhinterziehungs-Verfahren ins Ziel zu bringen. Der Kanzler sagte, man merke die Absicht, er sei aber nicht einmal mehr verstört. Bisher sehe er nicht den mindesten Grund, über eine Kabinettsbildung nachzudenken. Zugleich sprach sich Kohl gegen eine Zwischenlösung für den Fall aus, daß Lambsdorff sein Ministeramt niederlegen würde.

Kohl bekräftigte, daß es beim Zeit-

plan für eine Steuerentlastung bleibe. Bis Ende Juni werde er in koalitionsinternen Gesprächen die Entscheidungen über die wirtschaftspolitischen Eckwerte herbeiführen. Auf ihnen basierend werde Bundesfinanzminister Stoltenberg in der Sommerpause den Referentenentwurf für das Steuerentlastungsgesetz fertigen lassen, der danach den Verbänden vorgelegt werde. Die Verabschiedung der Regierungsvorlage kündigte der Kanzler für die dritte Novemberwoche im Bundeskabinett an. Das Gesetz solle bis zur Sommerpause 1985 geblieben sein, und am 1. Januar 1986 solle es in Kraft treten. Zu diesem Termin werde auf jeden Fall Familien mit Kindern eine Steuerentlastung eintreten, sagte der Kanzler.

Kohl kündigte weitere Schritte in Richtung auf eine europäische politische Union an. Er verwies auf die Straßburger Rede des französischen Staatspräsidenten Mitterrand, die im wesentlichen auch den Bonner Standpunkt wiedergebe. Ihm gehe es darum, nicht dogmatisch, sondern in

einer Politik kleiner Schritte Europa voranzubringen.

Der Kanzler bekräftigte seine Absicht, im Sinne der Vereinbarung mit Mitterrand die Grenzkontrollen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich sowie möglichst auch mit den Beneluxländern rasch abzubauen. Kritische Hinweise auf eine mögliche Zunahme des Rauschgiftumschlages kontierte er mit der Bemerkung, daß in den Hauptferienzeiten an den Grenzen ohnehin kaum Kontrollen stattfänden.

Die bevorstehende Europawahl, so betonte Kohl, beurteile er durchaus nicht so pessimistisch wie manche andere. In diesem Zusammenhang wies Bundesaußenminister Genscher gestern abend im Fernsehen darauf hin, daß dem neu zu wählenden Europäischen Parlament erhebliche Bedeutung dadurch zukomme, daß es die EG-Kommission stützen könne.

Berichte über einen bevorstehenden neuen Kredit an die „DDR“ bezeichnete der Kanzler als falsch. Er wisse weder etwas von Verhandlungen. Fortsetzung Seite 2

Die Kreml-Führung ermahnt Kadar

RGW-Gipfel beendet / Tschernenko: Erfolg bei „Harmonisierung der Wirtschaftspolitik“

DW. Moskau/Bonn
Mit einer kurzen Ansprache des Kremlchefs Konstantin Tschernenko ist gestern in Moskau das Gipfeltreffen des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) zu Ende gegangen. Tschernenko sprach von einem „größeren Schritt vorwärts bei der Harmonisierung der Wirtschaftspolitik“. Die Texte der Erklärungen sollen erst heute veröffentlicht werden. Aus osteuropäischen Kreisen wurde bekannt, daß bei der Konferenz vor allem die „DDR“, Ungarn und Rumänien ihre Entschlossenheit zum Ausbau des Handels mit westlichen Staaten zum Ausdruck gebracht haben. Dagegen soll die Sowjetunion das Schwerkraft auf den Ausbau der Handelsbeziehungen innerhalb der RGW gelegt haben. Nur Bulgarien und die Tschechoslowakei seien bereit gewesen, diesen Integrationsplänen vorbehaltlos zuzustimmen.

F.H. NEUMANN, Moskau
Konstantin Tschernenko traf am Rande des Moskauer RGW-Gipfels mit dem ungarischen Parteichef János Kadar zusammen. Aus der Tass-Mitteilung über das Gespräch mit Kadar geht klar hervor, daß die ungarische Seite wieder zur Blockdisziplin in außenpolitischen Fragen ermahnt wurde. Im April hatte die Budapest-Führung mehrfach erklärt, den Dialog mit dem Westen trotz der Raketenstationierung fortzusetzen und „gegenseitige vorteilhafte Beziehungen zu Staaten mit anderen Gesellschaftssystemen weiterzuführen“. Damals war Außenminister Gromyko bei einem offiziellen Besuch der ungarischen Position entgegengetreten.

Im Gespräch mit Tschernenko ist Kadar jetzt zu „vollständiger Einmütigkeit bei der Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Lage“ sowie zur Konfrontation mit den USA und anderen „aggressiven Kräften des Imperialismus“ verpflichtet worden, die für die Spannung in Europa verantwortlich seien. Kadar hatte auch der Forderung zuzustimmen, daß Einheit und Geschlossenheit des Ostblocks weiter gefestigt werden müßten.

Dagegen konnte der tschechoslowakische Staats- und Parteichef Gustav Husak, den Tschernenko mit dem höchsten Orden der Sowjetuni-

on auszeichnete, die volle Wertschätzung des Kreml genießen. Moskau und Prag vertraten in allen internationalen Angelegenheiten einen „einheitlichen Standpunkt“. In der Begründung für den ihm verliehenen Lenin-Orden wurden auch Husaks Verdienste um die Liquidierung des Prager Frühlings hervorgehoben.

Bis auf Erich Honecker sind nun bis gestern alle Parteiführer Osteuropas von Tschernenko in Einzelaudienz empfangen und auf einen einheitlichen Linie festgelegt worden. Die Unterstützung der ungarischen Position, die das „Neue Deutschland“ durch den Abdruck Budapest-Forderungen ausgedrückt hatte, war zwar in Moskau unangenehm aufgefallen, doch auch die milden Worte Honeckers für weitere Westkontakte haben in Moskau seine außenpolitische Zuverlässigkeit nicht in Frage gestellt. In den Schlußfolgerungen des Gipfels kann daher nach langer Vorbereitungen und einigem Tauschen wieder die volle Einmütigkeit aller Blockmitglieder demonstriert werden.

Wie in Polen Widerstand geprobt wird

DW. Warschau
Die Untergrundführung der Gewerkschaft „Solidarität“ hält ungeachtet aller Drohungen des Regimes an dem Protestprogramm gegen die „Gemeindevahlen“ am Sonntag fest. Die Bevölkerung der Hauptstadt Warschau wurde jetzt aufgerufen, am Morgen des „Wahltages“ die Zehn-Uhr-Messen zu besuchen, sich dann vor den Amtssitzen der Gemeinderäte in den einzelnen Stadtteilen zu versammeln und sich anschließend an einem Stummwettbewerb zum Rathaus zu beteiligen. Auf einer Kundgebung vor dem Rathaus sollen, wie es in der westlichen Journalisten zugespielt Erklärung heißt, „wirklich freie Wahlen“ gefordert werden.

In zahlreichen Untergrundzeitungen wird seit längerem auf erprobte Formen des Widerstandes hingewiesen, die neben einem Wahlboykott für

empfehlenswert gehalten werden. So sollen die Polen am 17. Juni Trauerkleidung tragen. Die Arbeitnehmer wurden aufgefordert, die Annahme von Geldprämien am Tag der „Wahlen“ zu verweigern, wie das am Freitag, am 8. März, viele polnische Frauen in den Betrieben getan haben. Geheimdienst und Polizei fahnden nach den Tätern, die Banknoten mit regimfeindlichen Stempeln und Aufdrucken versehen haben. Viele Geldscheine trugen die Aufschrift: „Die Solidarität gewinnt doch.“ Tausende von Zehn-Zloty-Noten mußten eingezogen werden, weil auf ihnen geschrieben stand „Die Kräfte kriegen“. Die Kräfte ist das Synonym für den herrschenden Militärapparat in Warschau.

In Danzig wurde über Nacht die „Pilotenstraße“ in „Unteroffizier-Walassa-Strasse“ umbenannt. Der

„Platz der Arbeitereinheit“ in Warschau hieß plötzlich „Lech-Walassa-Platz“. Städtische Reinigungskolonnen müssen Wandbeschriftungen überstreichen und die von Anhängern der „Solidarität“ angebrachten Straßenschilder entfernen.

Regimetreue Künstler werden „ausgeklatscht“. Die Folge: Viele Konzerte, Vorstellungen und Vorlesungen wurden abgebrochen. Kistenweise erhalten Mitglieder des neuen Schriftstellerverbandes ihre Bücher von den Lesern zurück. Während der Tagesschau des Fernsehens gehen viele Polen demonstrativ spazieren.

Forderungen nach einem Wahlboykott, wie sie von mehreren Priestern erhoben worden waren, wurden von der Bischofskonferenz zurückgewiesen. Allerdings ging der Episkopat nicht auf das Verlangen des Regimes ein, zur Teilnahme aufzufordern.

DER KOMMENTAR

FDP im Fadenkreuz

HERBERT KREMP

Das Gericht, nicht Gerichte, entscheidet darüber, ob das Hauptverfahren gegen Graf Lambsdorff und andere Beschuldigte in Sachen Flick eröffnet wird oder nicht. Aber die Mutmaßungen, die immer wieder an die Öffentlichkeit gelangen, beeinflussen das politische Klima in Bonn und setzen, sofern sie von interessierter Seite aufgegriffen werden, besonders der FDP zu, die einer inneren und äußeren Zerreißprobe ausgesetzt ist.

Dies gilt selbst angesichts der Vermutung, daß die Beschuldigten der Eröffnung eines Hauptverfahrens guten Mutes entgegenstehen könnten. Wenn ihr Optimismus zutrifft, würde das Verfahren sogar jene reinigende Wirkung haben, die aus Gründen der politischen Hygiene wünschenswert ist. Die Feindseligkeit in einem Teil der Medien, die sich auf dem Umweg einer Affäre gegen die Bundesregierung richtet, würde zwar anhalten, sie verliere jedoch ein eifrig gesuchtes und eifersüchtig gehaltenes Kampffeld.

Die Freien Demokraten, insbesondere ihr Vorsitzender Genscher, lehnen es aus begreiflichen Gründen ab, sich zu den Spekulationen im Weich-

bild der Europa-Wahlen vom Sonntag zu äußern. Ihr Standpunkt für den Fall der Fälle ist jedoch klar: Die Partei wird darauf bestehen, das Bundeswirtschaftsministerium zu behalten. Denn die maßgebliche Mitwirkung auf diesem Gebiet des Regierens ist der Kern der Identität, ist die Lebensreserve der FDP und bildet gleichzeitig das Hauptkettenglied der Koalition.

Der Bundeskanzler ist sich dieser Tatsache bewußt. Er hat sich das Wort von der „Revitalisierung“ der FDP zu eigen gemacht, während Strauß, der die Bonner Verhältnisse eher distanziert betrachtet, zumindest „keine Alternative“ zum Regierungsbündnis sieht, wie er jüngst bekundete. Über die Feindseligkeit, daß die Freien Demokraten keine überzeugende personelle Alternative für die Besetzung des Wirtschaftsressorts anzubieten haben, führt das freilich nicht hinweg. Dem Kabinettsrevirement würde jedenfalls in dieser Hinsicht der Zug des Provisorischen anhaften. Die Berufung Mischicks, von der Rede ist, böte aber zumindest die Gewähr, daß die Personaldiskussion, die Genscher Rückzugsabsicht in Fahrt brachte, unter der Lärmschwelle bliebe.

Washington: UdSSR-Rüstung nahm 1983 zu

DW. Washington

Sowohl die Sowjetunion als auch die USA haben 1983 ihre Rüstungsausgaben im Vergleich zum Vorjahr beträchtlich erhöht. Nach Angaben des US-Verteidigungsministeriums erhöhte sich die sowjetische Waffenbeschaffung ohne die Einbeziehung bestimmter Personalkosten um fünf bis zehn Prozent auf umgerechnet 235 Milliarden Dollar. Ihr stand eine Zunahme der Waffenproduktion in den USA um 14,7 Prozent auf 180 Milliarden Dollar gegenüber.

Die Pentagon-Beamten wiesen darauf hin, daß keines der 18 neuen oder verstärkt produzierten Waffensysteme der UdSSR, darunter auch zwei neue Modelle interkontinentaler ballistischer Raketen (ICBM), als Reaktion auf die Rüstungsanstrengungen Washingtons zu betrachten sei, die 1981 begannen. Vielmehr seien die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die neuen sowjetischen Waffensysteme bereits zwischen 1973 und 1976 aufgenommen worden.

In den Jahren 1976 bis 1982 seien die sowjetischen Militärausgaben um jährlich rund zwei Prozent gestiegen. Während die UdSSR in den Vorjahren in die Forschung und Entwicklung von Waffen investiert habe, gingen die erhöhten Aufwendungen für 1983 hauptsächlich auf die Einführung neuer und kostspieliger Waffensysteme zurück. Vor allem seien Panzer und Raketen aufgewendet worden. Auch verbesserte Modelle der Interkontinentalraketen SS-18 und SS-19 sollen 1983 in Produktion gegangen sein.

Schon 982 Häftlinge freigekauft

WERNER KAHL, Gießen

Die Bundesregierung hat in diesem Jahr bereits 982 politische Gefangene aus der „DDR“ freigekauft. Damit wurden bis Mitte Juni annähernd so viele Häftlinge in die Bundesrepublik Deutschland entlassen wie sonst nur im Zeitraum eines ganzen Jahres. Das verlaute gestern auf einer Tagung des Bundesinnenministeriums im Notaufnahmehotel Gießen mit den Verbänden, die ehemalige politische Häftlinge aus der „DDR“ betreuen.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern bestätigt, daß erneut Bewohnen der „DDR“ in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin Zuflucht gesucht haben, um ihre Ausreise zu erzwingen. Staatsminister Philipp Jenninger stehe daher in „fortdauerndem Verhandlungskontakt“ mit der „DDR“.

Nach jetzt vorliegenden Zahlen erhielten im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. April 25 390 Personen die Genehmigung zum Verlassen der „DDR“. Die Zahl der Übersiedler ging im Mai auf 628, einschließlich der alten noch abgewickelten Fälle, zurück. In Kreisen der Bundesregierung wird jedoch für den Fall eines Besuches des „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in der Bundesrepublik erneut mit einer großzügigeren Ausreisepolitik für die Monate August bis Jahresende gerechnet, wobei man von einer Verdoppelung der gegenwärtigen Ausreisegenehmigungen ausgeht. Täglich melden sich gegenwärtig im Notaufnahmehotel Gießen zwischen 20 und 30 Personen aus der „DDR“.

Seite 2: Bedenken Moskaus
Seite 4: Mehr politische Häftlinge

VERMIETETE EIGENTUMSWOHNUNGEN ALS KAPITALANLAGE



- Topobjekte in besten Wohnlagen
- Vorwiegend aus der Zeit des Klassizismus oder der Jugendstilpoche
- Kein Bauherrenrisiko
- Erforderliches Eigenkapital jeweils nur 10% des Gesamtaufwandes
- Finanzierung des Eigenkapitals bei entsprechender Progression ganz oder größtenteils aus Steuern
- Garantierte Mieteinnahmen für 5 Jahre

BITTE AUSFÜHRLICHE INFORMATIONEN ANFORDERN

URANIA

Tel. 040/389 51 13 Grundstücks-Gesellschaft mbH, Palmallee 75, 2 H 50

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Bedenken Moskaus

Von Bernd Conrad

Ginge es allein nach Helmut Kohl und Erich Honecker, dann wäre der geplante Besuch des „DDR“-Staatsratsvorsitzenden in der Bundesrepublik schon fest vereinbart. Beide sind sich darüber einig, daß die Visite nützlich wäre und daß dafür aus Termingründen nur die zweite Septemberhälfte infrage käme. Dennoch sieht es so aus, als ob sowjetische Bedenken eine Verschiebung notwendig machen könnten.

Honecker hat intern immer wieder darauf hingewiesen, daß die deutsch-deutschen Beziehungen nicht losgelöst von der gesamtpolitischen Entwicklung zwischen West und Ost gesehen werden könnten. Das heißt im Klartext: Wenn es zwischen Washington und Moskau eisig hergeht, kann zwischen Bonn und Ost-Berlin keine freundliche Wärme herrschen.

Tatsächlich ist das von der westlichen Nachrüstung kaum beeinträchtigt und für die SED weitgehend von wirtschaftlichen Interessen bestimmter reibungsloser Verhältnis zwischen Honecker und der CDU-geführten Bundesregierung Moskau schon seit einiger Zeit ein Dorn im Auge. Offensichtlich stellen die Sowjets mit Mißfallen fest, daß ihr mitteldeutscher Juniorpartner ökonomisch und politisch mit Bonn kooperiert und dabei eine früher ungewohnte Emanzipation an den Tag legt, während der „Große Bruder“ selbst auf Distanz zu den USA und damit in gewisser Weise auch zu deren Hauptverbündeten in Bonn gegangen ist.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher spürte das, als er kürzlich bei einem Essen mit seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko im Kremel die „konstruktive Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ rühmte. Das sowjetische „Parteiorgan“ „Pravda“ ließ diesen Absatz in der Wiedergabe der Genscher-Rede weg.

Es ist kaum anzunehmen, daß die derzeit zur Selbstisolierung entschlossene Kreml-Führung es gern sehen würde, wenn kurz vor der amerikanischen Wahl über das Fernsehen Bilder von einer freundlichen Begegnung des Bundeskanzlers mit einem der wichtigsten Ostblock-Führer auf westdeutschem Boden in die Welt gesendet würden.

Besser jetzt als nie

Von Günther Bading

Nun soll also die „besonder Schlichtung“ die Tarifparteien in der Metallindustrie aus ihren Schützengräben holen. Aus eigener Kraft, so scheint es, kann die IG Metall von ihrer Alles oder Nichts-Forderung nach genereller Arbeitszeiterkürzung für alle Metall-Beschäftigten nicht Abschied nehmen. In den Stuttgarter Verhandlungen hatte sich eigentlich schon seit 14 Tagen nichts mehr bewegt; man hätte den Schlichter ebensogut schon vor Pfingsten beauftragen können. Da aber war die IG Metall noch nicht so weit. Die beiden Lager im Gewerkschaftsvorstand - hier die besonnenen Kräfte auf der Suche nach einem Kompromiß, dort die Ideologen des Arbeitskriegs, die wie Vorstandler Hans Freiß endlich die „Diktatur des Kapitals“ brechen wollten - übten sich noch im Tauziehen. Die Ziellosigkeit tropfte von der Spitze bis in die Stuttgarter Bezirksleitung. In den Verhandlungen war dies zu spüren. Nichts bewegte sich mehr, trotz aller verbaler Lösungs-Akrobatik. Bezirksleiter Ernst Eisenmann macht in seiner ersten Tarifrunde als Verhandlungsführer sicher keine schlechte Figur. Gegen Unentschiedenheit seines Vorstands konnte auch er nicht an.

Aus eigener Kraft kann sich die IG Metall nicht mehr von der Forderung nach kürzerer Regelarbeitszeit lösen, die sie selber auf eine Frage verengt hat, ob dies nun für alle Beschäftigten nach dem Rastermehrprioritätsprinzip gelten solle, oder ob differenzierte Lösungen akzeptabel seien, die die Unterschiede zwischen mittelständigem Kleinbetrieb und Großindustrie berücksichtigen. Man kann jetzt nur noch dem Vorschlag eines Schlichters „folgen“.

Gerade rechtzeitig kam die Meldung aus den Niederlanden über die Ausfüllung eines schon ein Jahr alten Rahmenabkommens, mit dem ab 1985 - bei zweijähriger Lohnzuwachs-Pause - auf dem Weg über die Veränderung der Jahresarbeitszeit rechnerisch eine 38-Stunden-Woche für die nur 400 000 Metall-Beschäftigten im ganzen Lande zustandekommt. Das Modell läßt sich nicht einfach übertragen - aber er zeigt, daß die Entflechtung von persönlicher Arbeitszeit und der Nutzungsdauer der Produktionsanlagen ein praktikabler Weg ist. Vielleicht hat Arbeitsminister Blum recht, wenn er jetzt davon spricht, daß Tarifverträge mit Festschreibung wöchentlicher Arbeitszeiten in 20 Jahren Museumstücke sind.

Niederlande, Niederlage

Von Rüdiger Moniac

Die selbstquälerische innenpolitische Auseinandersetzung in den Niederlanden um den Vollzug der „Nachrüstung“ ist nach dem Votum des Haager Parlaments zugunsten einer Aufschiebung der Stationierung der Marschflugkörper auf niederländischem Boden um fast zwei Jahre für die nächste Zeit lediglich vorläufig entspannt, wird aber weiter schweben und letztlich vor dem neu angesetzten Termin abermals scharf aufflammen. Die Koalition unter Lubbers hat sich mit dem Votum im Parlament also nur eine Atempause verschafft.

Das Muster dieses Streits in diesem kleinen NATO-Land hat sich damit seit Beginn der Diskussion um den Doppelbeschluß nicht verändert. Die Niederlande sind aufgrund ihrer kirchlichen Traditionen, die tief in die politischen Parteien hineinwirken, nicht in der Lage, in einer Frage, die die militärische Nutzung der Atomenergie zur Friedenserhaltung einschließt, eine breite Zustimmung der Bevölkerung herbeizuführen. Das Atom spaltet die Nation und läßt die Gefühle der Abscheu und moralischen Entrüstung hoch aufwallen. Diese Tatsache muß das westliche Bündnis in Rechnung stellen und sich darauf vorbereiten, daß die Niederlande wahrscheinlich ihren Teil der Verantwortung im Vollzug der nuklearen Militärpolitik der Allianz nicht werden tragen können.

Dies verleiht Gefahr. Vor allem deshalb, weil der Vorgang im Parlament von den Haag der Sowjetunion anzeigt, daß die von Gromyko kalkulierte Rechnung, mit Hilfe der westlichen „Friedensbewegung“, auf die der Kreml besonders in den Niederlanden verdeckt einen nicht unmaßgeblichen Einfluß ausübt, im Grundsatz doch aufgehen kann. Im Bündnis mit innenpolitischen Kräften eines Landes vermag die Sowjetunion die sicherheitspolitische Strategie des westlichen Verteidigungsbündnisses zwar nicht zu Fall zu bringen, kann sie aber nachhaltig schwächen. Gromyko wird in seiner Verweigerungspolitik gegenüber dem Westen bestärkt. Solange in den USA ein Präsident ohne ein erneuertes oder neues Mandat regiert, wird Moskau an keinen Verhandlungstisch zurückkehren.



Kampfbereite Waffenbrüder

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Ist Mitteleuropa möglich?

Von Erhard Busek

Die Gemeinsamkeit der Völker Mitteleuropas und ihrer Staaten, ihre nachbarschaftlichen und zum Teil noch immer verwandtschaftlichen Beziehungen, ihr wirtschaftlicher, kultureller und geistiger Austausch - das alles hat nichts mit nostalgischem Habsburg-Mythos zu tun, sondern bleibt ein gemeinsamer europäischer Auftrag, der freilich uns Österreicher besonders betrifft. Wir haben das Glück, diesseits des Eisernen Vorhangs zu leben und daher auch die Verantwortung, an jene zu denken und für jene etwas zu tun, mit denen wir durch Jahrhunderte verbunden waren.

Warum können wir nicht eine „Politik der Nachbarn“ betreiben, die mit Sicherheit mehr konkrete Friedensarbeit und eine Weiterentwicklung der Helsinki-Konferenz enthalten kann als alle anderen Bemühungen? Wir können die gemeinsamen Wurzeln nutzen und auf der Ebene von Wissenschaft und Kunst, im Bereich der Kultur und in menschlichen Kontakten neue Formen der Begegnung entwickeln. Wir Österreicher sind immer verwundert, wenn wir feststellen, daß unsere Nachbarn sich stärker um die Wiedergewinnung der Tradition der Donaumonarchie bemühen als wir selber es tun. Dabei sollte sich unser Interesse nicht auf gemeinsame k.u.k.-Herrlichkeiten beschränken, sondern auf die Wiedergewinnung jener bleibenden Gemeinsamkeiten, die uns der lebendige Strom der Geschichte vorzeichnet und die wir in unserer Identität so lange vernachlässigt haben. Nicht früher waren sie unsere Nachbarn und Verwandten; nein, sie sind auch heute unsere Nachbarn, unsere Zeitgenossen, unsere europäischen Schicksalsgenossen. Wir sollten daher eine Politik der Nachbarschaft entwickeln, die an gemeinsame Wurzeln erinnert, auf Nostalgie verzichtet und jenen Spielraum ausnützt, der neben der offiziellen Politik in der Wissenschaft, in Kunst und Kultur, bei der Jugend, zwischen den Kirchen und Bildungseinrichtungen möglich ist.

Mitteleuropa ist nach wie vor bei

uns, und nicht an der Atlantikküste zu finden. Existiert dieses Mitteleuropa überhaupt noch? Die Frage ist nicht so unberechtigt. „Realpolitisch“ gesehen, existiert Mitteleuropa heute nicht mehr. Dort wo es einmal lag, stoßen heute in aller Härte die Grenzen von Ost und West aufeinander und schaffen zwei voneinander völlig getrennte Lebenswelten. Dort, wo einst die Mitte war, ist heute Grenzland. Die bestimmenden Zentren dieser Lebenswelten liegen weit im Westen und weit im Osten. Mitteleuropa als der geographische und als der geistige Raum, in dem die Synthese des römischen, germanischen und slawischen Europa stattfand, ist exzentrisch geworden. Es ist, wenn wir es in aller Härte aussprechen sollen, Provinz geworden. Eine Anzahl von Provinzen, die von den anderen Zentren aus gesteuert werden.

Das ist der sogenannte „realpolitische“ Befund. Aber wir wissen, daß die Realpolitik auch manchmal blind ist gegenüber anderen Wirklichkeiten. Realpolitik glaubt an die Realität der Macht, sie übersieht aber oft die Macht der Realität.

GAST-KOMMENTAR



Erhard Busek ist Vizebürgermeister von Wien und ÖVP-Landesvorsitzender in der österreichischen Hauptstadt.

tät. Geschichte ist eine solche Realität, Geographie ist eine Realität, gemeinsame Kultur ist eine Realität. Daher ist also dieses Mitteleuropa tatsächlich Realität und wir wollen es daher ohne Illusionen suchen.

Wir können gar nicht anders als die hier verlaufende West-Ost-Grenze und die damit gegebene Teilung unseres Kontinents so real wie möglich zur Kenntnis zu nehmen. Wir können die großen weltpolitischen Trennungslinien nicht ändern; wir können uns auch nicht die geographische Lage aussuchen und etwa gegen unsere Geschichte austauschen. Beide sind miteinander verbunden, und mit beiden, mit Geographie und Geschichte, haben wir in Österreich übrigens Glück gehabt.

Aber wenn wir schon die Trennungslinie nicht ändern können, wenn wir schon glücklicherweise auf der günstigeren Seite dieser Trennungslinie leben, dann muß von uns der Impuls ausgehen, die europäische Gemeinsamkeit im historischen und Geistigen, die den mitteleuropäischen Raum immer verbunden hat, wachzuhalten. Diese europäische Gemeinsamkeit ist keine versunkene Tradition, sondern sie verbindet immer noch und in viel stärkerem Maße als wir im Westen es glauben. Der Papst-Besuch in Wien hat uns das wieder vor Augen geführt, und auch hier wurde nicht nur eine konfessionelle, katholische Gemeinsamkeit, sondern das allgemeine europäische Erbe angesprochen.

Diese europäische Gemeinsamkeit im Geistigen, im Denken, in der Wissenschaft, in der Kultur, in der Kunst überdauert auch die Verschiedenheit unserer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme. Das jahrtausendalte europäische Gespräch auf dieser Ebene nicht abreißen zu lassen, sondern immer wieder aufzunehmen und immer wieder anzuknüpfen - eine solche Haltung leistet vielleicht mehr für den Frieden als sich gegenseitig die Atomsprenköpfe vorzuzählen.

IM GESPRÄCH Horst Groepper

Ein unbequemer Patriot

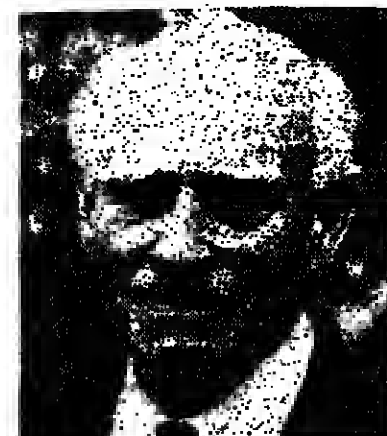
Von Ingo Urban

Den Parteien ist er unbequem, weil er sie unablässig mit seiner Meinung traktiert: daß die von allen deutschen Bundesregierungen angestrebte westeuropäische Integration mit dem Gebot des Grundgesetzes nach der Wiederherstellung der Einheit und Freiheit Deutschlands unvereinbar ist.

Botschafter a.D. Horst Groepper, Sohn eines im Ersten Weltkrieg gefallenen Offiziers und strenggläubiger Katholik, geboren in Kiel und aufgewachsen in Münster, steht in der Tradition einer bestimmten Richtung der preußischen beziehungsweise deutschen Außenpolitik, die von Friedrich dem Großen über Bismarck bis zu Stresemann reicht und ein gutnachbarschaftliches Verhältnis zu Rußland als Voraussetzung für die Freiheit und Wohlfahrt des deutschen Volkes betrachtet.

In den Jahren von 1939 bis 1941 war er unter Friedrich Werner Graf von der Schulenburg als Legationssekretär in Moskau. Von 1956 bis 1960 war er als Botschaftsrat in Moskau - 1956 richtete er unauffällig und unsichtbar die neue deutsche Botschaft in Moskau ein, an der er dann bis 1960 als Botschaftsrat tätig war. Seine glänzenden, knappen Analysen über die Sowjetunion las auch Adenauer wohlwollend interessiert. Adenauer soll es auch gewesen sein, der als 1962 ein Wechsel in Moskau notwendig wurde, sagte habe: „Schicken Sie doch den Groepper!“ In dieser Position - als Botschafter in Moskau - war bis 1966 tätig.

Dieser kühl, diskret und nüchtern wirkende Jurist, ein Mann der geschlossenen, harten Schreibscharbeit kennzeichnet, ging 1973 in den Ruhestand - zuletzt Botschafter in Dublin und davor in Ankara. Seit dieser Zeit wendet er seine geistige Kraft auf die Frage, wie die Teilung Deutschlands überwunden werden könne. In zahlreichen Vorträgen, besonders vor den Deutschen Burschenschaften sowie Artikeln und Interviews im In- und Ausland vertritt er den von ihm als einzig richtig bezeichneten Weg zur Wiederherstellung Deutschlands in seinen alten Grenzen - das heißt einschließlich Ostdeutschlands. Groepper sieht ihn in einem neutralisierten Status Gesamtdeutschlands als Gegenleistung für die Bereitschaft der Sowjetunion das Selbstbestimmungsrecht des Deutschen Volkes anzuerkennen.



Will die Teilung überwinden: Botschafter a.D. Horst Groepper

FOTO: URBAN

Am Sonntag, am Tag der Deutschen Einheit, feiert der Botschafter a.D. seinen 75. Geburtstag. Sein Vorbild, das ihn prägte war Graf von der Schulenburg, der wegen seiner Beteiligung am 20. Juli 1944 schmachvoll gehängt worden ist.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

FINANCIAL TIMES

Zum Thema: Zwischenworte im Weltkriege schreibt die Londoner Zeitung:

Die erfolgreiche Abwehr einer im Flug befindlichen amerikanischen ballistischen Militärrakete durch eine andere ist ein spektakuläres Beispiel der Kunststücke, die Hi-Tech-Zauberer ausstatten. Aber es rechtfertigt nicht die Weiterentwicklung einer auf der Abwehr ballistischer Raketen (BMD) aufbauenden Militärstrategie, auf die sich die Reagan-Regierung offensichtlich verleiht, die aber immer gefährlicher sein wird... Die Entwicklung einer auf der Abwehr ballistischer Raketen basierenden Strategie, nur aus dem Gefühl heraus, daß sie akzeptabel sein könnte, ist gefährlich, weil man damit das nukleare Kräfteverhältnis destabilisiert.

BERLINER MORGENPOST

Das Blatt schreibt über den Zwick-Karajan mit den Berliner Philharmonikern:

„Mit tausend Freuden“ hat Herbert von Karajan einst in einem berühmten gewordenen Zitat sein Engagement als Chefdirigent des Berliner Philharmonischen Orchesters angedeutet. Es endet jetzt in tausend Leiden, die von seinen Nadelstichen oder groben Feilen ausgehen. Die jüngsten Entwicklungen... lassen keinerlei Zweifel mehr zu: Es führt kein Weg zurück. Die Ehe Karajan/Orchester ist kaputt, und wenn sie nicht geschieden wird, so wird sie jedenfalls nicht mehr vollzogen. Was bleibt, ist eine kühle Vollstreckung auslaufender Verträge, ist bestenfalls ein „Dienst nach Vorschrift“ von beiden Seiten. Begonnen hat alles mit dem Machtkampf um eine Frau, die Klarinetistin Sabine Meyer. Der Streit um ihr Probejahr und um die Rechte des Orchesters gegenüber den Rechten und Aufgaben des künstlerischen Leiters war nur scheinbar entschärft, als Sabine Meyer das Handtuch warf. In Wirk-

LE SOIR

Zum Verhältnis zwischen sowjetischen und deutschen Kommunisten nach dem Tod Berlingers heißt es in diesem belgischen Blatt:

Enrico Berlinguer wird also nicht nach Moskau reisen, wo er kurz nach den Europawahlen am kommenden Sonntag erwartet wurde. Michail Gorbatschow hat dagegen, wie man sagen könnte, auf diese Weise die Gelegenheit erhalten, seine erste Reise in den Westen als die Nr. 2 des Kreml zu machen. Diese Reise, die mitten während des Comecon-Gipfels stattfindet und zu einem Zeitpunkt, zu dem die sowjetischen Führer nicht mehr die Gewohnheit haben, sich im Westeo zu zeigen, hat nichts Protokollarisches an sich. Die Reaktion Moskaus auf den Tod des „Roten Marquis“ ist weniger ein Zeichen für tiefe Trauer als für einen politischen Plan. Die Anwesenheit Gorbatschows, einer viel wichtigeren Persönlichkeit, als man wegen der Schärfe des Konflikts erwartet hatte, zeigt den Willen Moskaus, sich für die „Nachberlinguer-Zeit“ alle Optionen offenzuhalten. Die Zurückhaltung des Kreml zum Zeitpunkt des Todes Berlinguers reicht nicht aus, die Bedeutung seines Erbes zu schmälern. Von den zehn Männern und einer Frau, die sich um die Nachfolge Berlinguers bemühen, scheint niemand geneigt zu sein, die italienische Kommunistische Partei ins sowjetische Fahrwasser zurückzusteuern.

Von der Kunst des Ausklammerns und ewigen Überprüfens

Wie sich Parteien und Ministerien am Thema Elbgrünze festhalten / Von Helmut Kamphausen

Nach der letzten Sitzung der gemeinsamen Grenzkommission am 5. und 6. Juni in Hameln drängt sich dem politischen Beobachter der Eindruck auf, daß das Problem der Feststellung der innerdeutschen Grenze im Elbeabschnitt nicht nurmehr ein deutschlandpolitisches Problem ist.

Zu Beginn der Sitzung - es war die 69. seit 1973 - protestierte der Leiter der „DDR“-Delegation, Volkmar Fenzlein, gegen die öffentliche Feststellung westdeutscher Politiker, daß die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ im Elbeabschnitt am Nordostufer des Flusses verlaufe. Fenzlein forderte energisch endlich mit den Verhandlungen über die Feststellung der Grenze in diesem Abschnitt in der Mitte des Flusses zu beginnen. Die Leiterin der Bonner Delegation, Ministerialrätin Irmgard von Rottenburg, beantwortete den Protest und die Forderung des Ostber-

liner Diplomaten erst am zweiten Tag der Sitzung. Sie stellte fest, daß die „Gesamtproblematik überprüft“ werde. Diese Formulierung der Ministerialrätin aus dem Bundesinnenministerium stellt eine neue Variante im Umgang miteinander in der Grenzkommission dar. Bisher wurde auf Fragen der „DDR“-Delegierten nach dem Grenzverlauf im Elbeabschnitt immer nur dilatorisch geantwortet, daß die Grenze nach den Alliierten-Unterlagen nicht eindeutig festliege und demzufolge eine Feststellung ihres Verlaufes nicht vorgenommen werden könne.

Die Ständige Konferenz der Staatssekretäre unter Leitung des Staatsministers im Bundeskanzleramt, Philipp Jenninger, hatte sich bereits Anfang Mai dieses Jahres darauf geeinigt, in Zukunft Anfragen zur Elbegrünze mit dem Hinweis auf die Prüfung der Gesamtproblematik zu beantworten. Das Bundeskanzleramt beantwortete dann auch eine Anfrage des ständi-

gen Vertreters der „DDR“ in Bonn, Botschafter Ewald Molt, zur Elbegrünze in dieser Form, obwohl die Grenzkommission noch immer mit der Klärung des Verlaufes der Grenze im Elbeabschnitt beauftragt ist. Nach dem Zusatzprotokoll zum Grundlagenvertrag sollen die Regierungen in Bonn und Ost-Berlin erst dann mit Fragen der Grenzfeststellung befaßt werden, wenn eine Einigung in der gemeinsamen Grenzkommission nicht möglich ist. Die Beantwortung der Frage des ständigen Vertreters der „DDR“ in Bonn zum Elbegrünzeverlauf hätte demzufolge nur in der gemeinsamen Grenzkommission erfolgen dürfen.

Ist allein schon diese Einschaltung des Bundeskanzleramtes in die Arbeit der Grenzkommission verwirrend, so wirkt die Formulierung, man werde die „Gesamtproblematik überprüfen“, noch verwirrender. Damit wird die Elbegrünze aus dem deutsch-deutschen politischen in den innenpolitischen

Bereich verlagert. Die von der Konferenz der Staatssekretäre übrigen nach vielerlei Änderungen gefundene Formulierung von der Prüfung der Gesamtproblematik, muß zwangsläufig den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen desavouieren. Dr. Ernst Albrecht hatte schon immer, gestützt auf wissenschaftliche Gutachten, die Ansicht vertreten, daß die Grenze seines Bundeslandes zur „DDR“ im Elbeabschnitt zwischen Schnackenburg und Lauenburg am Nordostufer des Flusses verlaufe. Noch rund vier Wochen vor der 69. Grenzkommissionssitzung sagte er in einem Fernsehinterview:

„Die Landesregierung hat schon zu Zeiten der Regierung Schmidt klar gesagt, daß die Grenze am Nordostufer der Elbe verläuft. Das ist, wie mir scheint, eindeutig belegt durch die Unterlagen aus der Zeit 1944/45. Damals ist die Grenze von den Besatzungsmächten gezogen worden, und wir halten uns an das, was das

Bundesverfassungsgericht gesagt hat, nämlich, daß diese Grenze nicht verändert werden kann. Sie kann nicht von der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ festgesetzt werden.“

Die Haltung der Bundesregierung, jedenfalls des Bundeskanzleramtes und der Bonner Delegation der Grenzkommission steht im krassen Gegensatz zur Auffassung der CDU/CSU-Fraktion in der Opposition bis 1982. Damals hat gerade das Festhalten an einer Grenzfeststellung am Nordostufer der Elbe durch das Land Niedersachsen und durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dazu geführt, daß die Dokumentation der gemeinsamen Grenzkommission vom November 1978 den Elbeabschnitt zwischen Schnackenburg und Lauenburg insgesamt 93,7 Kilometer lang, ausklammern mußte. Die Grenzkommission blieb seither beauftragt, in dieser Frage weiter tätig zu bleiben.

Handwritten signature: J. M. 12/84

Der Bundespräsident, dessen Amtszeit am 30. Juni endet, besuchte die Redaktion der WELT

Carstens: Sehr viele Bürger kommen in den Medien nicht zur Geltung

Von MANFRED SCHELL

Bundespräsident Karl Carstens, der am 30. Juni aus dem Amt scheidet, hat konkrete Vorstellungen, was er dann als „Privatmann“ tun will, losgelöst von politischen und protokollarischen Rücksichtnahmen, die einem Staatsoberhaupt auferlegt sind. Im Kreis von WELT-Redakteuren sagte er: „Ich möchte ein oder zwei Bücher schreiben über Themen, die zwischen Politik und Verfassungsrecht angesiedelt sind.“

Memorien im eigentlichen Sinne wird es aus seiner Feder vorerst nicht geben. Vorlesungen möchte der Verfassungsrechtler nicht halten, obwohl er Einladungen dazu hat. Vor allem seine alte Fakultät in Köln hat ihn „sehr bekümmert“. Noch in diesem Jahr, spätestens jedoch 1985, will Karl Carstens gemeinsam mit seiner Frau Veronica den anderen Teil Deutschlands besuchen und damit in anderen Rahmen nachholen, was ihm im Amt des Bundespräsidenten nicht möglich gewesen ist.

Oh er, wie bei uns, in der „DDR“ wandern wird? Carstens, der die Risiken, die damit verbunden sein könnten, und er macht sich deshalb keine großen Hoffnungen. „Wenn das unter solchen Begleitumständen vor sich gehen würde wie der Besuch von Helmut Schmidt in Göttingen, dann verzichtet man lieber.“

Der Protestant Carstens hätte gern im Luther-Jahr die „DDR“ besucht. Aber nachdem durchgesiekt war, daß er aus grundsätzlichen politischen Gründen nicht an der offiziellen Luther-Fest in Ost-Berlin teilnehmen werde, zerschlug sich auch der Plan eines Besuchs der kirchlichen Feiern und der Gedenkstätten. Seine Frau Veronica war in diesen fünf Jahren dreimal in der „DDR“ und hat dort Kirchengemeinden besucht, unter anderem auch solche, zu denen die Kirchengemeinde Meckenheim, zu der Carstens gehört, ein Partnerschaftsverhältnis unterhält. Carstens: „Sie hat hochinteressante und wunderbare Eindrücke mitgebracht.“

SED-Generalsekretär Erich Honecker, der bald zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland erwartet wird, kennt Carstens aus zwei Begegnungen in Belgrad und in Moskau, als sie beide an den Beisetzungsfeiern von Tito und Breschnew teilgenommen haben.

In Belgrad, so erinnert sich Carstens, „saßen wir auf einer Bank bei brillanter Hitze mehrere Stunden nebeneinander“. Die Begrüßung war förmlich steif. „Guten Tag, Herr Carstens.“ „Guten Tag, Herr Honecker.“ Der SED-Generalsekretär habe gemeint, keiner von ihnen hätte sich träumen lassen, daß sie einmal „Seite an Seite“ sitzen. Carstens: „Das war nicht vorhersehbar.“ Honecker: Die Realitäten müßten akzeptiert werden. Carstens: „Es kommt ja, was uns beide betrifft, noch hinzu, daß wir beide Deutsche sind.“ Und dann habe sich daraus ein stundenlanges Gespräch entwickelt, über das, was ich mit meinen Worten das gemeinsame kulturelle Erbe nennen möchte. Er hat berichtet von dem, was sich tut in Weimar, Dresden, in Potsdam und in Berlin, in den Stätten deutscher Kultur. Ich habe ihm mein Kompliment gemacht für eine Aufführung von Goethes Tasso, die ich kurz zuvor noch als Bundestagspräsident im Deutschen Theater in Ost-Berlin gesehen hatte. Ich mußte ihm sagen, daß ich in all den Jahren, in denen ich bis dahin in der Bundesrepublik Deutschland ins Theater gegangen bin, keine klassische Aufführung erlebt habe, die so frei war von jedem Versuch einer ideologischen Verfremdung.“

Ein zweites Gespräch, und Carstens beschränkt sich auch diesmal auf die Schilderung der „atmosphärischen Begleiterscheinungen“, habe es dann anläßlich des Todes von Brezhnev in Moskau gegeben. Carstens: „Ich habe an beide Gespräche keine unangenehme Erinnerung.“

Auf die Frage, wie Honecker protokollarisch behandelt werden sollte, wenn er in die Bundesrepublik Deutschland kommt, übt Carstens große Zurückhaltung. Er will weder seinen Amtsnachfolger noch die Bundesregierung binden. Aber, so sagt Carstens, „man muß die Konsequenzen bedenken“, wenn man Honecker „nach Bonn einläßt“, auch was einen späteren Gegenbesuch angeht.

Er denke, so sagt Carstens, daß Honecker gerne ins Saarland reisen würde. Das habe er ihm damals gesagt. Auch andere Städte würden sich für einen solchen Aufenthalt anbieten. Carstens: „Ich kann mir vorstellen, daß das ein gut verlaufender Besuch wird. Hoffentlich ist die allgemeine Lage so, daß die Aussichten auch im Herbst noch günstig sind dafür.“

Der Bundespräsident, dessen letzte Amtstage überfüllt sind mit Terminen, hat in den fünf zurückliegenden Jahren in sehr vielen Ansprachen versucht, den Menschen Mut zu machen, ihnen ein Stück Optimismus zu vermitteln. Was hat ihm Grund zum Optimismus gegeben? Carstens sagt, er sei „von Natur optimistisch“. „Aber ich habe mir auch gesagt, daß ich, wenn ich in den Chor derer einfallen würde, die Düstere und Düstere glauben vorhersagen zu müssen, daß ich dann im Grunde niemandem einen guten Dienst erweisen würde.“

Er habe schon bald nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten festgestellt, „daß sehr viele Bürger in unserem Lande, die in den Medien nicht zur Geltung kommen, im Grunde wesentlich gelassener und zuversichtlicher in die Zukunft blicken als diejenigen, die sich – vor allem in den elektronischen Medien – mit den Fragen der Politik auseinandersetzen“. Er habe dies auch den Intendanten gesagt.

Carstens hat bei seinen Wanderungen quer durch die Republik, vor allem im Gespräch mit unzähligen Jugendlichen, mancherlei Kritik gehört. Er erzählt im Kreis der WELT-Redakteure eine „kleine Geschichte“. Als Bundespräsident habe er eine Schülerinitiative aus Stuttgart aus-


gezeichnet. Sie besteht aus zwölf Ober-
 lerinitativen aus Stuttgart aus-
 zeichnet. Sie besteht aus zwölf Ober-
 schülern, die sich zusammengetan
 haben, um türkischen Schülern
 Nachhilfeunterricht zu geben. „Ich
 meine, da braucht man keine Kom-
 mentare abzugeben, das ist einfach
 fabelhaft.“ Er habe die Schüler nach
 Bonn eingeladen und sie gefragt: „Hat
 das denn irgendeine Resonanz gefun-
 den in der Presse oder im Fernse-
 hen?“ Der junge Mann, der das orga-
 nisiert habe, habe ihm erklärt: „Wir
 haben uns zwar einige Male darum
 bemüht, aber das war ergebnislos.
 Wären wir dagegen hingegangen, so
 sagte er, und hätten zehn Autos ange-
 zündet, dann hätten wir öffentliche
 Aufmerksamkeit gehabt.“ Carstens:
 „Er sagte das nicht böseartig, er traf
 eine Feststellung.“

Den Bundespräsident stört das
 Zerrbild von der Jugend, das in (elek-
 tronischen) Medien verbreitet wird.
 „Ich komme mit vielen jungen Leu-
 ten zusammen, die in der Presse, in
 den Medien keine Rolle spielen.“ Der
 Bundespräsident nennt als Beispiel
 dafür die letzte Meisterfeier der
 Handwerkskammer Düsseldorf, auf
 der 2000 junge Handwerksmeister
 „freigesprochen“ worden sind. „Die
 sind Anfang zwanzig, und sie stehen
 in diesen Jahren auf eigenen Füßen.“
 Sie hatten „eine positive Einstellung
 zum Leben überhaupt, zu ihrem Be-
 ruf, auch zur freibürgerlichen Gesell-
 schaft und Verfassungsordnung“. Na-
 türlich „hatten die auch Kritik zu
 üben, aber nicht so, daß die Kritik
 alles beherrschend war“.

Die Wanderungen haben Carstens
 nicht nur populär gemacht, sie haben
 ihn auch mit Tausenden von Bürgern
 in direkten Kontakt gebracht. Auf an-
 deren Wege wäre dies nicht möglich
 gewesen. Der Bundespräsident weiß
 aus diesen Gesprächen, wie „bedrück-
 end“ die Arbeitslosigkeit empfun-
 den wird, und zwar nicht nur von
 denen, die keinen Arbeitsplatz haben.
 „Auch die anderen empfinden das als
 eine beunruhigende Erscheinung der
 gegenwärtigen Gesellschaftsord-
 nung, und dafür habe ich volles Ver-
 ständnis.“

Dies gelte in besonderer Weise für
 Jugendliche, die entweder arbeitslos
 seien oder keine Ausbildungsstelle
 gefunden haben. „Ich bin ja nicht mü-
 de geworden zu sagen, daß unser
 Staat und unsere Gesellschaft die
 Pflicht haben, allen jungen Schulab-
 gängern, die einen Ausbildungsplatz

suchen, dazu auch zu verhelfen.“
 Nicht unbedingt in dem gesuchten
 Fachgebiet. Aber so wie der Staat im
 Prinzip Abiturienten einen Studien-
 platz zur Verfügung stelle, so habe er
 auch diese Aufgabe zu erfüllen.

Das „Thema Schule“ habe auf allen
 Wanderungen „eine große Rolle ge-
 spielt“, berichtet der Bundespräsi-
 dent. Dabei sei die Sorge laut gewor-
 den, die junge Generation werde in
 den Schulen in einer Weise beein-
 flußt, die sich teils gegen die Eltern
 richtet, teils aber auch gegen funda-
 mentale Wertvorstellungen, die uns
 als unabdingbar gelten. Die Sorgen
 um den Frieden, die Umweltschäden
 seien weitere Themen dieser „Bürger-
 gespräche“ gewesen. „Angst ist mir
 weniger begegnet, als man das viel-
 leicht hätte erwarten können. Ich se-
 he jetzt zu meiner Freude, daß dieses
 Angstphänomen abzuklingen
 scheint, daß heute weniger Menschen
 Angst haben vor dem Ausbruch eines
 Krieges als noch vor ein oder zwei
 Jahren.“ Aber er nehme die Sorgen
 ernst.

Was die „Bürger beglückt und
 hochhält“, so sagt Carstens auf-
 grund seiner Erfahrungen, „ist der
 Kontakt untereinander, die Gesell-
 schaft“. Er sei durch viele Gemein-
 dengewandte, in denen es mehr Ver-
 einmitglieder als Einwohner gibt.
 Anstandsweise ist man in minde-
 stens drei Vereinen. „Da wird un-
 endlich viel Gutes getan. Da wird eh-
 renamtlich in der Freizeit ein Sport-
 platz gebaut, da ist ein großes soziales
 Engagement festzustellen und auch
 viel Gemeinsinn.“ Der Bundespräsi-
 dent will damit sagen: Die Gemein-
 schaft, die Jugend ist intakt.

Die Deutschlandpolitik hat Car-
 stens in all den Jahren bewegt. „Las-
 sen Sie mich dazu etwas in Form
 einer kleinen, aber wahren Geschich-
 te beisteuern“, sagt der Bundespräsi-
 dent. „Ich habe den Kultusministern,
 jedes Jahr bei mir waren, gesagt,
 ich würde es sehr begrüßen, wenn die
 Schulabgänger die dritte Strophe des
 Deutschlandliedes kennen würden.“
 Ihm sei bei Schulbesuchen wieder-
 holt aufgefallen, „daß die den Text
 nicht kennen“. Die Kultusminister
 hätten ihm gesagt, das sei längst an-
 geordnet, aber werde nicht eingehal-
 ten. Da habe er die „zugegeben leicht-
 fertige Bemerkung gemacht, ob man
 nicht die Aushandigung des Ab-
 gangszugzeugnisses davon abhängig
 machen könnte, daß die Schüler die paar
 Textzeilen kennen.“



Als Gast in der WELT-Redaktion: Bundespräsident Karl Carstens

Mehrere kritische Briefe habe er
 erhalten. Die Absender eines beson-
 ders scharfen Schreibens seien zu
 ihm in die Villa Hammerschmidt ein-
 geladen worden. Zwei Stunden lang
 habe er hier mit den Schülern disku-
 tiert. „Ich habe diesen ganzen Schutt
 versucht aufzuräumen, der sich auf
 diesen jungen Seelen angehäuft hat-
 te, zum Beispiel daß Hoffmann von
 Fallersleben ein wilder Nationalist
 gewesen sei.“ Am Schluß haben sie
 mir gesagt, „sie wären überzeugt“.
 Für Carstens ist dies ein Beispiel da-
 für, daß im Gespräch mit der Jugend
 viele Möglichkeiten stecken. „Man
 muß sich nur unendlich viel Mühe
 geben“, sagt er.

Der andauernde Arbeitskampf
 wird vom Bundespräsidenten als ein
 brisantes Problem gesehen, aber er
 glaubt an den Willen beider Seiten, zu
 einem „Übereinkommen“ zu finden.
 „Etwas Dampf gehört zum gewerk-
 schaftlichen Kampf dazu.“ Was hält
 Carstens von der 35-Stunden-Woche
 bei vollem Lohnausgleich? Der Bun-
 despräsident bleibt auch hier neutral.
 Wenn das alles „auf einen Schlag pas-
 sieren würde“, so meint er, wäre dies
 nicht zu realisieren. Aber das wollten
 auch die Gewerkschaften nicht, wenn
 man ihnen genau zuhöre. Er habe an-
 dererseits auch Verständnis dafür,
 daß die Gewerkschaften „ein dickes
 Fell“ gegenüber dem Argument zeig-
 ten, ihre Forderung würde den wirt-
 schaftlichen Ruin auslösen. Die Ge-
 werkschaften sagten, mit diesem Ar-
 gument der Unternehmer hätten sie
 seit der Mitte des vorigen Jahrhun-
 derts zu kämpfen. Carstens: „Ich bin
 weit davon entfernt, der einen Seite
 hier allein die Schuld anzulasten.
 Aber ich halte es für dringend not-
 wendig, daß der Arbeitskampf ein
 Ende findet.“

Er habe registriert, daß sich die
 deutschen Gewerkschaften dem tech-
 nischen Fortschritt nicht grundsätz-
 lich versagten. Technologischer
 Rückstand, zum Beispiel in einigen
 Bereichen der Elektronikindustrie,
 „das können wir unendlich den Ge-
 werkschaften ankreiden“.

Der Bundespräsident, der mit öf-
 fentlichen Auszeichnungen und Eh-
 rungen überhäuft wird, weiß, wie
 sehr ihm seine Frau Veronica gehol-
 fen hat. „Ich bin meiner Frau unen-
 dlich dankbar für das, was sie während

dieser fünf Jahre geleistet hat.“ Da
 waren nicht nur die unzähligen Ver-
 anstaltungen an der Seite des Bun-
 despräsidenten. Frau Carstens hat die
 Schirmherrschaft zum Beispiel für
 die Hilfsvereinigung Multiple Sklero-
 se übernommen und für andere Ein-
 richtungen. Sie hat über 10 000 Briefe
 geschrieben, und zwar selbst, weil ihr
 die Antworten, wie sie vom Bundes-
 präsidenten formuliert worden wa-
 ren, „nicht warmherzig genug wa-
 ren“. Tausenden sei auf diesem Weg
 Trost zuteil geworden, auch wenn
 man vielen materiell nicht habe hel-
 fen können.

Der Bundespräsident hat in seiner
 Amtszeit, wie er schätzt, 30 000 Orden
 verliehen. Er habe dabei zwei Zielset-
 zungen verfolgt. „Ich habe gesagt, im
 größeren Maße muß der kleine Mann
 ausgezeichnet werden. Nicht bloß
 die, die sowieso im Rampenlicht ste-
 hen, sondern auch die, die im Stillen
 etwas Gutes bewirken.“ Carstens hat
 eine 82jährige Mutter geerbt, die seit
 50 Jahren ihren schwerbehinderten
 Sohn pflegt. „So eine Frau, die möch-
 te ich auszeichnen.“ Und er habe
 zweitens erreicht, „mit unendlicher
 Mühe“, daß der Anteil der ausge-
 zeichneten Frauen beträchtlich ge-
 stiegen ist. Sonst, so bekennt Car-
 stens freimütig, „ist es ein mühseliges
 Geschäft. Es gibt ja acht Stufen des
 Bundesverdienstkreuzes. Und teilen
 Sie mal die Verdienste Ihrer Mitbür-
 ger in acht verschiedene Klassen ein!“

Am Ende der Amtszeit steht auch
 die Frage, ob die Kompetenzen des
 Bundespräsidenten richtig gewichtet
 sind. Carstens meint, das Amt des
 Staatsoberhauptes sei „gut ausgestat-
 tet“. Die Verfassung stelle ja bewußt
 den Bundeskanzler „in den Mittel-
 punkt des politischen Geschehens“.
 Er habe eine große, kontrollierte
 Machtstellung. Er sei nicht dafür, den
 Bundespräsidenten „direkt durch
 das Volk“ wählen zu lassen. Dies
 würde, ohne gleichzeitig seine Kom-
 petenzen zu ändern, „wenig Sinn ma-
 chen“. Er sei auch dagegen, das
 Grundgesetz ohne zwingende Grün-
 de zu ändern. Die Frage sei berech-
 tigt, ob „eine siebenjährige Amtszeit
 nicht besser wäre“. Carstens: „Zwei
 Jahre hätte ich mir noch zugetraut,
 aber fünf weitere Jahre waren mir zu
 lang.“

WIE WAR DAS?

Als Karajan Furtwänglers Erbe antrat

Von KLAUS GEITEL

Als Wilhelm Furtwängler, Deutschlands berühmtester Dirigent, am 30. November 1954 überraschend starb, schien mit seinem Tod ein stolzes Kapitel Berliner Musikgeschichte zu Ende gegangen. Immerhin war Furtwängler seit 1922 Chef des Berliner Philharmonischen Orchesters gewesen.

Er hatte das Orchester zu einem Rang erhoben, der vielen (und nicht nur in Berlin) nach seinem Hinscheiden nicht mehr zu halten schien. Man plädierte in aller Öffentlichkeit für die Auflösung des Orchesters. Nach Furtwängler könne nichts künstlerisch Gescheites mehr kommen.

Es kam Karajan. Die Legende will, er habe sofort nach dem Tode Furtwänglers ein anonymes Telegramm erhalten: „Le roi est mort, vive le roi!“ Karajan durfte sich zu diesem Augenblick allerdings nicht verlässlich als der einzige Anwärter auf den verwaisten Königsstuhl fühlen. Es gab auch andere Aspiranten: Jochum, Keilberth, Böhm, aber auch Celibidache, der einstige Helfer in der musikalischen Nachkriegszeit.

Die Zeit drängte. Berlins Elite-Orchester sah sich in der Klemme. Es sollte im Februar 1955 seine erste Amerika-Tournee beginnen und stand nun plötzlich ohne Chefdirigenten da. Karajan zeigte sich bereit, das Orchester auf dieser wichtigen Gastspielreise zu leiten: Unter der Voraussetzung allerdings, daß man ihn nicht als Lückenbüßer und Einspringer betrachte, sondern vorah zum künftigen Chef ausruhe. Am 13. Dezember 1954 beschlossen daher Orchestervorstand und Fünftel der Philharmoniker sich an den Berliner Senat zu wenden und ihn zu bitten, in Nachfolgeverhandlungen mit Karajan einzutreten.

Karajan war freilich zu diesem Zeitpunkt schon einer der meistbeschäftigten Maestri Europas. Er stand namentlich gerade zum fraglichen Zeitpunkt bei der Mailänder Scala unter Vertrag, wo er Wagners vierteiligen „Ring des Nibelungen“ inszenieren und dirigieren sollte: Ein Riesenspektakel. Auf seine Bitte hin, entließ ihn jedoch die Scala großmütig aus seinem Vertrag.

Karajan sah sich am Ziel aller Herzenswünsche. Er sah das Berliner Philharmonische Orchester als das feinste Juwel in Europas musikalischer Krone. „Mit tausend Freuden“ akzeptierte er daher das Berliner Angebot. Noch auf der Amerika-Reise trat die Orchesterversammlung zusammen und sprach sich für Karajan als neuen Chef aus: Im Grunde freilich nur noch eine Formsache, da sich selbst verwaltenden Orchesters. Denn Karajan hatte schließlich den Chefvertrag zur Voraussetzung der Tournee gemacht.

Am 25. April 1955 unterzeichnete Berliner Kultursenator Joachim Tiburtius gemeinsam mit Karajan den Vertrag, der eine Auflösung nach dem 65. Lebensjahr ganz und gar ins Ermessen des Dirigenten stellte. Man kann daher von einem Vertrag auf Lebenszeit sprechen.

Dieser Vertrag verpflichtete Karajan überdies nur zu einer minimalen Tätigkeit in Berlin. Über die Jahrzehnte hin aber übererfüllte Karajan die magischen Paragrafen. Er konzentrierte seine Arbeit mehr und mehr auf Berlin und machte mit der Zeit die Philharmoniker zu seinem Paradeorchester. Unter seiner Leitung wurden die Philharmoniker zum meistbeschäftigten Schallplattenproduzenten-Orchester der Erde.

Ja zu Europa! Ja zum Wirtschaftsaufschwung!

Nein zum Streik!

Deshalb: F.D.P. Die Liberalen

Verweigerer: Zahlen gehen stark zurück

AP, Düsseldorf
Die Zahl der Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer ist seit dem Inkrafttreten des schriftlichen Anerkennungsverfahrens Anfang dieses Jahres um 28 Prozent zurückgegangen. In einem Beitrag für die DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit“ schrieb der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Peter Hintze, zwischen Januar und Mai seien vom Kölner Bundesamt für den Zivildienst noch 12 000 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung anerkannt worden. Hintze führte den Rückgang der Anerkennungsanträge vor allem auf die Verlängerung des Ersatzdienstes auf 20 Monate zurück.

Die Bundesregierung will nach den Angaben des Bundesbeauftragten die Zahl der Zivildienststellen um 25 000 auf 80 000 erhöhen. Dies sei vor allem deshalb notwendig, weil viele Wehrdienstverweigerer noch auf ihre Anerkennung nach dem jetzt abgeschafften inländischen Verfahren warteten. Nach Hintzes Angaben sollen vor allem neue Zivildienststellen im sozialen Bereich geschaffen werden. Als Beispiel nannte er, daß 5000 neue Plätze im Umweltbereich – dabei vor allem beim Landschafts- und Naturschutz – vorgesehen seien.

Zahl der Moslems in Polen nimmt zu

JGG, Düsseldorf
Insgesamt 2500 eingetragene Mitglieder zählt gegenwärtig der „Islamische Kulturverband“ in Polen, dessen Jahreskongress kürzlich in Białystok (Nordostpolen) stattfand. Wie übereinstimmend die Warschauer Zeitungen „Perspektywy“ und „Kontrasty“ berichten, nimmt die Zahl der Mitglieder dieses Verbandes ständig zu. Außerdem: In den letzten Jahren hat auch das religiöse Selbstbewusstsein der in Polen lebenden Moslems stark zugenommen. Das ist auf die intensiveren Kontakte zur islamischen Welt zurückzuführen, heißt es, womit die zahlreichen arabischen Studenten, Kaufleute und Diplomaten in Polen gemeint sind. Da der polnische Staat von einigen arabischen Staaten Öl und andere Waren zu ermäßigten Preisen erhält – angeführt von Libyen –, drücken die polnischen Behörden auch ein Auge zu, wenn Polens Moslems finanziell von ihren arabischen wohlhabenden Brüdern unterstützt werden.

Indien beschuldigt Pakistan und CIA

dpa, Neu-Delhi
Die indische Regierung hat den Nachbarstaat Pakistan der Unterstützung „terroristischer Aktivitäten“ der Sikhs in Pandschab beschuldigt. Ein Sprecher des Innenministeriums in Neu-Delhi sprach von einer Beteiligung von „Nahbarn“ und „ausländischen Mächten“ an den Auseinandersetzungen in Pandschab. Die indische Presse warf gestern Pakistan offen vor, die Sikh-Extremisten nicht nur mit Waffen, sondern über paramilitärisches Training unterstützt zu haben. Den Sikhs, sagen die Zeitungen, habe der US-Geheimdienst CIA hilfreich zur Seite gestanden. Ziel der Aktionen sei es gewesen, den offenen Kampf gegen die Regierung in Neu-Delhi zu führen und einen Staat Khasistan zu schaffen.

Tod auf Verlangen „darf es nicht geben“

AP, Köln
Gegen die Zulassung der sogenannten aktiven Sterbehilfe hat sich der Vorsitzende des Marburger Bundes, Jörg Hoppe, ausgesprochen. Der Vertreter der Klinikärzte warnte gestern nachdrücklich davor, den „Tod auf Verlangen“ unter bestimmten Voraussetzungen „für den tödenden Arzt von einer Straftat ausgenommen“. Hoppe betonte, man müsse grundsätzlich davon ausgehen, daß auch schwerkranke Menschen weiterleben wollen und die Hoffnung hätten, von einer Krankheit wieder zu gesunden. Hoppe: „Hilfe beim Sterben ist ethische und berufliche Pflicht eines Arztes, Hilfe zum Sterben im Sinne der Tötung eines Menschen darf es niemals geben.“

DIE WELT

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Weiden (Berlin). Chefredakteur: Wilfried Herz-Eichendorff. Dr. Herbert Kremp (Bonn, verantwortlich für den Inhalt). Verlag und Druck: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1. Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adorf. Verantwortlich für Anzeigen: Dietrich Windberg. Redaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99.

DIE WELT (ISSN 0939-5701) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Lambsdorff und die Bonner Spekulationen

MANFRED SCHELL, Bonn
Bundeskanzler Helmut Kohl und die Regierungskoalition insgesamt werden durch die erwartete Anklageerhebung gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) vor eine schwierige Situation gestellt. Nach zuverlässigen Informationen hat es zwar im Kreis der Befassten mit der Bonner Strafkammer keine Abstimmung mit dem Ergebnis gegeben, das Hauptverfahren gegen den Minister zu eröffnen, aber es ist eine eindeutige Tendenz in diese Richtung zu erkennen. Kohl hat öffentlich erklärt, bei einer Anklageerhebung könne Graf Lambsdorff nicht im Amt bleiben. Die Belastungen für ihn und die Regierung insgesamt wären zu groß. Schon jetzt wird der Minister bei öffentlichen Auftritten angefeindet.

Es stehen, wenn Kohl bei seiner Meinung bleibt, wichtige Veränderungen im Bundeskabinett bevor, die jedoch nach Lage der Dinge nur die FDP betreffen. Wer könnte Nachfolger von Lambsdorff werden? In Bonn wurde gestern am häufigsten der Name des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mißnick genannt, der allerdings in früheren Zeiten wiederholt ein Ministeramt abgelehnt hat. Für Mißnick würden mehrere Gründe sprechen. Zum einen hat er langjährige politische Erfahrung in hochrangigen Ämtern. Er hat der FDP schon einmal, im Jahr 1961, in einer schwierigen Situation geholfen. Damals weigerte sich Erich Mende, ins Kabinett Adenauer zu gehen. Mißnick wurde Vertriebsminister bis Oktober 1963.

„DDR“-Zahl der politischen Häftlinge stark gestiegen

Verfolgung bei Ausreisewunsch und Friedensengagement

F. DIEDERICH, Berlin
Die Zahl der politischen Häftlinge in der „DDR“ ist nach den neuesten Erkenntnissen der Berliner „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ in den vergangenen zwei Jahren stark angestiegen. Die Arbeitsgemeinschaft, die sich auf zahlreiche Aussagen hafter ehemaliger „DDR“-Bewohner stützt, spricht heute von rund 9500 politischen Häftlingen in 55 Strafvollzugsanstalten und 36 Untersuchungsanstalten. 1982 waren in der „DDR“ etwa 5000 Männer und Frauen aus politischen Gründen inhaftiert.

Die Zunahme der Verurteilungen und Inhaftierungen betrifft derzeit besonders Personen, die sich in Zusammenhang mit ihrer Ausreise eingesetzt haben oder der „autonomen Friedensbewegung“ angehören. Zurückgegangen ist dagegen die Zahl der wegen Fluchtversuche Verurteilten, die 1982 noch 60 Prozent aller Verurteilungen ausmachte, heute aber nur noch in rund 40 Prozent aller Fälle zu einer Haftstrafe führt.

Unter starker Verfolgung durch die „DDR“-Justiz leiden derzeit insbesondere Inhaber des sogenannten „PM 12-Erbschaftsbescheides“, die gegen schikanöse Auflagen, den Wohnsitz nicht zu verlassen oder sich regelmäßig bei der Volkspolizei zu melden, verurteilt sind.

Politische Abweichler werden so nicht nur unter ständiger Kontrolle gehalten, sondern auch nach Paragraph 214 des „DDR“-Strafgesetzbuches wegen „Beeinträchtigung staatlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit“ verurteilt, wenn sie den auferlegten Pflichten nicht genügen.

Bayerns Bürger entscheiden über Verfassungsänderung

CSU und SPD wollen Umweltschutz verankern

PETER SCHMALZ, München
Am kommenden Sonntag wird den acht Millionen wahlberechtigten Bayern neben dem weißen, 60 Zentimeter langen Stimmzettel zur Europawahl noch ein gelbes DIN-A4-Blatt vorgelegt, das den Titel trägt „Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Bayern“. Mit diesem Papier können Bayerns Bürger entscheiden, ob sie den Umweltschutz in der zwischen CSU und SPD ausgehandelten und vom Landtag nahezu einstimmig verabschiedeten Form in der Verfassung verankern wollen. An einer Zustimmung wird nicht gezweifelt, da für diesen Volksentscheid die einfache Mehrheit genügt und beide großen Parteien ihre Wähler um ein Kreuz im Ja-Kreis gebeten haben.

Einzig die Grünen lehnen den Kompromiß als „verwaschen“ ab und haben zu einem Boykott aufgerufen. Die Wähler sollen mit dem handschriftlichen Satz „Absoluter Vorrang für die natürlichen Lebensgrundlagen“ den Stimmzettel ungültig machen. Die Sozialdemokraten sprechen dagegen von einem „Durchbruch im Umweltschutz“. CSU-Umweltminister Alfred Dieck sieht sogar einen „Meilenstein in der Verfassungs- und Umweltpolitik nicht nur Bayerns, sondern überhaupt in der Bundesrepublik“.

Wenn Hessen dieser Tage im Bundesrat anregt, über eine Änderung des Grundgesetzes sollten die „natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen“ geschützt werden, dann ist dies für Bayern nach dem Volksentscheid am Sonntag voraussichtlich bereits Verfassungswirklichkeit. In Artikel 3 der bayerischen Verfassung wird es künftig heißen: „Der Staat schützt die natürlichen Lebensgrundlagen und die kulturelle Überlieferung.“

Als oberstes Bildungsziel gilt dann neben der Ehrfurcht vor Gott sowie der Achtung vor religiöser Überzeu-

gung und vor der Würde des Menschen auch das „Verantwortungs- und Bewußtsein für Natur und Umwelt“. Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts werden verpflichtet, mit Naturgütern schonend und sparsam umzugehen.

Bemerkenswert ist die Änderung in Absatz 3 des Artikels 141, in dem bisher „der Genuß der Naturschönheiten und die Erholung in der freien Natur“ jedermann gestattet war. Dieser Satz bleibt in der Neufassung zwar erhalten, wurde aber durch die Verpflichtung eingeschränkt, „mit Natur und Landschaft pfleglich umzugehen“.

Neben dieser in Deutschland bisher einzigartigen und umfassenden Verankerung haben CSU und SPD ein Paket von konkreten Umweltschutzmaßnahmen vereinbart und bereits auch gesetzlich verankert. Danach muß der Schadstoffausstoß in Kraftwerken, an denen der Staat mehrheitlich beteiligt ist, bis 1987 um 75 Prozent reduziert werden. Ein zeitlich begrenztes Förderprogramm ist als Anreiz für Privatunternehmen gedacht, umweltschädliche Anlagen auf schadstoffarmen Betrieb umzurüsten. Erheblich aufgestockt werden die Mittel zum Bau von Abwasseranlagen, die Gelder dafür werden aus dem Teil der Kraftfahrzeugsteuer genommen, der für den Straßen- sowie von Land- und Forstwegbau bestimmt ist.

Der Volksentscheid ist durch das komplizierte Verfassungsänderungsverfahren in Bayern notwendig. Die Verfassung mit 188 Artikeln kann nur geändert werden, wenn dies entweder der Landtag mit Zweidrittelmehrheit beschließt oder über ein Volksbegehren mindestens zehn Prozent der wahlberechtigten Bürger fordern. Doch in beiden Fällen kann die Verfassungsänderung erst nach einem positiven Volksentscheid in Kraft treten.

In den „DDR“-Haftanstalten, so berichten die Haftklassen gestern in Berlin, haben sich die Haftbedingungen eher verschlechtert. Vor allem beunruhigen die Häftlinge die vitaminarme Ernährung, die häufige Unsauberkeit der Zellen, die mangelnde Hygiene, hohe Arbeitsnormen mit veralteten Maschinen und unzureichende Arbeitsschutzmaßnahmen, die zu relativ vielen Arbeitsunfällen führen.

Berichten zufolge sind derzeit vor allem sämtliche Frauenhaftanstalten in der „DDR“ völlig überfüllt. Die im April dieses Jahres nach West-Berlin entlassene Ostberliner Verkäuferin Sibylle Krenz (33) berichtete gestern, die weiblichen Häftlinge in der Strafvollzugsanstalt Halle seien in 15 Personen-Zellen untergebracht, die zu meist mit 20 Frauen belegt seien. Als sich Sibylle Krenz über kaltes Essen beschwerte, habe man sie drei Tage lang in Einzelhaft, mit Händen und Füßen an das Bett gekettet, so daß sie weder ihre Notdurft verrichten noch Lebensmittel zu sich nehmen konnte.

solte, durchaus noch andere Namen. Wiederholt war in der Vergangenheit vom Wirtschaftsexperten Cronenberg die Rede, aber dieser hatte betont, er könne mit Rücksicht auf sein Unternehmen keine weiteren Aufgaben in Bonn übernehmen.

Die Überlegungen, das Amt des Wirtschaftsministers bis zum Ende des Hauptverfahrens gegen Graf Lambsdorff etwa mit einem Staatssekretär zu besetzen oder es von Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) mitführen zu lassen, haben offensichtlich keinen realistischen Hintergrund. Ein so wichtiges Ressort könnte die Bundesregierung gerade in der jetzigen Konjunkturphase nicht vernachlässigen. Die Freien Demokraten müssen, schon im Interesse des eigenen Ansehens, diesen Posten neu besetzen. Im Bundeskanzleramt wurde gestern die Frage gestellt, wie anders die FDP wieder Profil gewinnen sollte. Dies könne nur durch eine überzeugende Besetzung des Kabinettspostens geschehen. Andererseits würde die FDP-Basis einen Verzicht auf das Amt nicht akzeptieren.

Offen wird in Bonn inzwischen auch über eine bevorstehende Ablösung von Bundesjustizminister Engelhard (FDP) gesprochen. Das Ansehen Engelhards ist nicht nur in den Reihen der eigenen Partei erheblich gesunken, auch die Koalitionsparteien CDU und CSU sowie der Kanzler selbst sehen, daß der Minister wenig Ausstrahlungskraft besitzt.

Als Nachfolger für Engelhard werden hauptsächlich zwei Namen genannt. Zum einen der Spitzenkandidat der FDP bei der bevorstehenden Europawahl, Martin Bangemann, und zum anderen der frühere Bundesinnenminister Baum. Die Einschätzungen auch im Regierungslager gehen dahin, daß die FDP bei der Europawahl am 17. Juni kaum Chancen haben dürfte, die fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. In diesem Fall stünde Bangemann, früher einmal FDP-Generalsekretär, für ein Ministeramt zur Verfügung. Baum hat in den letzten Wochen, vor allem im Zusammenhang mit der Anstalts-Diskussion, Auftrieb erhalten. Er war Wortführer der FDP-Mehrheit, die gegen die Am-

nestiepläne stand und sie letztlich auch im Bundestag verhindert hat. Allerdings hat Baum auch ein Bekenntnis zur Koalition mit den Unionspartnern abgegeben.

Die Vorsitzenden der Koalitionsparteien, Strauß, Genscher und Kohl haben sich am gestrigen Abend zusammengesetzt, um die Schwierigkeiten der Koalition zu erörtern. Die CSU hat wiederholt erklärt, sie könne nicht einfach einen x-beliebigen Nachfolger für Graf Lambsdorff akzeptieren. Strauß dürfte diese Position in dem Dreiergespräch bekräftigt haben. Die FDP hat sich bisher auf den Standpunkt gestellt, die Besetzung eines Ministeramtes sei ihre ur-eigste Angelegenheit. Tatsächlich gibt es für das Verfahren in solchen Fällen keine Vereinbarungen zwischen den Koalitionspartnern. Die Frage, ob Strauß im Zuge eines Revirements nun doch noch ein Ministeramt übernehmen will, stellt sich zumindest aus der Sicht des Kanzlers nicht. Er denkt nicht an eine große Kabinettsumbildung.

Auf noch größere Bedenken stößt die geplante Rückwirkung. Zur Klarstellung: Die Rechtsexperten der Koalition denken nicht daran, daß bei einer Änderung der Unterhaltszuzahlung die bislang gezahlte Zuzahlung rückwirkend werden muß. Jede Änderung soll nur für die Zukunft (ex nunc) gelten. Aber der Tatbestand, auf den sich die Unterhaltszuzahlung gründet, liegt bei den rechtskräftig entschiedenen Fällen in der Vergangenheit. Und hier, bei der Wiederaufnahme längst abgelegter Fälle, sehen die Praktiker erhebliche Probleme. Die Reaktionen gingen gegenüber der WELT von „heillos“ und „unappetitlich“ bis „reiner Horror“.

Man stößt sich daran, daß Eheleute, die längst ihre eigene Wege gehen, mit Klagen und Beweisunterlagen in alten Geschichten herumwühlen können. Man fürchtet, daß sich die erhöhten Anforderungen an die Frau verstärken in den „Sumpf kaputter Ehen und ihrer Verhältnisse“ begeben müssen. Der Bundesgerichtshof im Ehebett, ein Bild, von dem man im Reform 1977 Abschied nehmen wollte, kehre zurück.

Nach dem jetzt gültigen Recht kann dann Klage auf Abänderung des Unterhaltstitels erhoben werden, wenn „die Gründe, auf die sie gestützt wird, erst nach dem Schluß der mündlichen Verhandlung entstanden sind.“ (Paragraph 323 ZPO). Die Koalition will diese Vorschrift „analog“ anwenden. Das heißt, das von ihr gebänderte Recht soll ein solcher Grund sein.

Der Bonner Scheidungsanwalt Wolf Steinweg wies gegenüber der WELT auf ein zusätzliches rechtliches Problem der geplanten Änderung hin: Ehepartner, die nach neuem Recht mit einer Trennungzeit von einem Jahr (statt der üblichen drei) auskommen wollten, mußten gemeinsam „Zerrüttung“ vortragen. Und deswegen fanden unwidersprochen Erklärungen über ehewidriges Verhalten Eingang in die Akten. „Das kann jetzt plötzlich eine ganz andere Bedeutung bekommen und für die Unterhaltszuzahlung relevant sein“, sagte Steinweg. Die Vorstellung, daß Richter als Zeugen darüber befragt werden könnten, was die Parteien äußerten, um rasch geschieden zu werden, ist für Steinweg eine „abstruse Vision“.

Wie die WELT im Bundesjustizministerium erfuhr, ist man dort über die „Aufgeregtheit“ der Öffentlichkeit „wenig glücklich“. Der Pressesprecher wies darauf hin, daß es sich zunächst um ein Papier der Rechtsexperten von Union und FDP handle, das noch in die Fraktionen müsse. Von einem Gesetzesentwurf könne daher noch keine Rede sein. Im übrigen habe man „zwei Filter“ eingebaut. Einmal müsse „das besondere Vertrauensinteresse“ auf den Unterhaltstitel geschützt werden, und zum anderen solle eine Klage nur dann zulässig sein, wenn „die Abänderung ins Gewicht falle“.

Im Kern geht es um zwei Anliegen der Koalitionsjuristen:
1. Durch strengere Maßstäbe an die „Pflichten“ des Unterhaltsberechtigten – das ist regelmäßig die Frau – soll „größere Einzelfallgerechtigkeit“ für den Mann erzielt werden.
2. In „Fällen von Gewicht“ soll auch rückwirkend die Unterhaltszuzahlung geändert werden können.

Mit höheren Anforderungen an das Wohlverhalten der Frau wird in dem Entwurf nach Meinung einer Reihe von Scheidungsanwältinnen, die von der WELT hierzu befragt wurden, nicht nur die ohnehin vorhandene Tendenz der Gerichte festgeschrieben, in Fällen von Drittbeziehungen der Frau den Unterhalt zu reduzieren. „Das ist ein klarer weiterer Ruck hin zum Verschuldensprinzip“, war die gehörte Meinung. „Denn welche Pflichten der Frau sollen gemeint sein, wenn nicht die ehelichen?“

Auf noch größere Bedenken stößt die geplante Rückwirkung. Zur Klarstellung: Die Rechtsexperten der Koalition denken nicht daran, daß bei einer Änderung der Unterhaltszuzahlung die bislang gezahlte Zuzahlung rückwirkend werden muß. Jede Änderung soll nur für die Zukunft (ex nunc) gelten. Aber der Tatbestand, auf den sich die Unterhaltszuzahlung gründet, liegt bei den rechtskräftig entschiedenen Fällen in der Vergangenheit. Und hier, bei der Wiederaufnahme längst abgelegter Fälle, sehen die Praktiker erhebliche Probleme. Die Reaktionen gingen gegenüber der WELT von „heillos“ und „unappetitlich“ bis „reiner Horror“.

Man stößt sich daran, daß Eheleute, die längst ihre eigene Wege gehen, mit Klagen und Beweisunterlagen in alten Geschichten herumwühlen können. Man fürchtet, daß sich die erhöhten Anforderungen an die Frau verstärken in den „Sumpf kaputter Ehen und ihrer Verhältnisse“ begeben müssen. Der Bundesgerichtshof im Ehebett, ein Bild, von dem man im Reform 1977 Abschied nehmen wollte, kehre zurück.

Nach dem jetzt gültigen Recht kann dann Klage auf Abänderung des Unterhaltstitels erhoben werden, wenn „die Gründe, auf die sie gestützt wird, erst nach dem Schluß der mündlichen Verhandlung entstanden sind.“ (Paragraph 323 ZPO). Die Koalition will diese Vorschrift „analog“ anwenden. Das heißt, das von ihr gebänderte Recht soll ein solcher Grund sein.

Der Bonner Scheidungsanwalt Wolf Steinweg wies gegenüber der WELT auf ein zusätzliches rechtliches Problem der geplanten Änderung hin: Ehepartner, die nach neuem Recht mit einer Trennungzeit von einem Jahr (statt der üblichen drei) auskommen wollten, mußten gemeinsam „Zerrüttung“ vortragen. Und deswegen fanden unwidersprochen Erklärungen über ehewidriges Verhalten Eingang in die Akten. „Das kann jetzt plötzlich eine ganz andere Bedeutung bekommen und für die Unterhaltszuzahlung relevant sein“, sagte Steinweg. Die Vorstellung, daß Richter als Zeugen darüber befragt werden könnten, was die Parteien äußerten, um rasch geschieden zu werden, ist für Steinweg eine „abstruse Vision“.

Wie die WELT im Bundesjustizministerium erfuhr, ist man dort über die „Aufgeregtheit“ der Öffentlichkeit „wenig glücklich“. Der Pressesprecher wies darauf hin, daß es sich zunächst um ein Papier der Rechtsexperten von Union und FDP handle, das noch in die Fraktionen müsse. Von einem Gesetzesentwurf könne daher noch keine Rede sein. Im übrigen habe man „zwei Filter“ eingebaut. Einmal müsse „das besondere Vertrauensinteresse“ auf den Unterhaltstitel geschützt werden, und zum anderen solle eine Klage nur dann zulässig sein, wenn „die Abänderung ins Gewicht falle“.

Im Kern geht es um zwei Anliegen der Koalitionsjuristen:
1. Durch strengere Maßstäbe an die „Pflichten“ des Unterhaltsberechtigten – das ist regelmäßig die Frau – soll „größere Einzelfallgerechtigkeit“ für den Mann erzielt werden.
2. In „Fällen von Gewicht“ soll auch rückwirkend die Unterhaltszuzahlung geändert werden können.

„Ein rechtspolitischer Rückschritt“

Anwälte und Richter lehnen die Koalitionspläne zum Unterhaltsrecht ab

H.-H. HOLZAMER, Bonn
Auf einmütige Ablehnung in der Anwaltschaft und bei den Richtern sind die Vorschläge der „Rechtsexperten der Koalition“ zur Änderung des Unterhaltsrechts gestoßen. In einer gestern veröffentlichten gemeinsamen Erklärung des Deutschen Anwaltsvereins (DAV), des Deutschen Richterbundes und des Familienrechtstags wird insbesondere daran Anstoß genommen, daß Scheidungsverfahren aus der Zeit nach Inkrafttreten der sozialliberalen Eheerrechtsreform (1977) selbst dann wieder aufgerollt werden können, wenn sie rechtskräftig abgeschlossen sind.

Anwälte und Richter „appellieren“ an die Bundesregierung, das, was sie ändern wolle, sorgfältig zu prüfen. „Ein rechtspolitischer Rückschritt in erneute Unsicherheit mit entsprechender Belastung der Justiz, der Anwaltschaft und Verunsicherung der Rechtssuchenden ist nicht zu rechtfertigen. Das Verschuldensprinzip darf nicht über das Unterhaltsrecht erneut Eingang in das Scheidungsrecht finden. Änderungen des Unterhaltsrechts ... dürfen nicht dazu führen, daß nur wegen der Unterhaltsregelung die Parteien gezwungen sind, an einer inhaltlos gewordenen Ehe festzuhalten.“

Im Kern geht es um zwei Anliegen der Koalitionsjuristen:
1. Durch strengere Maßstäbe an die „Pflichten“ des Unterhaltsberechtigten – das ist regelmäßig die Frau – soll „größere Einzelfallgerechtigkeit“ für den Mann erzielt werden.
2. In „Fällen von Gewicht“ soll auch rückwirkend die Unterhaltszuzahlung geändert werden können.

Mit höheren Anforderungen an das Wohlverhalten der Frau wird in dem Entwurf nach Meinung einer Reihe von Scheidungsanwältinnen, die von der WELT hierzu befragt wurden, nicht nur die ohnehin vorhandene Tendenz der Gerichte festgeschrieben, in Fällen von Drittbeziehungen der Frau den Unterhalt zu reduzieren. „Das ist ein klarer weiterer Ruck hin zum Verschuldensprinzip“, war die gehörte Meinung. „Denn welche Pflichten der Frau sollen gemeint sein, wenn nicht die ehelichen?“

Auf noch größere Bedenken stößt die geplante Rückwirkung. Zur Klarstellung: Die Rechtsexperten der Koalition denken nicht daran, daß bei einer Änderung der Unterhaltszuzahlung die bislang gezahlte Zuzahlung rückwirkend werden muß. Jede Änderung soll nur für die Zukunft (ex nunc) gelten. Aber der Tatbestand, auf den sich die Unterhaltszuzahlung gründet, liegt bei den rechtskräftig entschiedenen Fällen in der Vergangenheit. Und hier, bei der Wiederaufnahme längst abgelegter Fälle, sehen die Praktiker erhebliche Probleme. Die Reaktionen gingen gegenüber der WELT von „heillos“ und „unappetitlich“ bis „reiner Horror“.

Man stößt sich daran, daß Eheleute, die längst ihre eigene Wege gehen, mit Klagen und Beweisunterlagen in alten Geschichten herumwühlen können. Man fürchtet, daß sich die erhöhten Anforderungen an die Frau verstärken in den „Sumpf kaputter Ehen und ihrer Verhältnisse“ begeben müssen. Der Bundesgerichtshof im Ehebett, ein Bild, von dem man im Reform 1977 Abschied nehmen wollte, kehre zurück.

Nach dem jetzt gültigen Recht kann dann Klage auf Abänderung des Unterhaltstitels erhoben werden, wenn „die Gründe, auf die sie gestützt wird, erst nach dem Schluß der mündlichen Verhandlung entstanden sind.“ (Paragraph 323 ZPO). Die Koalition will diese Vorschrift „analog“ anwenden. Das heißt, das von ihr gebänderte Recht soll ein solcher Grund sein.

Der Bonner Scheidungsanwalt Wolf Steinweg wies gegenüber der WELT auf ein zusätzliches rechtliches Problem der geplanten Änderung hin: Ehepartner, die nach neuem Recht mit einer Trennungzeit von einem Jahr (statt der üblichen drei) auskommen wollten, mußten gemeinsam „Zerrüttung“ vortragen. Und deswegen fanden unwidersprochen Erklärungen über ehewidriges Verhalten Eingang in die Akten. „Das kann jetzt plötzlich eine ganz andere Bedeutung bekommen und für die Unterhaltszuzahlung relevant sein“, sagte Steinweg. Die Vorstellung, daß Richter als Zeugen darüber befragt werden könnten, was die Parteien äußerten, um rasch geschieden zu werden, ist für Steinweg eine „abstruse Vision“.

Wie die WELT im Bundesjustizministerium erfuhr, ist man dort über die „Aufgeregtheit“ der Öffentlichkeit „wenig glücklich“. Der Pressesprecher wies darauf hin, daß es sich zunächst um ein Papier der Rechtsexperten von Union und FDP handle, das noch in die Fraktionen müsse. Von einem Gesetzesentwurf könne daher noch keine Rede sein. Im übrigen habe man „zwei Filter“ eingebaut. Einmal müsse „das besondere Vertrauensinteresse“ auf den Unterhaltstitel geschützt werden, und zum anderen solle eine Klage nur dann zulässig sein, wenn „die Abänderung ins Gewicht falle“.

Im Kern geht es um zwei Anliegen der Koalitionsjuristen:
1. Durch strengere Maßstäbe an die „Pflichten“ des Unterhaltsberechtigten – das ist regelmäßig die Frau – soll „größere Einzelfallgerechtigkeit“ für den Mann erzielt werden.
2. In „Fällen von Gewicht“ soll auch rückwirkend die Unterhaltszuzahlung geändert werden können.

Mit höheren Anforderungen an das Wohlverhalten der Frau wird in dem Entwurf nach Meinung einer Reihe von Scheidungsanwältinnen, die von der WELT hierzu befragt wurden, nicht nur die ohnehin vorhandene Tendenz der Gerichte festgeschrieben, in Fällen von Drittbeziehungen der Frau den Unterhalt zu reduzieren. „Das ist ein klarer weiterer Ruck hin zum Verschuldensprinzip“, war die gehörte Meinung. „Denn welche Pflichten der Frau sollen gemeint sein, wenn nicht die ehelichen?“

Auf noch größere Bedenken stößt die geplante Rückwirkung. Zur Klarstellung: Die Rechtsexperten der Koalition denken nicht daran, daß bei einer Änderung der Unterhaltszuzahlung die bislang gezahlte Zuzahlung rückwirkend werden muß. Jede Änderung soll nur für die Zukunft (ex nunc) gelten. Aber der Tatbestand, auf den sich die Unterhaltszuzahlung gründet, liegt bei den rechtskräftig entschiedenen Fällen in der Vergangenheit. Und hier, bei der Wiederaufnahme längst abgelegter Fälle, sehen die Praktiker erhebliche Probleme. Die Reaktionen gingen gegenüber der WELT von „heillos“ und „unappetitlich“ bis „reiner Horror“.

Man stößt sich daran, daß Eheleute, die längst ihre eigene Wege gehen, mit Klagen und Beweisunterlagen in alten Geschichten herumwühlen können. Man fürchtet, daß sich die erhöhten Anforderungen an die Frau verstärken in den „Sumpf kaputter Ehen und ihrer Verhältnisse“ begeben müssen. Der Bundesgerichtshof im Ehebett, ein Bild, von dem man im Reform 1977 Abschied nehmen wollte, kehre zurück.

Nach dem jetzt gültigen Recht kann dann Klage auf Abänderung des Unterhaltstitels erhoben werden, wenn „die Gründe, auf die sie gestützt wird, erst nach dem Schluß der mündlichen Verhandlung entstanden sind.“ (Paragraph 323 ZPO). Die Koalition will diese Vorschrift „analog“ anwenden. Das heißt, das von ihr gebänderte Recht soll ein solcher Grund sein.

Im Kern geht es um zwei Anliegen der Koalitionsjuristen:
1. Durch strengere Maßstäbe an die „Pflichten“ des Unterhaltsberechtigten – das ist regelmäßig die Frau – soll „größere Einzelfallgerechtigkeit“ für den Mann erzielt werden.
2. In „Fällen von Gewicht“ soll auch rückwirkend die Unterhaltszuzahlung geändert werden können.

Ein Toter klagt gegen Kernkraftwerk

PETER ZERBE, Hamburg

Ein Toter soll die endgültige Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Krümmel bei Hamburg verhindern. Dies ergibt sich aus zwei Schriftsätzen, die der Hamburger Rechtsanwalt Winfried Günnemann beim Verwaltungsgericht Schleswig am 23. September vergangenen Jahres eingereicht hat. Doch zu diesem Zeitpunkt war sein Mandant, der Kernkraftgegner Ferdinand Böttger, schon lange tot.

Seit Jahren kämpfte Böttger, Mitglied der Bürgerinitiative Geesthacht, gegen das Kernkraftwerk Geesthacht bei Hamburg mit dem Argument, sein Leben und seine Gesundheit seien in Gefahr. Böttger strengte vier Verfahren gegen das Land Schleswig-Holstein an, das für die Bau- und Betriebsgenehmigungen zuständig ist. Ein Verfahren wurde noch zu seinen Lebzeiten abschlägig beschieden. Zwei Prozesse sind beim Verwaltungsgericht Schleswig und eins beim Bundesverwaltungsgericht Berlin anhängig.

Auffällig war, daß sich Böttger vor Gericht immer vertreten ließ. Andere Kläger waren schon aus persönlichem Interesse zu den anberaumten Verhandlungsterminen selbst erschienen. Durch einen Zufall wurde im April dieses Jahres bekannt, daß Böttger am 9. August vergangenen Jahres verstorben war.

Sowohl das Bundesverwaltungsgericht wie auch die Schleswiger Richter machten den Anwalt darauf aufmerksam, daß sein Mandant tot sei und er sich dazu äußern möge. Die Richter des Berliner Gerichts setzten dem Hamburger Anwalt, der auch Mandanten gegen das im Bau befindliche Kernkraftwerk Brokdorf vertritt, eine Frist von zwei Wochen. Zunächst erbte Günnemann eine Fristverlängerung, um mit den Erben die Sache besprechen zu können.

Dann versuchte er den Spieß umzudrehen, indem er dem Sozialministerium in Kiel vorwarf, es würde hinter dem Kläger her recherchieren. Nach Ansicht der Juristen hätte der Hamburger Anwalt vor Einreichung der zwei Verfahren im September vergangenen Jahres mit seinem Mandanten Rücksprache nehmen müssen, weil neue Kosten auf ihn zukommen könnten. Die beiden sogenannten einstweiligen Rechtsschutzverfahren stellten einen schweren Eingriff in die Vermögenssphäre dar.

Danach brachte der Rechtsanwalt zwei neue Klagen, einen Zahnarzt und einen Polizeibeamten aus Geesthacht. Diese beiden hatten 1972 Einwände vorgebracht, aber den weiteren Klageweg gegen das Kernkraftwerk nicht beschritten. Juristen halten ihre eingeschränkte Möglichkeit zum Klagen daher für gering.

Rechtsanwalt Günnemann erklärte auf Anfrage gegenüber der WELT: „Seit längerem habe ich keinen Kontakt mehr zu Herrn Böttger gehabt und erst durch die Mitteilung der beiden Gerichte erfahren, daß Herr Böttger verstorben sei. Ich habe die Ehefrau meines Mandanten angeschrieben, bisher aber von ihr keine Antwort erhalten.“

Behinderte sollen bessere Chancen erhalten

GISELA REINERS, Bonn

Die Chancen Behinderten, einen Arbeitsplatz zu finden, haben sich nach Ansicht des Bundesarbeitsministeriums in Folge einer sehr weitreichenden Sozialgesetzgebung stark verschlechtert. Deshalb wird eine Novellierung der Gesetze vorbereitet, um Hemmnisse für die Einstellung abzubauen. Mit einem Entwurf, der den Verbänden jetzt zur Stellungnahme zugeschickt worden ist, sollen „die Beschäftigungschancen Schwerbehinderter erhöht werden“.

Ziel ist es, den Arbeitgebern zu erleichtern, Behinderte einzustellen. So sollen zum Beispiel Lehrlinge nicht mehr mitgezählt werden, wenn die Pflichtquote errechnet wird. Bisher ist die Beschäftigung eines Behinderten auf 15 Mitarbeiter vorgeschrieben, unabhängig davon, ob es sich um Auszubildende oder Angestellte handelt. Allerdings wird die Ausgleichsabgabe, die der Arbeitgeber zahlen muß, wenn er die Verpflichtung zur Beschäftigung von Behinderten nicht erfüllt, von 100 auf 150 Mark angehoben. Das entspreche, so das Ministerium, der Entwicklung der Bruttoeinkommen in den vergangenen zehn Jahren, seit denen das Schwerbehindertengesetz in Kraft ist.

Aus der Ausgleichsabgabe sollen finanzielle Anreize für die Arbeitgeber bezahlt werden, um Behinderte einzustellen. Bisher waren vier Sonderprogramme finanziert worden, die jetzt zur Dauerregelung werden sollen. So werden Einrichtungen finanziert, wie Rampen für Rollstühle oder behindertengerechte Arbeitsräume.

Wird ein Schwerbehinderter als Lehrling eingestellt, so soll er dem Betrieb doppelt angerechnet werden, das heißt, für ihn werden zwei Pflichtplätze eingerechnet. (Bei 32 Beschäftigten müssen zwei Behinderte eingestellt werden. Ist der neue Mitarbeiter ein Lehrling, gilt die Pflichtquote als erfüllt.)

Johannes Paul II. im Land der Eidgenossen: Wenig Begeisterung, aber viel Zurückhaltung und Skepsis



Komplimente für das Schweizer Volk: Der Papst und seine Garde

Nur in Lugano sprang der Funke über

Von F. MEICHNER

„I Papa per due franchi!“ Am Ausgang des Fribourger La-Poya-Parks bietet ein findiger Italiener Buntfotografen Johannes Pauls II. für zwei Franken. Erfolg scheint er damit freilich kaum zu haben. Der Strom, der sich nach der Papstmesse aus dem Park auf die Straße ergießt, geht an ihm vorbei. Viele der vielen 10 000 bis 15 000 Menschen haben zwar am Ausgang ihr Schärfelein in die milchkanalähnlichen Kollektorbühnen geworfen, aber die wenigsten geben dann noch Geld für Andenken aus.

Zu solchem „Leichtsinn“ vermag diese erste Schweiz-Rundreise eines Papstes seit mehr als einem halben Jahrtausend so leicht keinen Eidgenossen zu verführen. Es sei denn, es handle sich bei dem Angebot um etwas Nützliches – etwa um einen Sonnenhut mit dem Symbol dieses Besuches, dem Kruzifix über dem Schweizer Kreuz.

Ruhe und Ordnung sind nie in Gefahr

Im übrigen bewahrt „Monsieur le Directeur“, der – trotz hochsommerlicher Hitze in schwarzem Anzug – mit Madame am Arm auf dem Heimweg von einem Bekannten ehrerbietig begrüßt wird, nützliche Contenance – auch vor dem Papstthron. Und fast alle tun es ihm gleich: Gewiß, sie quitierten die scherzhaften Worte, mit denen sich der hohe Gast aus Rom aus dem Park am Stadtrand verabschiedet, mit gebührender Heiterkeit und mit Beifall. Aber hinreißen lassen sie sich nicht. Vergleichen mit den furiosen Symphonien so mancher anderer Papstreisen wirkt dieser Besuch wie ein Kammerkonzert in „Allegro, ma non troppo“. Ruhe und Ordnung sind nie in Gefahr.

Daß hier in der Schweiz kein Feuerwerk à la Mexiko oder Brasilien und auch nicht, wie in Polen, eine plebiszitäre Demonstration für einen als Nothelfer gefeierten Priesterkönig erwartet werden konnte, war von vornherein klar. Aber es sprühen nicht einmal Funken, wie etwa in Deutschland und Österreich. Die äußere Farbenprachtigkeit der in vollem Wuchs aufmarschierenden Corpsstudenten und der pensionierten Veteranen der Schweizer Garde, die sich noch einmal in ihre alten Uniformen gezwängt haben, wirkt wie eine Fassade vor behäbiger Bürgerlichkeit. Nur im italienischsprachigen Lugano schien wirklich etwas überspringen zwischen der Menge und dem hohen Besucher.

Selbst an der Universität Fribourg, wo man sich intensiv auf den Besuch vorbereitet hatte, kommt es nicht zu dem erhofften lebendigen Dialog zwischen den nicht immer Rom-treuen Theologen und ihrem höchsten Magister. Und die Jugend, die ebenfalls zum Dialog aufgerufen worden war, gibt sich entweder skeptisch oder ganz brav. Unter den Studenten waren vor dem Besuch zahlreiche vorbereitende Zusammenkünfte abgehalten worden. Matteo Pontinelli, Präsident des Studentenrates, muß dann aber vor dem Papst bekennen: „Diese Zusammenkünfte sind nur bei wenigen Studenten auf Interesse gestoßen.“

Die Fragen, die dem einstigen Universitätsprofessor Karol Wojtyla schließlich gestellt werden, sind eher harmlose Bitten und Wegweisungen. Nicht anders ist es am Abend im Estadion bei der Begegnung mit der Jugend der Westschweiz. Wagt es wirklich einmal jemand, schüchtern ein heikles Thema, wie etwa den Zölibat, anzusprechen, dankt der Papst für die Frage und bleibt die Antwort schuldig. Er ermutigt die Jugendli-

chen, ihre Erfahrungen zu vertiefen und Geduld zu üben.

Nicht anders ergeht es den Theologiestudenten. Sie hatten für das Treffen mit Johannes Paul II. Voten vorbereitet, in denen sie ihre Anliegen vorbrachten und erläuterten. Darin stellen sie beispielsweise das Problem des Priestermangels, den Fragen nach dem Dienst verheirateter Priester, geschulter Laien und Frauen gegenüber. Sie sprechen auch die Spannung zwischen der Schweizer Ortskirche und den römischen Lehrverfahren an. Sie äußern – im Blick auf den Fall Küng – den Wunsch nach fairen Lehrverfahren und nach Toleranz, nach Verständnis für die konfessionelle Uneinheitlichkeit der Schweiz.

Papstliche Bedenken und Beharrlichkeit

Zur Enttäuschung vieler Theologen entzieht sich der Papst einer direkten Antwort. Er wird die Fragen prüfen, verspricht er, und erhebt dann gleich symbolisch den Zeigefinger: „Durch einen größeren als wir, durch Christus, ist uns die Verantwortung für die Pädagogia fidelis, die Glaubenserziehung, übertragen: Darum müssen wir besonders auf die 'besonders Schwachen' und die 'Armen' achten. Die meisten Forschungsergebnisse wurden dadurch gewonnen, daß sie durch andere Gelehrte jenseits der Grenzen einer theologischen Schule oder eines Landes geprüft wurden, bevor man sie der Öffentlichkeit vorstellte. Man muß darauf achten, jene Gläubigen, die in Glaubensfragen weniger unterrichtet sind, nicht zu verwirren...“ Auch hinsichtlich der in der Schweiz praktizierten gemeinsamen Ausbildung von Priesterkandidaten und Theolo-

giestudenten meldet er starke Bedenken an.

Zurückhaltung auf beiden Seiten also, die sich gegenseitig zu bedingen scheint. Die „Freiburger Nachrichten“ sprechen das offen aus: Wie schon im nüchternen Genf, wird Johannes Paul II. gespürt haben, wie sein Schweizer und Fribourger Publikum auf den Besuch zurückhaltend reagiert als die südlichen Völker. Mitspielen mag, daß wir im Lande der Präzisionsuhren das Warten weniger mögen und bei unprogrammierten Verspätungen weniger gelassen bleiben. ... Doch liegen die Wurzeln der Zurückhaltung wohl tiefer: In dem von polnischen Erfahrungen wesentlich mitgeprägten Verständnis des Petrus-Amtes, das bereits dort mit stummem oder ausgesprochenem Njet Erwartungen weckte, wo nach unserem Empfinden der Dialog hätte offen bleiben können.

Der Papst wird dann zu einem „sorgsam theologischen Nachbarn“ der angesprochenen Themen und Anliegen“ aufgefordert, „bevor er eine weitere Auslandsreise vorbereitet“. Solche Töne hat Karol Wojtyla noch in keinem Gastland aus repräsentativen Sprachrohren der öffentlichen Meinung zu hören bekommen – höchstens von erklärten Antipathisten.

Die Schweiz-Reise als Schauspiel der „Entzauberung“ eines charismatischen Papstes? Johannes Paul II., dem noch niemand sein besonderes Gespür für die Massen und deren Stimmungen abgesprochen hat, geht immer wieder gegen die Reserviertheit an. So macht er im La-Poya-Park in freier französischer Rede nach der Messe dem Schweizer Volk große Komplimente, stellt er die Schweiz als ein musterhaftes Gemeinwesen hin, in dem Menschen mehrerer Sprachen und Kulturen gegenseitig Toleranz üben und harmonisch zusammenleben. Der Beifall bleibt bei solchen Gelegenheiten nicht aus, aber

man kann auch vom Nebenmann ein skeptisches „Etwas-zu-dick-aufgetragen“ zu hören bekommen.

Zu den wenigen, die keinerlei Réserve üben bei diesem Besuch der Zurückhaltung, scheinen die Vertreter der Sicherheitsorgane zu gehören. Ihnen stellt sich ein Problem, das sie direkt angeht, ohne besonderes Einfühlungsvermögen für die Inszenierung des Ereignisses. So haben die Lokführer der in unmittelbarer Nähe des La-Poya-Parks vorbeifahrenden D-Züge der Schweizer Bundesbahn Anweisung erhalten, mit Höchstgeschwindigkeit zu fahren, um der Möglichkeit vorzubeugen, daß aus dem fahrenden Zug ein Attentat verübt wird. Daß durch das Gedröhne der Züge die Messe gestört und auch der Papst immer wieder vorübergehend zum Schweigen verurteilt wird, muß eben als Tribut an die Sicherheit in Kauf genommen werden.

Auf die Spuren der Geschichte gestoßen

Die letzte Schweiz-Rundreise eines Papstes hatte, wie ein Kommentator des Schweizer Fernsehens in Erinnerung brachte, auf höchst ungewöhnliche Weise geendet: Hals über Kopf verließ Martin V. im Jahre 1418 Genf in Richtung Süden – auf der Flucht vor der Pest. Dann verwehte die „Pest“ der Reformation den Päpsten jahrhundertlang die Rückkehr.

Diese „Pest“ hat Spuren hinterlassen – offensichtlich auch bei den Katholiken des Landes. Johannes Paul II. ist darauf gestoßen und dabei mag ihm durchaus der Verdacht gekommen sein, daß die wenigen Schweizer, die dem römischen Papst heute noch widerspruchslos zu gehorchen bereit sind, zum größten Teil in der Schweizer Garde dienen.

Haager Parlament billigt Raketenplan

Sieben Oppositionelle retten die Regierung / Lubbers will Moskau „Signal“ geben

BODO RADKE, Den Haag

Nur mit Hilfe von sieben oppositionellen Abgeordneten orthodox-calvinistischer oder rechtsextremer Prägung hat Hollands Koalitionsregierung von Christdemokraten und Liberal-Konservativen in der Nacht zum Donnerstag die „Raketen-Debatte“ im Haager Parlament politisch überlebt. Sie sprangen mit ihren Stimmen für sieben christlich-demokratische Volksvertreter ein, die einen Antrag der Linksliberalen unterstützten, dessen Annahme das Ende des Kabinetts und wahrscheinlich die Ausschreibung vorgezogener Neuwahlen zur Folge gehabt hätte.

Es war 2.30 Uhr früh geworden, als nach zwölfstündiger Debatte die Abstimmung, die Entscheidung über die Aufstellung von 48 Marschflugkörpern auf den 1. November 1985 zu verschieben, endlich stattfinden konnte. Bis dahin hatte Unsicherheit über die Zahl der „Dissidenten“ in den eigenen Reihen die Stimmung auf der Regierungsbank bestimmt. Zwar gab es keinerlei Zweifel, daß alle 36 Abgeordneten der liberal-konservativen Fraktion die am 1. Juni im Kabinett ausgearbeitete vieldeutige Kompromißformel über die Beteiligung der Niederlande an der NATO-Nachrüstung unterstützen würden. Aber im Lager der 43 Christdemokraten blieb vieles unklar.

Zum erstenmal seit 1949, als es um die Entlassung der rebellierenden Indonesier aus der Kolonialherrschaft in die Unabhängigkeit ging, fehlte im

niederländischen Parlament bei einer Abstimmung nicht ein einziger Abgeordneter. Das Ergebnis von 79:71 spiegelt theoretisch genau das Kräfteverhältnis zwischen Regierungsparteien und der – neben den Sozialisten in viele kleine Gruppen aufgesplitteten – Opposition wider. Doch es waren die Stimmen aus den drei Mini-fraktionen „konfessioneller Parteien“ und die des Abgeordneten Janmaat von der als rechtsextrem eingestuften „Centrumpartij“, die Premier Lubbers über die kritische Schwelle brachten.

Der holländischen Öffentlichkeit dürfte die zwölfstündige, von Fernsehen und Rundfunk live übertragene Parlamentsdebatte kaum Neues beschert haben. Die seit Monaten bis zum Überdruß servierten Argumente der Nachrüstungs-Gegner und -Befürworter wurden wieder einmal aufgetischt. Wobei der ausländische Beobachter den Eindruck bekam, daß das Wesentliche in der Haltung des NATO-Mitgliedsstaates Niederlande gegenüber den Partnern der westlichen Allianz immer stärker in den Hintergrund gedrängt wird.

Zum Beispiel wurde kaum darüber gesprochen, daß der erneute Aufschub einer definitiven Entscheidung über die eventuelle Stationierung von Cruise Missiles auf holländischem Boden bis zum 1. November 1985 das sorgfältig ausgearbeitete Zeitschema der NATO-Planungen durcheinander bringt. Selbst bei einem zustimmenden Beschluß in eineinhalb Jahren

wäre aus technischen Gründen eine Verwirklichung erst ab 1988 möglich. Im NATO-Zeitplan ist aber 1986 vorgesehen.

Auch blieb in der Haager Debatte fast völlig unerwähnt, daß in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Italien die Nachrüstung mit Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern längst angelaufen ist. Uninformierten Zuhörern der Diskussion wurde bisweilen der Eindruck vermittelt, es ginge um eine Kraftprobe zwischen dem Königreich der Niederlande und der Sowjetunion statt um das Ost-West-Verhältnis in seiner Gesamtheit.

Die Zeit bis zum 1. November 1985 will nun das Kabinett nach Aussagen von Ministerpräsident Ruud Lubbers nutzen, um der Sowjetunion ein „Signal“ zu geben und eine Reduzierung der Atomwaffen in Ost und West zu erreichen. Lubbers will Moskau anbieten, daß die Niederlande auf die Stationierung verzichten und damit aus dem Stationierungsstell des Doppelbeschusses endgültig ausscheiden, wenn die Sowjetunion keine weiteren SS-20-Raketen aufstellt. Sonst würden bis Ende 1988 alle 48 Mittelstreckenwaffen stationiert werden.

In ersten Reaktionen wurden erhebliche Zweifel an der Seriosität dieser „Drohung“ angemeldet. Das letzte Wort würde nämlich auch dann das Haager Parlament haben. Und im Mai 1986 stehen Neuwahlen an.

(SAD)

Seite 2: Niederlande, Niederlage

Scargill verkündet Durchhalteparolen

Der Kampf der britischen Bergarbeitergewerkschaft geht in die 15. Woche

FRITZ WIRTH, London

Die Geheimgespräche zur Beilegung des britischen Bergarbeiterstreiks sind zusammengebrochen. Eine Lösung des Arbeitskampfes, der vor 14 Wochen begann, ist nicht in Sicht. „Wir werden, wenn nötig, bis zum Winter durchhalten“, verkündete der Präsident der britischen Bergarbeitergewerkschaft, Arthur Scargill. „Hier werden Bergarbeiter für die politischen Ziele einer kleinen radikalen Gruppe von Funktionären geopfert“, entgegnete Ian MacGregor, der Präsident der britischen Kohlebehörde und Widersacher Scargills.

Es war die dritte Gesprächsrunde der beiden Tarifpartner. Nachdem die zweite Begegnung der beiden Kontrahenten in der letzten Woche relativ friedfertig und hoffnungsvoll verliefen war, hatten Optimisten für die dritte Gesprächsrunde sogar den ersten Durchbruch in diesen festgefahrenen Kampfhandlungen erwartet.

Nach 15 Minuten war jedoch bereits klar, daß man wieder zum Punkt Null zurückgekehrt war. Scargill war nicht bereit, über den Plan der Kohlebehörde zu sprechen, die britische Jahresproduktion um vier Millionen Tonnen zu senken, was die Stilllegung von etwa 20 wirtschaftlich gewordenen Zechen bedeuten würde. Er machte vielmehr zur Bedingung, daß dieser

Plan zunächst vom Tisch genommen werde, bevor er bereit sei, mit der Kohlebehörde ernsthaft über die Zukunft der britischen Bergbauindustrie zu sprechen. Zugleich warf er der Kohlebehörde vor, in „kriegerischer Stimmung“ und ganz offensichtlich mit der Anweisung Frau Thatchers in diese Gespräche gekommen zu sein, den Bergleuten keinerlei Konzessionen zu machen.

Es gibt berechtigte Zweifel, ob dieser Bericht Scargills über das Gesprächsklima zutrifft. Kriegerische und militante Akzente sind bisher in erster Linie von ihm in diesen Arbeitskampf hineingetragen worden. Das Problem dieses Streiks ist, daß beide Seiten seit einigen Monaten offenbar mehr darauf bedacht sind, Punkte im Propagandakrieg zu gewinnen, statt ernsthafte Ansätze zur Beilegung des Konflikts zu suchen.

Arthur Scargill konzentriert sich seit einigen Wochen darauf, den Durchhaltewillen seiner Kumpel zu stärken. „Für uns ist jeder Tag, den wir dem Winter näherrücken, ein Sieg“, erklärte er kürzlich. Das Problem ist, daß es laut Kalender zur Zeit noch Frühling ist, daß also zunächst ein sehr harter und heißer Sommer überwunden werden muß, und daß es deutliche Anzeichen dafür gibt, daß

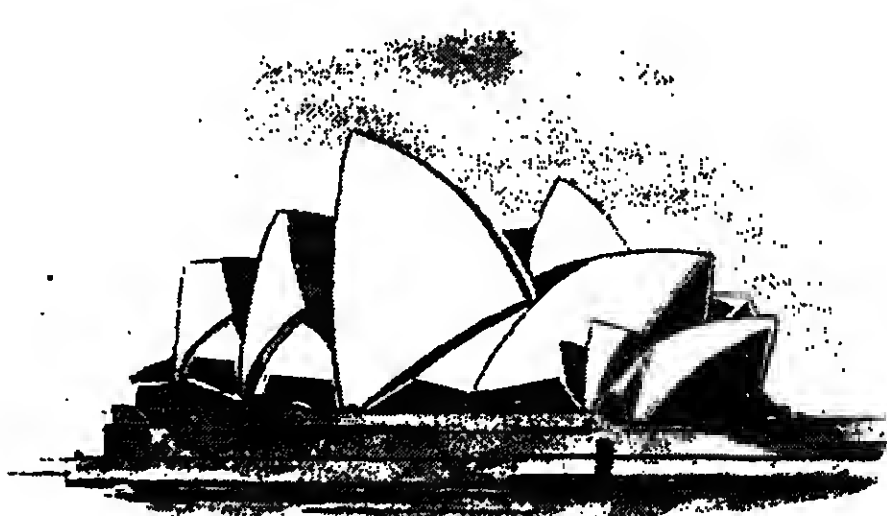
die Mehrheit der streikenden Kumpel nicht in der Lage ist, diesen Streik noch lange durchzuhalten. Die streikenden Bergarbeiter haben in den bisherigen 14 Streikwochen durchschnittlich 2800 Pfund (rund 11 000 Mark) Lohnausfall zu beklagen. Sie leben von der Sozialfürsorge von rund 110 Mark wöchentlich. Streikgelder werden nicht gezahlt.

Die Kohlebehörde setzt darauf, daß die stille Mehrheit der streikenden Kumpel die Aussichtslosigkeit dieses Arbeitskampfes einsieht und wieder zur Arbeit zurückkehrt. Sie ist offenbar entschlossen, über die Köpfe der Gewerkschaftsfunktionen hinweg den Kimpeln einige reizvolle finanzielle Angebote zu machen, die die Rückkehr zur Arbeit noch verführischer machen sollen. Bisher hatten sich 42 000 Bergarbeiter dem Streik widersetzt und weitergearbeitet, weil Scargill ihnen das Recht auf eine Urabstimmung zu diesem Streik verweigert hatte. Inzwischen sind nach Angaben der Kohlebehörde weitere 5000 Bergarbeiter zur Arbeit zurückgekehrt. Ihr Weg zu den Zechen muß täglich von einer Armee von 6000 Polizisten freigehalten werden. Die Kosten für diesen Polizeieinsatz werden inzwischen auf 190 Millionen Mark veranschlagt.

RUND UM DIE WELT BEKANNT

BankAmerica Travelers Cheques. World Money.®

Wohin auch immer Sie reisen. Sie werden unterwegs nur wenige Dinge entdecken, die weltweit so viel Anerkennung genießen, wie die BankAmerica Travelers Cheques. Erfahrene Reisende können auf sie in 6 Kontinenten vertrauen, und man nimmt sie in 160 Ländern gerne entgegen. Ein weltweites Rückernetz und Vermögenswerte von mehr als 120 Milliarden Dollar stehen hinter ihnen. Die BankAmerica Travelers Cheques sind in führenden Weltwährungen bei tausenden von Banken rund um die Welt erhältlich. Und sollten Ihre Reisen Sie bis nach Sydney führen, können Sie sogar Ihre Opernkarten damit bezahlen.



Hitachi jetzt: Ihre Erb-Anlage.

Jetzt können Sie Ihren eigenen Erbanlagen, die Sie Ihren Nachkommen vermachen, eine weitere hinzufügen: die Hitachi Video-Kombination **VK-C 2000 E / VT-7 E**.

Denn bei der **VK-C 2000 E** handelt es sich um die einzigartige Hitachi MOS-Video-Farbkamera, deren revolutionäre Technologie sie nicht nur zuverlässiger und belastbarer macht, sondern auch extrem langlebig.

Der Grund: ein **SENSOR** statt der üblichen Aufnahmeröhre. Und dieser kleine elektronische Baustein macht die **VK-C 2000 E** auf der einen Seite leicht, kompakt, sicher und sparsam – andererseits bietet er eine Fülle von technischen Vorteilen:

Sofortige Aufnahmebereitschaft, kein Einbrennen, kein Nachziehen, schärfere Bilder in originalgetreuen Farben – selbst bei hellstem Sonnenlicht.

Und auch die zukunftsweisende Technologie des Hitachi VHS-Video-Recorders **VT-7 E** wird Sie und Ihre Nachkommen begeistern: mit einem Handgriff verwandelt sich dieses Vielzweck-Gerät vom stationären Luxus-Video-Recorder in ein vollfunktionsfähiges Portable

der Spitzenklasse – ebenfalls leicht, kompakt und voller technischer Raffinessen. Ohne Kabelsalat schultern Sie diesen Recorder, machen eine Fahrt ins Blaue oder Grüne und halten Ihre Wochenend- oder Urlaubserlebnisse in eigener Regie im Bild fest. Am besten auf original Hitachi-VHS-Video-Cassetten.

P.S. Auch wenn Sie noch nicht ans Vererben denken, sollten Sie sich diese Hitachi Video-Kombination einmal bei Ihrem Fachhändler vorführen lassen.



**ZUKUNFT
WEISEND**



VK-C 2000 E

VT-7 E

 **HITACHI**

Hitachi Sales Europa GmbH, Rungedamm 2, 2050 Hamburg 80
Hitachi Sales Warenhandels-Gesellschaft m.b.H., Kreuzgasse 27, 1180 Wien · World Electric B.V., Industrieweg 17-19, 3762 EG Soest/Holland

Als der liebe Gott „hing“: Erinnerungen an H. Moser

Mundgerechte Texte

Er war kein gelernter Schauspieler, er kam vom Tingeltangel, fast vom „fahrenden Volk“. Er hatte lediglich gelernt, die Leute zu unterhalten. Mit Plaudereien (Conferenzen), mit Liedern, mit kleinen Szenen. Er schrieb seine Szenen vermutlich selbst, und eine ist unsterblich geworden, auf einer Platte und im Film festgehalten: „Der Dienstmann“. Die Reden des Dienstmanns sind sprichwörtlich geworden.

Sein Geheimnis war die absolute, totale Natürlichkeit. Er unterschied sich von den meisten Schauspielern, wie sich ein Redner, der von einem Manuskript abliest, von einem Redner unterscheidet, der frei spricht.

Halla, Dienstmann - ARD, 20.15 Uhr

Was er sagte, wirkte keinen Augenblick wie gelernt.

Allmählich wurde er bekannt. Er war schon beim Stummfilm mit kleinen Rollen dabei. Ich erinnere mich an den „Feldherrenhügel“, den ich 1926 in Hamburg gesehen habe, da spielte er einen Schneider.

Entdeckt wurde er nicht von Max Reinhardt, wie man so oft hört, sondern von Hubert Marischka, dem Wiener Operetten-Unternehmer. Bei ihm spielte er die „Dritten-Akt-Komiker“ in „Gräfin Mariza“ und „Die Zirkusprinzessin“. Dies wurde der große Durchbruch. Ich habe noch im Ohr, wie er in einer dieser Rollen (es handelte sich um einen Ring) sagte: „Warum hat er ihn ihr geschenkt? Kein komischer Satz, aber in seinem Mund unsagbar komisch.“

Nun begann seine Filmkarriere. Wie sehr viele andere komische Darsteller nahm er Rollen an und spielte sie vor der Kamera. Anders als die

anderen aber richtete er sich den Text vorher ein. Er machte ihn sich mundgerecht.

Parallel mit den zahllosen Filmen erfolgte die Entdeckung durch Max Reinhardt. Er wurde an das Theater in der Josefstadt geholt, aber er wurde nicht seiner Individualität gemäß, nicht immer zumindest, beschäftigt. Er mußte in dem oberflächlichen angelsächsischen Reifer „Artisten“ spielen und in dem schwachen Shaw „Funnys erstes Stück“.

Hans Moser war kein glücklicher Mensch, er war depressiv, einsam und von der Eigenschaft vieler Komiker heimgesucht: der übermäßigen Sparsamkeit. Er war ein guter Kollege, ohne alle Starallüren. Er war bescheiden, seiner Größe nicht inne. Zur Zeit der deutschen Herrschaft über Österreich hatte er es schwer. Seine Frau entsprach den „Rassegesetzen“ nicht; man fand die peinliche Lösung, daß sie in Ungarn leben mußte. Heinz Hilpert, der neue Chef der Reinhardt-Bühnen, entschädigte ihn künstlerisch, er liebte ihn und ließ ihn Raimund spielen.

Ich weiß, daß er für mich schon damals ein ganz Großer gewesen ist. Denn als ich bei der Heimkehr nach Salzburg kam, im Sommer '45, traf ich ihn und wußte, daß ein Weltvater, ein Unschätzbarer, bewahrt geblieben war.

Doch die letzte Vollendung Hans Mosers stand noch bevor. Er spielte den Schuster in „Nestroy's „Höllengast“ und vorher den Vater in Schnitzlers „Liebele“, und da mußte er sich keine eigene Sprache zurechtlegen, da mußte er nicht improvisieren, da war er mit den Mitteln des Autors und seines Ingeniums der Inbegriff der Darstellungskunst, und



Sein Geheimnis war die totale Natürlichkeit: Hans Moser (1880-1964) FOTO: KINDERMANN

dies vielleicht noch mehr als „Hohes Alter“ in Raimunds „Bauer als Millionär“ bei den Salzburger Festspielen. Ich schrieb damals: „Das wird nie wieder sein, es ist nicht zu fassen und nicht zu deuten und jenseits aller Erfahrung und Darstellbarkeit nur Wunder und Gnade.“

Moser spielte manchmal noch seine Operettenkomiker in der Wiener Volkoper, und jedesmal, wenn er auftrat, empfing ihn ein Applausorkan. Und schließlich war er noch im vorletzten Bild von Molnars „Liliom“ der himmlische Polizeibeamte, der eigentlich der liebe Gott ist. Da war für mich das Unvergessliche, daß er seinen Text vergessen hatte und in den Akten auf seinem Schreibtisch blätterte – und niemand dachte, daß Hans Moser „hing“, es war durchaus glaubhaft – der liebe Gott, der nicht weiter wußte.

Im Jahr 1980 veranstaltete die Stadt Wien ein großes Hans-Moser-Fest. Da waren sich alle in der Verehrung und Zustimmung einig, auch die sogenannten „Progressiven“.

HANS WEIGEL

KRITIK

Frust in der Wohnküche

Bei dem unter der Marke „Das kleine Fernsehspiel“ vorgeführten Film „Führer durch die Welt. Ein ungewöhnlicher Dialog“ (ZDF), Buch und Regie Heiko Schlier, wurde der Schock, der bei dieser Senderei vorprogrammiert ist, noch durch die vorausgehende Sendung verstärkt. Sie war dem „Narrenschaft“-Debakel auf dem Rhein gewidmet. Dort war der Schweizer Autor Guido Bachmann als Ausnahmeerscheinung unter so viel launigen Schriftstellern aufgefallen. Er sagte ohne Erbarmen mit den frustrierten Kollegen, er habe die Fahrt auf dem Schiff genossen: den Kontakt zu seinen Kollegen habe er gefunden, und außerdem wisse er gutes Essen und guten Wein zu schätzen.

Das besagte kleine Fernsehspiel hingegen war eine selbst für das deutsche Fernsehen auffallend geballte Ladung von Frust. Ein hübsches junges Mädchen und ein gutaussehender

Mann möchten zusammen ins Bett, finden aber die Kurve ins Schlafzimmer nicht. In der Küche unterhalten sie sich mehr als eine Stunde lang darüber, warum sie es nicht tun.

Verfremdet wird das durch dauernde Einblendung von wirklich gut gemachten Kulturfilmfragmenten, in denen die Herstellung von Leuchtglöhen und Führungen durch Schlösser gezeigt werden. Das war wohl „symbolisch“ gemeint und sollte den „wahren Charakter“ von Kultur und Erotik demonstrieren. Wenn das Mädchen jedoch zum x-ten Male sagt, es wisse nicht, wie es leben solle, freut man sich richtig auf die nächste Einblendung der tüchtigen Facharbeiterinnen aus der Glöhenfabrik und der mit erfrischten Augen nach der Arbeit durch Schlösser wandernden Touristen. Für sie scheint es Probleme von jener unglücklichen Tragweite nicht zu geben.

ANTON MADLER



Um den wachsenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt gerecht zu werden, haben der Saarländische Rundfunk, der Süddeutsche Rundfunk und der Südwestfunk ihr Telekolleg ausgebaut. Vom 24. September an kann mit dem Telekolleg II in zwei Jahren die bundesweit anerkannte Fachhochschulreife erworben werden, die das Studium an allen Fachhochschulen ermöglicht. Der Kurs wird in den drei Sendern sowie im Westdeutschen Fernsehen ausgestrahlt.

Hans Magnus Enzensberger besorgte die deutsche Fassung des TV-Spiels Billy Bishop steigt auf von John Gray, das der englische Regisseur Norman McCandish zur Zeit in Köln vorbereitet. Sämtliche fünfzehn Rollen übernimmt der Schauspieler Hans-Peter Korff. Der Sendetermin ist im nächsten Jahr.

dpa



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.15 Tagesschau
10.25 Tagesschau
Deutschland - Portugal

11.55 Fußball-EM: Rumänien - Spanien
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

14.00 Tagesschau
14.15 Martin und der Zauberer
Ein holldischer Abenteuerfilm
Dem zwölfjährigen Martin macht die Schule überhaupt keine Freude, er ist ein Träumer, und gemeinsam mit seinem Großvater Mebi er es, sich immer wieder phantastischen Geschichten auszusuchen.

14.30 heute
14.40 Die kleinen Streiche
14.50 heute / Aus den Ländern
15.15 Tage-Magazin
15.30 Brigitte und ihr Koch
Anschl. heute-Schlagzeilen
15.40 Post und Postbox
15.50 heute

17.50 Tagesschau
18.00 Tagesschau
18.15 Tagesschau
18.30 Tagesschau
18.45 Tagesschau
19.00 Tagesschau
19.15 Tagesschau
19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Bonner Sitzmöbel-Moral

„Der Stuhlmann“: WELT vom 1. Juni
Sehr geehrte Damen und Herren,
der Ministerpräsident Südafrikas,
Pieter Willem Botha, war in der Bundesrepublik. Bundeskanzler Helmut Kohl ließ deshalb das Sofa in der Empfangshalle entfernen, empfing Botha im Stehen und weigerte sich, dem Gast die Hand zu drücken – aus Protest gegen das Apartheidregime in Südafrika. In Gesprächen mit Botha erwähnte Kohl diesen eindrucksvollen, Menschenrechtsverletzungen in seinem Land Einhalt zu gebieten.

Bundeskanzler Kohl bekam dafür sogar Anerkennung von ihm sonst nicht wohlgesonnener Seite. Auch ich bin der Meinung, daß er sich richtig verhalten hat!

Wahrscheinlich wird noch in diesem Jahr ein Gast in die Bundesrepublik kommen, der an der Spitze eines Regimes steht, das nicht minder menschenverachtend ist. Ich meine Erich Honecker und die „DDR“.

Wie wird Kohl sich verhalten? Wird er Honecker ebenfalls nicht die Hand reichen, wird er mit ihm über die Menschenrechtsverletzungen der „DDR“ reden?

Kohl mußte Honecker ebenso behandeln, wie er – völlig zu Recht – Botha behandelt hat. Alles andere wäre einseitig und nur mit dem Begriff der doppelten Moral treffend zu bezeichnen.

Hoffentlich hält Bundeskanzler Kohl das ein, was er mit der geistig-moralischen Wende versprochen hat.

Es grüßt freundlich
Michael Krause,
Berlin 31

Sehr geehrte Herren,
ich habe dem Herrn Bundeskanzler Kohl die Anlieferung eines Klappstuhls für den geplanten Besuch des Staatsrats Honecker angeboten.

Halten Sie Herrn Kohl für „lernfähig“?

Mit freundlichen Grüßen
Kurt Heydachs,
Hamburg 53

Sie berichten, daß die beiden Besuchersofas vor den Augen der Fotografen hinausgetragen wurden, „damit auch Botha und sein gleichnamiger Außenminister ... merken, daß sie nicht zu den befreundeten Besuchern gehören“. Ich finde diese Idee ganz prima. Sie sollte weiter ausgebaut werden. Zwischen einem komfortablen Biedermeier-Familiensofa und überhaupt keiner Sitzgelegenheit gibt es ja Zwischenmöglichkeiten. Ich denke da zunächst an eine karge Holzbank ohne Rückenlehne.

Es sollte die Planstelle eines leitenden Regierungsdirektors geschaffen werden, der sich mit der Frage der Sitzmöbel während der offiziellen Fototermine beschäftigt. Aus den Koordinaten „Mäßigkeit des bescheidenen Politikers“ und „Macht des von ihm vertretenen Staates“ kann dann je nach Situation die richtige Entscheidung getroffen werden. Außerdem sind im Bundeskanzleramt zwei Planstellen für Möbelträger zu schaffen.

Willhelm Rughase,
ein ehemaliger Volksschullehrer,
Hamburg

Streik-Gedanken

Neues Kabinett ist für Kohl kein Thema

Fortsetzung von Seite 1

gen eines Bankenkonsortiums noch von einer Bitte an die Bundesregierung um eine Bürgschaft.

Die FDP-Führung sieht in den Meldungen über eine bevorstehende Anklageerhebung gegen Graf Lambsdorff eine gezielte „Beeinflussung und Beeinträchtigung unserer Chancen im Europawahlkampf“. Der neue Generalsekretär Haussmann machte gestern deutlich, daß seine Partei dennoch zur Zeit keinen „Entscheidungsbedarf“ sehe. Die Parteiführung werde „sich damit auseinandersetzen, wenn Entscheidungen des Gerichts zu Lambsdorff gefallen sind“. Im Gegensatz zu Äußerungen des Bundeskanzlers, daß der Wirtschaftsminister im Falle einer Anklageerhebung zurücktreten werde, betonte Haussmann, daß Lambsdorff und die FDP-Führung sich ihre Entscheidung in diesem Fall vorbehalten. Die Koalitionsparteien hätten das „Recht, sich jeweils über ihre Personen und Ressorts Gedanken zu machen“.

FDP will stärkere Profilierung

p.p. Bonn

FDP-Generalsekretär Haussmann hat auch in den Bereichen der Steuerreform-Diskussion und der Ehescheidungs-Debatte den Willen seiner Partei deutlich gemacht, eine „stärkere Profilierung“ gegenüber dem Koalitionspartner zu erreichen. Am kommenden Montag und Donnerstag werden beide Themen im Bundesvorstand und in einer Runde mit den Landesvorsitzenden breit erörtert werden, um den eigenen Standpunkt festzulegen. In der Frage des Steuerrechts verwies Haussmann ausdrücklich auf die negativen Erfahrungen mit dem geplanten Amnestiegesetz, die sich nicht wiederholen sollen.

Bei der geplanten Steuerreform ist die FDP nach Haussmanns Worten nicht bereit, auf Überlegungen in der Union einzugehen, angesichts einer voraussichtlich geringer gewordenen Verteilungsmasse zum 1. Januar 1986 nur die Familienentlastung in Kraft zu setzen und die Tarifreform auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Dies werde „keine Koalitionsgrundlage“ sein.

Gesamtmittel dringt auf schnelle Schlichtung

Arbeitsrechtler Rütters im Gespräch / IG Metall berät

DW, Bonn

Auf einer Sondersitzung in Frankfurt will der Vorstand der IG Metall heute sein weiteres Vorgehen im Metall-Tarifkonflikt beraten, der voraussichtlich nur noch durch die „besondere Schlichtung“ gelöst werden kann. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall ist der Meinung, daß das Schlichtungsverfahren unbedingt noch in dieser Woche beginnen sollte, um – wie es sein Sprecher Werner Riek formulierte – „weitere für die Unternehmen und die Beschäftigten nicht mehr zu verantwortende Verzögerungen zu vermeiden“.

Die Arbeitgeber denken an den Konstanzer Arbeitsrechtler Professor Bernd Rütters als Schlichter. Das Spezialgebiet des Wissenschaftlers ist das Tarifrecht. Da Rütters die Arbeitgeberseite in der Mitbestimmungsklage gegen die Gewerkschaften vertreten hat, würde bei der IG Metall ein entsprechender Vorschlag mit Skepsis aufgenommen, hieß es gestern vormittag in Gewerkschaftskreisen. Gesamtmetall benannte bereits als Beisitzer den Verhandlungsführer für Nordwürttemberg/Nordbaden, Hans-Peter Stühl, den besselichen Verhandlungsführer Georg Ringenber und den Vorsitzenden des Verhandlungskreises von Gesamtmetall, Gerhard Müller. Nach der seit dem 1. Januar 1980 gültigen Schlichtungsordnung in der Metall-

industrie kann die „besondere Schlichtung“ während eines Arbeitskampfes nur von beiden Seiten einvernehmlich eingeleitet werden. Die IG Metall hatte nach dem Abbruch der Stuttgarter Tarifverhandlungen erkennen lassen, daß sie von sich aus eine Schlichtung nicht vorschlagen, sich einem Vorschlag der Arbeitgeber aber nicht verschließen werde.

Mit Kritik an der Entscheidung der Arbeitgeber, die Aussparung im nördlichen Baden-Württemberg auszuheben, meldeten sich die CDU-Sozialausschüsse zu Wort. Ihr Hauptgeschäftsführer Heribert Scharrenbroich erklärte, durch diesen Schritt der Unternehmer komme es „zum ungünstigsten Zeitpunkt zu einer weiteren, höchst bedauerlichen Eskalation des Arbeitskampfes“. Auch die hessischen Arbeitgeber beschlossen gestern, von Dienstag an die Aussparung auszuheben.

Im Beschwerdeverfahren der Bundesanstalt für Arbeit gegen die Entscheidung des Frankfurter Sozialgerichts, den sogenannten Frank-Erdaß bis zur Hauptverhandlung auszusetzen, ist noch kein Termin bestimmt. Beim Landessozialgericht (LSG) mußte gestern mittag noch über Ablehnungsanträge gegen insgesamt vier Richter entschieden werden.

Im Tarifkonflikt der Druckindustrie sollen die Verhandlungen morgen fortgesetzt werden.
Seite 2: Besser jetzt als nie

Blüm gegen Sozialschlacht

Fortsetzung von Seite 1

Blüm: Tabus sind immer schlecht. Sie sind im Urwald zu Hause und nicht in einer zivilisierten Gesellschaft. Aber Patentrezepte passen auch nicht. Die Regierung ist immer für differenzierte Lösungen, die auf unterschiedliche Verhältnisse Rücksicht nehmen. Man kann nicht mit der Dampfwalze Arbeitszeitpolitik machen. Für flexible Lösungen ist wahrscheinlich die Jahresarbeitszeit besser geeignet als die Wochenarbeitszeit. In zwanzig Jahren ist die Wochenarbeitszeit vielleicht ein Museumstück. Die Arbeitszeiten werden gemischt, wenn betriebliche Arbeitszeit und individuelle Arbeitszeit sich auseinanderentwickeln.
WELT: Wäre das Beispiel der Nie-

derlande ein gangbarer Weg, wo die 38-Stunden-Woche in der Metallindustrie über die Jahresarbeitszeit-Verkürzung für Arbeitnehmer erreicht werden soll, wobei die Betriebszeiten der Produktionsanlagen nicht verringert werden sollen?

Blüm: Man kann auch von anderen lernen. Der holländische Weg jedenfalls erlaubt Regelungen, die für den Betrieb anpassungsfähiger sind als generelle Einheitslösungen. Der Phantasie sind freilich keine Grenzen gesetzt, auch andere tragbare flexible Konzepte zu finden. Man darf nie vergessen, daß die Verhältnisse im Mittelstand andere sind als in der Großindustrie.

Sacharow-Film: KPF sagte Teilnahme ab

A. GRAF KAGENECK, Paris

Im Beisein von vier sozialistischen Kabinetsmitgliedern, aber unter auffälliger Abwesenheit von Vertretern der Kommunistischen Partei oder der sowjetischen Botschaft, erlebte der amerikanisch-englische Fernsehfilm „Sacharow“ am Mittwoch im Pariser Palais Chaillot vor 720 geladenen Gästen seine Welturaufführung. Der Film fußt auf Sacharow-Tagebüchern, die in den Westen gelangten, und schildert ergreifend den Opferring des sowjetischen Atomwissenschaftlers von seinen ersten Protesten gegen Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion in den späten sechziger Jahren bis zu seiner Verbannung nach Gorki 1980. Die Hauptrolle spielt der Amerikaner Jason Robards, die Engländerin Glenda Jackson tritt in der Rolle der Frau Sacharows, Jelena Bonner, auf. Unter den Zuschauern war auch Tanja Jankelevitch, die Stieftochter des Wissenschaftlers. Präsident Mitterrand, der am nächsten Mittwoch eine dreitägige offizielle Visite in der Sowjetunion macht, hatte sich von seinem Kulturminister Jacques Lang vertreten lassen.

Im Mysepelast hält man sich zur Frage Sacharow im Zusammenhang mit dem Mitterrand-Besuch in Moskau nach wie vor sehr bedeckt. Natürlich werde der Präsident auch über Sacharow in Moskau sprechen, aber es wäre gewiß übertrieben von ihm zu erwarten, daß er ein persönliches Zusammentreffen mit dem Wissenschaftler fördern könne. Doch habe Mitterrand Frankreichs Position in der Menschenrechtsfrage klargestellt.

Solange wir von Sacharow reden, wird er leben. Von dem Tage an, an dem wir schweigen, wird er tot sein, sagte der polnische Dissident Marek Hałter zur Einführung. Das von ihm geleitete Internationale Sacharow-Komitee habe seit dem 12. Mai keinerlei Nachricht über Verbleib und Befinden der Sacharows mehr, mit Ausnahme der „wenig zuverlässigen“ offiziellen sowjetischen Mitteilungen. Für ihr Leben und ihre Gesundheit sei daher leider Schlimmstes zu befürchten.

Der von dem englischen Regisseur Jack Gold inszenierte Film soll ab der nächsten Woche gleichzeitig in mehreren westlichen Ländern und in Israel gezeigt werden und dann über die Fernsehschirme gehen.

Ferreiras Rückkehr bringt Uruguay in Bedrängnis

Oppositionspolitiker muß heute mit Verhaftung rechnen

WERNER THOMAS, Miami

Ein Ereignis von einiger Tragweite steht dem südamerikanischen Staat Uruguay morgen bevor. Im Hafen der Hauptstadt Montevideo wird das argentinische Fährschiff „Ciudad de Mar del Plata“ vor Anker gehen, und an Bord werden der frühere Senator Wilson Ferreira Aldunate, 400 Parteifreunde und Sympathisanten sowie 200 Journalisten sein. Die Pressevertreter werden dann gleich über Ferreras Festnahme berichten.

Die Rückkehr des prominentesten und einflussreichsten Oppositionspolitikers nach einem Exilantenhalt von elf Jahren hält das Land bereits seit Wochen in Atem. Je näher der 16. Juni rückt, desto stärker wuchs jedoch die Nervosität. Die Furcht ist weit verbreitet, daß es in dieser emotionsgeladenen Atmosphäre zu heftigen Zwischenfällen mit ungewissen Folgen kommen kann.

Schon sehen besorgte politische Beobachter die für November geplanten Wahlen in Gefahr, bei denen Ferreira als Präsidentschaftskandidat auftreten will, obgleich ihm bis 1991 die politischen Rechte aberkannt wurden. Die Bischofskonferenz appellierte an die Bevölkerung, Ruhe zu bewahren. Das Innenministerium dekretierte ein totales Informationsverbot über Ferreira und warnte vor „professionellen Agitatoren“, die „Martyrer schaffen“ wollen.

Über der Wahl liegt der Verdacht der Manipulation

Ferreira führt die Nationalpartei, die derzeit größte politische Bewegung Uruguays. Er hatte bereits bei den letzten Wahlen 1972 kandidiert und nur knapp gegen seinen damaligen Rivalen Juan Maria Bordaberry verloren. Über diesem Umhang liegt der Verdacht der Manipulation. Ein Jahr später, die linken Tupamaros-Rebellen riefen die Nation immer tiefer in das politische Chaos, übernahmen die Militärs die Macht. Ferreira floh ins Ausland.

Der linksliberale Politiker, der bis November vergangenen Jahres in der venezolanischen Hauptstadt Caracas lebte und dann nach Buenos Aires übersiedelte, war der schärfste Kritiker der uruguayischen Militärr-

gierung. Unablässig klagte er die Streitkräfte wegen Menschenrechtsverletzungen an. Als Ferreira 1976 vor dem amerikanischen Kongreß erschien, stellte die US-Regierung kurze Zeit später den Verkauf von Waffen an Uruguay ein. Prompt erließ die Militärjustiz einen Haftbefehl gegen Ferreira, weil er der „Kollaboration mit subversiven Kräften“ verdächtigt wurde. Dieser Haftbefehl soll nun vollstreckt werden.

Verhandlungen mit Parteien über politisches Abkommen

Ferreiras Rückkehr-Entscheidung führte zu offenen Meinungsverschiedenheiten mit den beiden anderen offiziellen Parteien, der „Partido Colorado“ und der kleinen Bürgerunion. Jorge Batlle, ein ehemaliger Präsidentschaftskandidat der Colorados, glaubt, Ferreira hätte warten sollen. „Ich habe ihn gewarnt, vorsichtig zu sein. Er kann eine Katastrophe auslösen.“ Der Demokratisierungsprozeß sei in Gefahr.

Es ist ein zähflüssiger Prozeß, der immer wieder Rückschläge ertit. Die Militärregierung des Präsidenten Gregorio Alvarez, seit drei Jahren im Amt, will wohl Wort halten und am 25. November Wahlen durchführen. In den nächsten Wochen sollen jedoch noch Verhandlungen mit den Parteien über ein politisches Abkommen geführt werden.

Die Militärs möchten auch nach dem Machtwechsel den Sicherheitssektor kontrollieren. Die Nationalpartei lehnt eine Teilnahme an solchen Gesprächen ab, solange der politische Bannspruch gegen Ferreira nicht aufgehoben ist. General Hugo Medina, der neue Kommandeur der Streitkräfte, erinnerte letzte Woche: „Es bleibt nicht mehr viel Zeit (für Verhandlungen).“

Julio Sanguinetti, der Generalsekretär der Colorado-Partei, warnte wiederum die Militärs, die Geduldspanne der drei Millionen Uruguayer nicht zu überschätzen. Wenn nicht planmäßig gewählt werde, drohe eine Welle der Gewalt. „Nach elf Jahren Militärregierung toleriert das Volk nur noch einen Ausweg: eine neue demokratische Ordnung.“ (SAD)

Moskau soll Hochrüstung beenden

DW, Bonn

Die CDU/CSU hat an die Sowjetunion appelliert, ihre „hemmungslöse Hochrüstung“ zu beenden, um damit den von ihr verschuldeten „Teufelskreis“ von Vorrüstung und Nachrüstung zu durchbrechen. Der für Abrüstung zuständige Sprecher der Union, Jürgen Todenhöfer, erklärte gestern in Bonn, die westliche Allianz und besonders die Bundesrepublik Deutschland seien zu einem umfassenden Abrüstungsdialog mit Moskau bereit. Zuvor aber müßten die Sowjets ihre Blockadepolitik in allen zentralen Fragen der Abrüstung aufgeben.

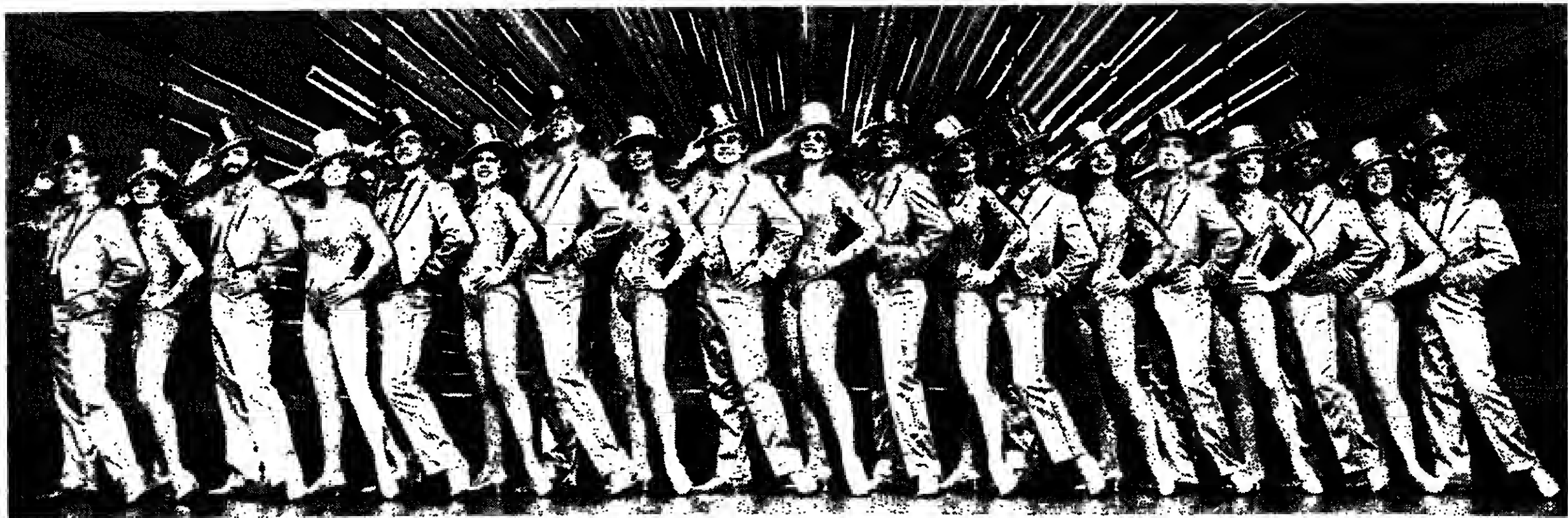
Todenhöfer präsentierte eine Übersicht über das militärische Kräfteverhältnis zwischen Ost und West, die auf Angaben der Bundesregierung fußt. Danach gibt es bei den nuklearen Mittelstreckenraketen größerer Reichweite ein Übergewicht des Ostblocks gegenüber der NATO von 14:1, bei den Kurzstreckenraketen liegt die Relation bei 7:1, bei der Zahl der Jagdflugzeuge liegt der Vorsprung der Sowjets bei 5:3:1.

Syrien wird weiter vermitteln

AP, Beirut

Die syrische Regierung soll, wie es gestern in Beirut hieß, abermals zwischen den zerstrittenen Parteien der libanesischen Christen und der Moslems vermitteln. Wie die Zeitungen übereinstimmend berichteten, geht es bei diesem neuen Anlauf um einen Vermittlungsversuch um die Frage der Neuorganisation des Oberkommandos der libanesischen Streitkräfte. So soll sich der libanesischen Staatspräsident Gemayel telefonisch an den syrischen Vizepräsidenten Chaddam gewandt und von ihm die Zusage erhalten haben, daß er nach Beirut kommen werde, um zu versuchen, einen Kompromiß zu finden. Die Moslems im Libanon plädieren für die Einrichtung eines gemeinsamen Oberkommandos der Streitkräfte, das den bisherigen maronitischen Oberkommandierenden Tannus ersetzen soll. Gemayel hatte vorgeschlagen, Tannus durch einen anderen maronitischen Oberkommandierenden zu ersetzen und dann einen Stellvertreter mit einem schiitischen Moslem zu besetzen.

Der erste olympische Höhepunkt: die Zwischenlandung in New York.



Der Weg nach Los Angeles führt meistens sowieso über New York. Warum sollten Sie also nicht gleich landen und zur Abwechslung vor oder nach den Olympics eine Entdeckung nach der anderen machen?

Sie werden staunen, wie dabei die Zeit schneller als im Flug vergeht. Und welche unbegrenzte Möglichkeiten Ihnen die Flughäfen von New York und New Jersey zum Weiterkommen bieten. Sie haben die besten Verbindungen von und nach Europa und erst recht natürlich innerhalb der USA – und das mit den günstigsten Tickets weit und breit. Außer zu den Olympischen Spielen zum Beispiel zur Weltausstellung in New Orleans oder ins Disney World in Orlando, Florida.

Aber schon New York ist mehr als eine Reise wert. Erleben Sie live, wie perfekt und hinreißend ein Broadway-Musical über die Bühne geht. Und lassen Sie in der Radio City Hall die Rockettes vortanzen. Schauen Sie der Freiheitsstatue ins Auge, fühlen Sie im neuen South Street Seaport Fernweh nach der ganzen Welt. Lassen Sie hoch oben im World Trade

Center den "Big Apple" New York zu Ihren Füßen liegen und sich dazu ein T-Bone-Steak servieren. Oder fahren Sie nach Atlantic City, zum Strand – oder ins Spielcasino.

Machen Sie sich also die lange Reise nicht nur kürzer, sondern auch kurzweiliger. Vergessen Sie den Nonstop-Flug nach Los Angeles, und denken Sie an das Nonstop-Programm von New York und New Jersey. Dazu kann Ihnen Ihr Reisebüro jetzt ein besonders verlockendes Angebot offerieren. Fragen Sie danach.

New York/New Jersey.

Viel zu aufregend, um einfach darüber zu fliegen.

THE PORT AUTHORITY OF NY & NJ
Kennedy Newark La Guardia AIRPORTS

Staatliche Lösung?

J. Sch. (Paris) - Creusot-Loire ist noch nicht k.o., aber auf dem besten Wege dazu. Das gerichtliche Vergleichsverfahren kann über den Konkurs zur Liquidierung führen, wenn es nicht doch noch zu einem neuen Rettungsplan kommen sollte. Die Aussichten dafür sind aber sehr schlecht.

Die verstaatlichten Banken als Hauptgläubiger wollen auf Anweisung der Regierung dem Defizitunternehmen nur unter der Bedingung weitere Mittel zur Verfügung stellen, daß die privaten Aktionäre (Schneider-Empain) tief in die eigene Tasche greifen, was diese aber ablehnen. Vor allem aber hat Konzernpräsident Pineau-Valencienne das Vertrauen der Banken und der Regierung verloren. So weigerte sich der für die Sanierung zuständige Industrieminister Fabius sogar, Pineau-Valencienne in den letzten Wochen zu empfangen. Steht dieser doch in Verdacht, der Holding-Gesellschaft Schneider S.A., deren Präsident er ebenfalls ist, die guten Teile des Konzerns zu erhalten und die schlechten, insbesondere die Stahlunternehmen, dem Staat zuzuschreiben.

Für die ohnehin sehr schwierige Geschäftslage des Unternehmens kann sich das als katastrophal erweisen. Denn wer sagt es heute noch, diesem einen längerfristigen Auftrag zu erteilen? Das würde sich

nicht zuletzt für die französische Handelsbilanz sehr nachteilig auswirken. Creusot-Loire exportiert 50 Prozent seiner Produktion. Außerdem stehen Tausende von Arbeitsplätzen auf dem Spiel. Deshalb müßte es letztlich wohl doch zu einer staatlichen Lösung kommen, um Creusot-Loire wenigstens teilweise zu erhalten.

Kein Geschäft

In London - Das Geschäft der Versicherung von Satelliten dürfte alles andere als lukrativ sein. Jedenfalls grüßeln die Versicherungsanbieter in London darüber nach, wie sie diesmal einen Versicherungsanspruch in Höhe von 63 Millionen Dollar aus dem jüngsten Verlust eines Satelliten am besten verkraften. Der Kommunikations-Satellit mit einem versicherten Wert von insgesamt 102 Millionen Dollar wurde am letzten Wochenende nur wenige Minuten nach dem Start seiner Träger Rakete in Florida als Verlust gemeldet. Bereits im Februar waren innerhalb weniger Tage gleich zwei Satelliten im Verlauf einer amerikanischen Space-Shuttle-Mission verlorengegangen. Die Forderungen an den Londoner Versicherungsplatz: 50 Prozent der Versicherungssumme von 105 Millionen Dollar für den Satelliten "Westar 6" und 68 Prozent der 75 Millionen Dollar für die "Palapa B 2" rückversichert war. Dem Londoner Versicherungsgeschäft bleibt nur zu wünschen, daß sich die Lage am Himmel stabilisiert.

Zusätzliche Auftriebskräfte

Von WILHELM FURLER, London

Die britische Wirtschaft befindet sich seit dem vergangenen Jahr in einer deutlich sichtbaren Belebung. Das Bruttoinlandsprodukt stieg im vergangenen Jahr um rund drei Prozent, und auch in diesem Jahr dürfte die Wachstumsrate höchstens geringfügig darunter liegen. Jedenfalls zeigen die kürzlich veröffentlichten Regierungsstatistiken, daß das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal dieses Jahres um drei Prozent über dem in der gleichen Zeit des Vorjahres lag.

Am deutlichsten kommt die kontinuierliche Verbesserung der konjunkturellen Lage in den Umfrageergebnissen zum Ausdruck, die der britische Industrieverband BDI von seinen Mitgliedsfirmen einholt. Seit Ende letzten Jahres nimmt der Optimismus in der verarbeitenden Wirtschaft Großbritanniens von Monat zu Monat zu. Gegenwärtig ist die Zuversicht über die weitere wirtschaftliche Entwicklung so stark ausgeprägt wie seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nicht mehr.

So berichten die Mitgliedsunternehmen der beiden letzten Umfragen zufolge über eine kräftige Zunahme von Aufträgen und der Produktion als je zuvor während der vergangenen sieben Jahre. Und die Auftragsbücher sind so voll, wie seit der ersten Hälfte 1979, also vor Beginn der schweren Rezession, nicht mehr.

Praktisch alleiniger Motor der konjunkturellen Belebung in Großbritannien war bisher die Verbrauchermachfrage, basierend auf einem erheblichen Nachholbedarf der Konsumenten. Und vorerst sieht es nicht danach aus, als ließe sich diese Konjunktur-Lokomotive in absehbarer Zeit abkoppeln. Eher wird sich eine zweite Lokomotive vor den Zug spannen lassen, nämlich die wachsende Investitionstätigkeit.

So kommt das Ministerium für Handel und Industrie in seiner jüngsten Beurteilung der Investitionsabsichten in Großbritannien zu dem Ergebnis, daß die Investitionen der britischen Wirtschaft im laufenden Jahr um mehr als neun Prozent zunehmen. So stark ausgeprägt war die Investitionstätigkeit in diesem Land zum letzten Mal vor sechs Jahren. Auch für 1985 wird nach der Regierungserhebung ein weiterer Anstieg erwartet.

Entsprechend geht die deutliche Mehrheit der Konjunktur-Experten und Wirtschaftsforscher in Großbritannien davon aus, daß die Wirtschaft des Landes auch weiterhin und für einige Zeit in mäßigem Umfang wachsen wird. Neben den drei Triebkräften Konsum, Investitionen und Lageraufbau werde sich vor allem das Wachstum im Welthandel positiv auf die britischen Wirtschaftsaktivitäten auswirken.

So rechnen die britischen Großbanken übereinstimmend damit, daß sich der Welthandel sowohl im laufenden als auch im nächsten Jahr um mindestens fünf Prozent ausweiten wird, nachdem er 1983 nur um etwa zwei Prozent gewachsen ist. Dies dürfte dazu führen, daß die britische Leistungsbilanz bis Ende des Jahres deutliche Überschüsse abwerfen wird - getragen allerdings hauptsächlich von den hohen Überschüssen aus dem Dienstleistungsbereich (vor allem die Londoner City mit ihren Banken, Versicherungen, Broker- und Handelsfirmen sowie der Luftverkehr) und aus dem Export von Nordseelöl. Großbritannien ist heute der viertgrößte Ölproduzent der Welt.

Ermutigend ist auch die Entwicklung der Zinsen und der Inflationsrate. Trotz der aus den USA stark einwirkenden Zins-Auftriebskräfte konnte das Zinsniveau in Großbritannien bislang grundsätzlich gehalten werden. Lediglich um ein halbes Prozent auf zwischen neun und 9,25 hoben die britischen Großbanken ihren Basis-Ausleihesatz zuletzt am 10. Mai an. Die Inflationsrate lag im März und April bei aufs Jahr gerechnet 5,2 Prozent, und alles sieht danach aus, als würde sie in den nächsten Monaten wieder fallen.

Lediglich die Arbeitslosenzahlen verharren hartnäckig bei mehr als vier Millionen oder 13 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. Wenn auch ein weiterer Anstieg Einhalt geboten werden konnte, sieht es nicht danach aus, als könnte die Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit deutlich reduziert werden. Zu groß sind noch die Reserven für eine weitere Verbesserung der Produktivität. Und demographische Erhebungen zeigen, daß die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter in den nächsten Jahren merklich wachsen wird.

TELEMATICA '84

Kongreßmesse ordnet den Bildschirmtext-Markt

WERNER NEITZEL, Stuttgart
Als „hochaktuelle Startmesse“ für die bundesweite Einführung des Mediums Bildschirmtext versteht sich die „telematica 84“. Fachmesse und Fachkongreß für Bildschirmtext, Kabelfernsehen, Mikrocomputer, Breitbandtechnik und Bürokommunikation, die vom 18. bis 21. Juni 1984 in den Messehallen am Stuttgarter Killesberg stattfindet. Dieser neue Kongreßmesstyp für einen „explodierenden“ Markt der Telematik, also der Verbindung aus Telekommunikation und Informatik, stelle nach Worten Walter Gehrigs, Geschäftsführer der Stuttgarter Messe- und Kongreß-GmbH, einen wichtigen Beitrag dar, jenen Markt zu ordnen.

Auf der „telematica 84“, an der sich 212 Anbieter aus 12 Ländern beteiligen, werden Medien vom gestern, heute und morgen übergreifend darge-

stellt. Damit zeige man Insidern und Interessenten ohne besondere Vorkenntnisse, welche Möglichkeiten diese Medien den gewerblichen oder privaten Nutzern bieten. Bei der Eröffnungsveranstaltung am kommenden Montag wird Bundespostminister Schwarz-Schilling zu den Zielen und den Ausbaukonzepten der Bundespost Stellung nehmen.

Auf nicht minder große Resonanz stößt der mit der Messe verknüpfte Kongreß, zu dem sich (nach gegenwärtigem Stand) rund 2700 Teilnehmer angesagt haben. Die vier Kongreßteile: Bildschirmtext, Breitbandkommunikation, Fernsehen und Hörfunk über Kabel und Satelliten sowie Telematik. Zum Ausstellungsteil der „telematica 84“ rechnen die Veranstalter mit rund 20 000 Fachbesuchern.

AGRARPOLITIK / Bonn: Die Gemeinschaft braucht höhere Beiträge

Kiechle verteidigt die Subventionen für die Landwirte mit Nachdruck

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn
Die Anhebung der Vorsteuerpauschale für Landwirte von acht auf 13 Prozent wird zum 1. Juli in Kraft gesetzt. Davon geht Ernährungsminister Ignaz Kiechle aus, wie er in einem Gespräch mit der WELT vor dem heutigen Hearing des Finanzausschusses des Bundestages zu diesem Thema erklärte. Das gelte selbst dann, wenn auch dem nächsten EG-Gipfel in Fontainebleau bei Paris am 25. und 26. Juni keine einvernehmliche Lösung gefunden werden könnte.

Wenn es nur um einen Ausgleich für den weiteren Abbau des deutschen Grenzschutzes um fünf Prozentpunkte zum 1. Januar 1985 gegangen wäre, dann hätte die Anhebung der Vorsteuerpauschale um drei Punkte, wie von den EG-Agrarministern im März beschlossen, ausgereicht.

Da die EG-Kommission jedoch danach noch flankierende Maßnahmen erlassen hat, die zu Preisniveaus in der Bundesrepublik führen, hält der Minister die Aufstockung der Vorsteuerpauschale für gerechtfertigt. Kiechle erläuterte die Auswirkungen der flankierenden Maßnahmen am Beispiel des Weizenpreises, der für die deutschen Bauern immer noch eine zentrale Rolle spielt. Durch die Verkürzung der Beihilfe für die private Lagerhaltung von zehn auf fünf Monate, durch die Verlängerung des Zahlungsziels bei der Intervention von einem auf vier Monate und die Reduzierung des Aufschlags für Mahlmehlen müßten die deutschen Bauern Preisniveaus von fünf bis sechs Prozent verfallen, die zu der im März beschlossenen Preissenkung von einem Prozent hinzu kämen.

Ähnlich sähe es bei Milch aus. Die Vorschrift, daß der Wassergehalt des Magermilchpulvers weiter von vier auf 3,5 Prozent reduziert werden muß, koste einen Pfennig je Liter Milch. Dadurch sollen die Landwirte veranlaßt werden, weniger für die staatlichen Läger und mehr für den Markt zu produzieren. Dem hält Kiechle entgegen, daß schon jetzt das Magermilchpulver, in großem Umfang unverkäuflich sei.

Allerdings geht Kiechle nicht davon aus, daß die EG-Kommission am Montag einen Vorschlag zur Anhebung der Vorsteuerpauschale um fünf Prozentpunkte zum 1. Juli macht. Darin müßten sich die Staats- und Regierungschefs mit diesem Thema auf dem nächsten Gipfel beschäftigen, der einen Tag vor der abschließenden Lesung des Gesetzes im Bundestag stattfindet. Dafür kennzeichnet Kiechle die Lage so: „Die Gemeinschaft braucht höhere Beiträge und die braucht eine höhere Überbrückungsfinanzierung.“ Da die Bun-

desrepublik der größte Netto-Zahler sei, könne ohne sie nichts laufen. Wenn es jetzt wegen des Streits um den britischen Beitrag nicht zu einem Beschluß kommen sollte, so müßte die deutsche Erhöhung der Vorsteuerpauschale eben später nachträglich abgesegnet werden.

Auch andere Staaten hielten sich nicht immer buchstabengetreu an das EG-Recht. Und ständig weitere Belastungen könnten der deutschen Landwirtschaft, die in der Einkommensstatistik an dritter Stelle liegt, nicht zugemutet werden. Allerdings sollte in Verhandlungen verhindert werden, daß die EG-Kommission den Gerichtshof anruft.

Den Vorwurf, daß die höhere Vorsteuerpauschale, da sie umsatzbezogen sei, die größeren Betriebe stärker begünstige, begegnet Kiechle mit dem Hinweis, daß auch die Einkommenseinbußen aufgrund der Preisniveaus vom Umsatz abhängen. Indirekt schnitten jedoch die kleineren Betriebe besser ab. Denn sie müßten die Milchmengen, für die der Preis auch weiterhin garantiert bleibt, nicht so stark einschränken wie die Großbetriebe. Auch bei der Aufstockung des Bundeszuschusses zur Unfallversicherung, der von der früheren Regierung bereits auf 200 Millionen reduziert worden war, jetzt auf 400 Millionen Mark festgeschrieben ist, würden die kleineren Betriebe vergleichsweise stärker begünstigt.

AUF EIN WORT



Bei allem Stolz auf das Erreichte bleiben Sorgen um eine vernünftige Perspektive: Der Hüttenvertrag läuft 1988 aus. Hier muß jetzt ernsthaft verhandelt werden. Ein Anschlußvertrag muß her, die Zeit drängt; Gespräche mit den Stahlunternehmen stehen für mich auf der Tagesordnung ganz oben an.

Adolf Schmidt, 1. Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bochum. FOTO: ZUPP OARCHINGER

Zweifel an Prognose zur Leistungsbilanz

Mk. Bonn
Trotz des Exportbooms rechnet der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) nicht mit einem deutschen Leistungsbilanzüberschuß von 15 bis 20 Mrd. DM, der bisher prognostiziert worden war. Denn in den ersten vier Monaten 1984 habe der Überschuß mit 1,5 Mrd. DM nur rund 30 Prozent des Vorjahresstandes betragen. Bis zum Herbst müsse damit gerechnet werden, daß der Warenhandel die Fehlbeträge bei den Dienstleistungen und Übertragungen nicht kompensieren könne. Aufgrund des Streiks und des „Sommerlochs“ würden die Ausfuhrüberschüsse sinken.

FORSCHUNG

Riesenhuber: Kapazitäten in Europa sind zersplittert

HEINZ HECK, Bonn
Forschungsminister Heinz Riesenhuber hat vor dem Wirtschaftsrat der CDU vor allem zwei Ursachen für den Rückstand Europas, etwa gegenüber Japan, in schnell wachsenden und hochinnovativen Wirtschaftszweigen verantwortlich gemacht. Die europäischen Länder verfügten dank ihrer starken und tragfähigen Grundlagenforschung zwar über eine Vielzahl innovativer Ideen, würden aber die Ergebnisse zu langsam in marktfähige Produkte umsetzen.

Trotz des Abbaus der klassischen tarifären Handelsbarrieren würden die nationalen Märkte durch Normen und andere Maßnahmen voneinander abgegrenzt und „Forschungskapazitäten zersplittert“. Folglich könnten große Serien, die die Basis für eine ausreichende Wettbewerbsfähigkeit bilden, oft nicht erreicht werden.

BERLIN

Pieroths Initiative zeigt erste sichtbare Erfolge

KAREN SÖHLER, Bonn
Berlin soll nicht länger „Subventionsstadt“ bleiben. Die alte deutsche Metropole soll sich aufgrund der zahlreichen Vorteile, die sie Unternehmen bietet, zu einem für Investoren reizvollen Platz entwickeln. Wirtschaftsminister Elmar Pieroth zog in Bonn Bilanz über die Erfolge der neuen Politik in den letzten einundzwanzig Jahren - abgesehen von der erheblich verbesserten Konjunktur.

Pieroth betonte vor allem die Eigeninitiative, die Berlin ergriffen hat. Seit Ende 1983 wurde das ehemalige AEG-Gebäude zu einem Innovations- und Gründerzentrum umfunktioniert, in dem jetzt 15 junge Existenzgründer hochtechnologische Produkte entwickeln - in enger Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Berlin.

Die Innovationsgesellschaft für fortgeschrittene Produktionssysteme

den. Die Erhöhung des Innovations-tempos sei eine vorrangige Aufgabe der einzelnen Staaten. Ergänzend dazu sollten die EG-Forschungs- und Innovationsprogramme nach klar definierten Kriterien länderübergreifende Aufgaben angehen.

Riesenhuber nannte beispielhaft für die gemeinsame Forschung im europäischen Maßstab das im Frühjahr 1984 in Culham (Großbritannien) eingeweihte Kernforschungsprojekt. Es übersteige die nationalen Kräfte und sei nur in gemeinsamer Anstrengung zu verwirklichen. Das Esprit-Programm ist ein anderes Beispiel für die Zusammenfassung nationaler Forschungseinheiten zu effizienten Größenordnungen. Auch Weltraumforschung und Verkehr seien bereits in die europäische Dimension hinein gewachsen.

in der Fahrzeugindustrie, an der auch Daimler-Benz und VW beteiligt sind, besteht seit Juni vergangenen Jahres. - Drei Venture-Capital-Gesellschaften haben sich auf Berliner Boden niedergelassen und ergänzen damit die Finanzierungshilfe des Innovationsfonds des Senats für den Berliner Mittelstand.

Ergebnis des neuen Flair sei unter anderem, daß die Brinkmann-Holding, der Vorstandsbereich „Entwicklung“ der Salzglitter AG und die Forschungsgruppe im Bereich „Bio-Technik“ der Veba AG nach Berlin übersiedeln. Pieroth hofft, daß dies nur der Anfang einer langen Erfolgskette ist. Sechs Monate ist der Senator durch die Bundesrepublik gereist, um weitere Unternehmen anzukurbeln. Welche Verträge sich dabei ergeben haben, wird Pieroth zur zweiten Berliner Wirtschaftskonferenz am 19. und 20. Juni bekanntgeben.

AKTIENMARKT

Die Streiks und ihre Folgen ließen die Kurse sinken

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Aktienkurse haben sich gestern deutlich abgeschwächt, nachdem die Notierungen bereits am Mittwoch auf breiter Front abgebrochen waren. Die blue chips der Branchen Auto, Elektro, Chemie und Banken erlitten Verluste von ein bis 2 1/2 Prozent ihres Kurswertes.

Bei einer nur geringen Aufnahmeneigung des privaten Publikums und institutioneller Anleger drückten vor allem Verkäufe aus dem Ausland auf die Kurse. Von einem nennenswerten Abgabedruck konnte allerdings nicht gesprochen werden, so hieß es auf dem Parkett. Immerhin ist aber nicht zu übersehen, daß ausländische Investoren die Situation des deutschen Aktienmarktes zur Zeit ungünstig beurteilen. Das Erscheinungsbild der Bundesrepublik leide nicht nur unter dem Tarifkampf selbst, sondern unter dem vermuteten politischen Motiven, die hinter dem Streik stünden. Man frage sich im Ausland, so berichteten Börsianer aus ihren Gesprächen mit ausländischen Kollegen, ob die Bundesrepublik wirklich ein politisch stabiles Land bleibe.

Die weiter geschwundene Hoffnung auf eine baldige vernünftige Beilegung des Tarifkonflikts hat auch im Inland auf die Börsenstimmung gedrückt. Man beobachtet eine verstärkte Neigung, mehr Liquidität zu halten. Als zusätzliche Belastung wurde die Zuspitzung der Schulden-

krise empfunden, die sich wegen Argentinen anbahnt.

Nachdem deshalb am Mittwoch schon in New York Bankaktien unter Druck geraten waren - die führenden Titel sanken auf neue Jahrestiefststände - bei einem unveränderten Dow-Jones-Index von 1110,83 Punkten, standen gestern auch deutsche Bankaktien stärker unter Druck. So gaben Dresdner Bank auf 150,50 (-3,30) DM nach, Deutsche Bank auf 340,50 (-3) DM und Commerzbank auf 155 (-1,50) DM. Die größten Verluste erlitten die Autoaktien. Porsche schwächte sich auf 985 (-25) DM ab, Mercedes auf 490 (-10) DM, Daimler auf 561 (-7) DM, BMW auf 389 (-3) DM und VW auf 186,50 (-3) DM. Am Chemiemarkt fiel BASF auf 159,20 (-1,80) DM, Bayer auf 184,20 (-2,80) DM und Hoechst auf 161 (-2,50) DM. Versorgungsaktien bröckelten um ein bis zwei Mark ab. Am Elektromarkt gingen Siemens auf 386 (-4) DM zurück und die am Montag festes AEG auf 98 (-2,20) DM. Der Allgemeintendenz schlossen sich auch Nordor auf 480 (-11) DM an. Bei den Maschinenbauwerten lagen die Einbußen zwischen ein und drei Mark. Der Aktienindex der WELT ging von 147,3 auf einen neuen Jahrestiefstand von 145,5 Punkten zurück.

Am Rentenmarkt war die Tendenz nach dem Kursanstieg am New Yorker Bondmarkt freundlich. Die Kurse stiegen um 5-15 Pfennig. Der amtliche Dollarkurs ging von 2,7168 auf 2,7115 DM zurück.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

BDI fordert eine bessere Infrastrukturpolitik

Bonn (Mk.) - Eine langfristige Gesamtstrategie für die Infrastrukturpolitik fordert der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Investitionen und marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen könnten in den Bereichen Verkehr, Kommunikation, Energie, Forschung und Bildung vielfältige Innovations- und Beschäftigungsimpulse auslösen. Die Wachstumsschwäche der vergangenen Jahre sei nicht zuletzt auf eine Finanzpolitik zurückzuführen, die die öffentlichen Infrastrukturinvestitionen zurückgedrängt habe. Für die Bundesregierung stelle sich daher die schwierige Aufgabe, neben der weiterhin erforderlichen Haushaltskonsolidierung schwerwiegende Versäumnisse im Infrastrukturbereich aufzuarbeiten.

OLB-Aktienpakets an die Dresdner Bank „auf unbestimmte Zeit“ geschlossen worden. Er sieht auch vor, daß die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der OLB gewahrt bleibt.

Beteiligung untersagt

Berlin (dpa/VWD) - Das Bundeskartellamt in Berlin hat dem Verlag des „Südkurier“, Konstanz, einen Beteiligungserwerb an der Singener Wochenblatt GmbH & Co. KG, Singen, untersagt. Nach Auffassung des Amtes hat der Südkurier auf dem Leser- und dem Anzeigenmarkt für regionale Abonnementszeitungen im Landkreis Konstanz eine marktbeherrschende Stellung, die der Beteiligungserwerb verstärken würde. Die betroffenen Unternehmen haben gegen die Untersagungsverfügung Beschwerde eingelegt.

Preisunterbietungen

Washington (dpa/VWD) - Eine Gruppe von US-Stahlproduzenten hat gegen Argentinien, Brasilien, Südkorea, Mexiko und Spanien Klage wegen Preisunterbietungen und Subventionen bei Stahlexporten in die USA erhoben. Die US-Hersteller machen, hauptsächlich für Röhrenlieferungen, Dumpingpreise zwischen 160 und 265 Prozent unter dem Wettbewerbspreis geltend. Über die Klage muß jetzt die Internationale Handelskommission (ITC) der US-Regierung befinden. Im Fall einer Entscheidung zugunsten der Kläger drohen den Ländern Ausgleichs- und Strafzölle.

Weltbank-Anleihe

Frankfurt (VWD) - Mit einem Zinssatz von 8 1/2 Prozent ist die achtjährige Anleihe der Weltbank über 300 Mill. DM ausgestattet, teilt die Deutsche Bank als Federfühlerin des deutschen Emissionskonsortiums der Weltbank mit. Die Papiere werden zu pari zum öffentlichen Verkauf angeboten und sollen zur amtlichen Notierung an allen deutschen Börsen eingeführt werden.

ABGASARME AUTOS / Minister Zimmermann konnte sich nicht durchsetzen

Es soll nur Steuerermäßigung geben

HEINZ HECK, Bonn
Einen Tausendmarktschein für Käufer abgasarmer Autos wird es voraussichtlich nicht geben. Jedenfalls hat sich Innenminister Friedrich Zimmermann mit seiner Wunschvorstellung im Gespräch mit den Ministern Werner Dollinger und Gerhard Stoltenberg sowie Staatssekretär Otto Schlecht vom Wirtschaftsministerium nicht durchsetzen können. Allerdings fällt das letzte Wort erst am 3. Juli im Kabinett, wenn über das Gesamtpaket der Steuervergünstigungen für umweltfreundliche Autos entschieden werden soll.

Als sicher gilt eine zeitlich gestaffelte Kfz-Steuerbefreiung ab 1986 für fünf bis sieben Jahre. Fahrzeuge der Hubraumklasse unter 1,6 Liter werden für sieben Jahre befreit, für die Mittelklasse (unter 2,6 Liter) gibt es sechs Jahre Steuerfreiheit und ab 2,6 Liter Hubraum fünf Jahre. Die Kfz-

Steuer beträgt derzeit 14,40 Mark je 100 Kubikzentimeter Hubraum im Jahr. Wer also ab 1986 zum Beispiel ein Auto mit einem 1,6-Liter-Motor erwirbt, spart - über sieben Jahre verteilt - gut 1800 Mark. In der Mittelklasse beträgt die Ersparnis im günstigsten Falle (also bei Berechnung von 2,6 Litern Hubraum) knapp 2250 Mark in sechs Jahren. Wer eine Dreiliter-Maschine fährt, spart in fünf Jahren 2160 Mark Steuern.

Die Kfz-Steuerlösung soll aufkommensneutral sein. Das heißt: Die Länder, denen die Kfz-Steuer zufließt, sollen in dem mutmaßlichen Umstellungszeitraum von etwa zehn Jahren keine Einnahmeverluste hinnehmen. Daher wird ab 1986 die Kfz-Steuer für herkömmliche Autos auf etwa 18 bis 20 Mark je 100 Kubikzentimeter erhöht. Die Erhöhung wird bis zum 3. Juli genau festgelegt.

Die Mineralölsteuer für bleifreies Benzin soll drei Pfennig niedriger lie-

gen als für verbleites. Dies soll dadurch erreicht werden, daß sie (1985 oder 1986) für bleifreies um einen auf 50 Pfennig je Liter gesenkt und für verbleites um zwei auf 53 Pfennig erhöht wird. Da die Herstellung unverbleites Benzin etwa um drei Pfennig teurer ist, hofft man, mit dieser „Spitzenzug“ der Mineralölsteuersatzes in etwa Preisgleichheit zu erzielen. Allerdings können Markteinfälle ohne weiteres auch andere Preisverläufe auslösen. Ein Pfennig Mineralölsteuer verschafft dem Bund derzeit jährlich etwa 550 Millionen Mark Einnahmen. Die angestrebte Lösung führt zunächst zu Mehreinnahmen, die allerdings mit dem Vorbringen des bleifreien Benzin in den nächsten Jahren wieder zurückgehen und dann verschwinden.

Die von Zimmermann zunächst vorgeschlagene Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes hat in der Ministerrunde am Mittwochabend keine Rolle mehr gespielt.

Industrie-/Gewerbe-Immobilien

2000 Hamburg-Borgfelde
in erst. Verlehnung - 3200 m²
Gew.-Gebäude, m. 2000 m² Gebäudfl.,
ausbau-, viels. nutzbar, zu verkaufen.
KP: DM 3.250.000,- (VB)

2000 Hamburg-Wandsbek
5400 m² Büro-/Ausstellung-/Kaufhaus-
gebäude u. 900 m² Halle (6 m hoch)
auf 7000 m² Grundstück zu verkaufen
oder zu vermieten - auch in Teilen.

2400 Lüneburg
10500 m² Gew.-Gebäude, in äußerst günst.
Lage zu Hafenamt, u. BAB-Auff., Lager-
halle ebenerd. 6400 m² NL, OG-Ber.
1600 m² Bürofl., US-Ber. 800 m² NL,
Hallenfl. 7 m, vollgesp. Glasan-
schluß. KP: DM 4.500.000,- (VB)

4352 Herten 80-WF-Standort
DM 729.000,-. Ges.-Mietnahme p.a.,
5248 m² WN, 3862 m² Grundstück,
Bj. 1973, Forderung DM 7.530.000,-

4154 Tönisvorst Großes Krefeld
15000 m² ebenerdige Halle, Höhe 7,70 m,
6 elektr. Rolltore zur problemlosen Be-
frachtung u. 1100 m² Büro-/Sozialräume
auf 43000 m² Grundstück, davon 27000 m²
belegt. Freilagerfläche, zu verkaufen.

5100 Aachen stadtzentrale Lage
Neubau eines Wohn- u. Geschäftshauses,
2735 m² Grundstück bebaubar m. ca.
3400 m² Nutzfl. bzw. 42 WE
Forderung DM 1,8 Mio. zzgl. Abfr.

8510 Fürth/Bayern
Modernes Büro- und Fabrikationsgebäude,
zentrl. Lage, Nähe Bahnhof, 7400 m²
Nutzfl., zu verkaufen oder zu vermieten.
KP: DM 8.700.000,-

8750 Aschaffenburg
19000 m² erstkl. hochmod., teilindus.
Produktionsgebäude 7900 m² Nutzfl.,
Bürogebäude 2000 m² Nutzfl., zu ver-
kaufen. KP: DM 9.200.000,-

Detaillierte Informationen auch über weitere OBJEKTE an den
UNTERSCHIEDLICHSTEN STANDORTEN DEUTSCHLANDS für
Produktion, Lagerung, Verwaltung etc. erhalten Sie auf Anforderung
durch die Alleinbeauftragte

HORST F. G. ANGERMANN GMBH
HAMBURG ABTEILUNG IMMOBILIEN - RDH
D-2000 Hamburg 11, Mühlenstraße 5
Tel. 040/36 76 91, Telex 2 13 303/2 15 272, Telekopierer 040/36 42 73

MARC RICH

USA stellen
Amtshilfe-Antrag

dpa/VWD, New York

Die amerikanischen Justizbehörden haben in dem mutmaßlich größten Steuerbetrug der US-Geschichte die Schweizer Behörden gegen den in Zug ansässigen Marc-Rich-Warenhandelskonzern um Amtshilfe gebeten. Dies verlaute in New York. Nach monatelangen Verzögerungen hat das zuständige New Yorker Gericht jetzt offiziell die Aushandlung von zahlreichen Geschäftsdokumenten der Marc Rich & Co. beantragt, die von den Schweizer Behörden beschlagnahmt worden waren. Die Auslieferung kann in etwa drei Wochen erfolgen.

Die Eigentümer des riesigen Handelshauses, die Amerikaner Marc Rich und Pincus Green, werden beschuldigt, 48 Millionen Dollar Steuern auf Rohgewinne hinterzogen zu haben. Die Schweiz hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Amerikaner den vereinbarten Rechtsweg einhalten und offiziell um Amtshilfe nachsuchen müssen, ehe sie die Dokumente erhalten. Die New Yorker Ankläger in dem Verfahren sahen jedoch hierin nur einen Versuch der Angeklagten, die Auslieferung der in der Schweiz befindlichen Dokumente zu verhindern. Der Prozeß gegen die Marc-Rich-Gruppe und ihre wichtigsten Mitarbeiter wird am 25. Juni in New York beginnen.

Italiens Etatdefizit
nimmt weiter zu

dpa/VWD, Mailand

Das italienische Haushaltsdefizit wird nach Erklärungen von Schatzminister Giovanni Goria in diesem Jahr 100 000 Mrd. Lire (166 Mrd. DM) erreichen und den Voranschlag damit um 15 Prozent übertreffen, wenn in der zweiten Jahreshälfte nicht zusätzliche Fiskalmaßnahmen zur Stabilisierung ergriffen werden.

Gestützt wird diese düstere Prognose von den italienischen Zentralbank. Nach den von ihr bekanntgegebenen Zahlen belief sich die öffentliche Schuld Ende 1983 bereits auf 435 000 Mrd. Lire (725 Mrd. DM). Das entsprach 85 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Voraussetzungen für eine Stabilisierung sind nach Ansicht der italienischen Zentralbank erstens eine Einkommenspolitik, die es gestattet, die Inflationsrate von jetzt 13 Prozent auf fünf Prozent im kommenden Jahr zu senken. Zweitens eine Politik, mit der die Ausgaben der öffentlichen Hand um real nicht mehr als ein Prozent steigen sollen.

PAPIERWERKE WALDHOF-ASCHAFFENBURG / Im laufenden Jahr Schlußstrich unter Strukturwandel

„Für etwas Dividende sollte das Geld ausreichen“

DANKWARD SEITZ, München

Nach einem jahrelangen, tiefgreifenden Strukturwandel bei der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg AG, München, glaubt ihr neuer Vorstandsvorsitzender Willi Klein-Gunnewyk Ende 1984 endlich darunter den Schlußstrich ziehen zu können. Seiner Überzeugung nach werden dann 1985, selbst wenn sich die Konjunktur stark abschwächen sollte, in der PWA-Gruppe zumindest keine Betriebsverluste mehr anfallen.

Möglicherweise, so Klein-Gunnewyk zuversichtlich, werden wir uns einer Dividendenforderung unserer Aktionäre schon für 1984 nicht mehr verschließen können. Und: „Auch wenn dann die Bilanzsituation noch nicht erfreulich ist, sollte das Geld für das bisfällige Dividende von 8 Prozent schon ausreichen.“ Zuletzt hatte PWA für 1981 auf das Grundkapital von 200 Mill. DM 5 Prozent ausgeschüttet.

Keine Themen seien inzwischen mehr, so Klein-Gunnewyk, die Sanierungen der österreichischen Tochter Halkein Papier AG und des Werkes Wittenhausen. In Halkein habe man sie Mitte 1983 abschließen können, in Wittenhausen werde dies in den nächsten Wochen möglich sein. Bis auf das schwedische Werk Wistavärts AB, an dem PWA zusammen mit der Svenska Cellulosa AB zu je 50 Prozent beteiligt ist, werde daher 1984

kein einziges Unternehmen der Gruppe mehr ein negatives Betriebs- oder Bilanzergebnis ausweisen müssen.

Der Durchbruch bei Wistavärts wird nach Ansicht von Klein-Gunnewyk aber auch bereits Anfang des vierten Quartals 1984 geschafft werden können. Allerdings werde für 1984 noch einmal ein einstelliger Millionen-Verlust anfallen. Im vergangenen Jahr dürften es, wie angedeutet wurde, knapp 20 Mill. DM gewesen sein. Getrennt hat sich PWA 1983 von den Firmen Natronag und Fleischer, weil ohne zusätzliche Aufwendungen keine Aussicht auf Erfolg bestanden habe. Von ihnen mußte die AG noch einmal einen Verlust von 25 Mill. DM verdauen. Einschließlich anderer PWA-Sparten summiert sich die Verlustübernahme auf 40,8 (37,0) Mill. DM, denen Erträge aus Gewinnabführungen von 38,1 (40,4) Mill. DM gegenüberstehen.

Zuversichtlich stimmt Klein-Gunnewyk neben diesen Sanierungserfolgen, daß sich die positive Tendenz in der PWA-Geschäftsentwicklung, die seit dem zweiten Halbjahr 1983 festzustellen sei, in den ersten vier Monaten angehalten und sich so verstärkt fortgesetzt hat. Gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit sei der Umsatz um 10,6 Prozent gestiegen. Bemerkenswert sei dabei, daß dazu sowohl Mengen- als auch wieder Preiserhöhungen beigetragen

hätten. Den Umsatz 1983 von 2,6 Mrd. DM habe man dagegen nur durch Mengensteigerungen halten können.

Daß die PWA-Gruppe 1983 mit einem Bilanzverlust von 21,7 Mill. DM nach einem ausgeglichenen Ergebnis im Vorjahr abschließt, bedeutet nach Ansicht von Klein-Gunnewyk nur auf den ersten Blick eine Verschlechterung. Insgesamt habe man nämlich nach einem Betriebsgewinn von 17,6 Mill. DM und einem neutralen Ergebnis von 11,9 Mill. DM nach Abzug von 2,1 Mill. DM Ertragssteuern und 20,9 Mill. DM Zuführung zu den Pensionsrückstellungen einen Jahresüberschuss von 6,5 (minus 0,3) Mill. DM erzielt. Zur Risikovorsorge – vor allem für die Sanierung von Wittenhausen – habe man dann aus dem Ertrag 36,4 (11,4) Mill. DM in die Rücklagen eingestellt, was nach der Ergebnisverrechnung mit Fremdgeldeschaften zu dem Gruppenverlust geführt habe.

In dieser Ertragsrücklage sieht Klein-Gunnewyk, der nach dem Strukturwandel nun für eine bessere Bilanzstruktur bei PWA sorgen muß, auch den Vorteil, Liquidität in der Kasse behalten und die Fremdfinanzierung abbauen zu können. In der Gruppen-Bilanz stehen innerhalb Verbindlichkeiten mit 1,23 (1,33) Mrd. DM zu Buche, davon gegenüber Kreditinstituten insgesamt 873 (789) Mill. DM. An Zinsen mußten dafür 81,0

(83,2) Mill. DM aufgewandt werden. Ein erheblicher Nachholbedarf besteht auch noch bei den Pensionsrückstellungen mit 180 Mill. DM. Erklärtes Konsolidierungsziel ist eine Eigenkapitalquote von 18 Prozent gegenüber 15,6 (14,2) Prozent Ende 1983.

Darunter leiden soll keineswegs der weitere Ausbau von PWA-Positionen, versicherte Klein-Gunnewyk. Daß die Investitionen 1983 zurückgenommen worden seien und auch in diesem Jahr nicht wesentlich höher ausfallen sollen, sei mehr oder weniger „nur eine Pause“, nachdem für Sachanlagen in den letzten fünf Jahren fast 530 Mill. DM ausgegeben wurden. In näherer Zukunft werde dieses Volumen sicher wieder steigen.

PWA-Gruppe	1983	±%
Produktion (1000 t)	620	+ 2,9
Zellstoff/Rohschicht	1125	+ 1,1
Papier	410	+ 3,8
Papierverarbeitungs		
Umsatz (Mill. DM)	2616	+ 0,6
davon Export	1008	+ 6,7
Ertrag	1677	+ 1,5
Sachinvestitionen	52	- 67,2
Abschreibungen	136	+ 13,3
Beschäftigte	10 407	- 5,5
Bilanzsumme	1727	- 2,1
Grundkapital	200	unver.
Rücklagen	36	+ 73,8
Jahresüberschuss/		
Jahresverlust	+ 6,5	(- 0,3)
Bilanzverlust	- 21,7	(± 0)

Nordkoreas Krise
verschärft sich

dpa/VWD, Tokio

Nordkoreas Handel erlebte 1983 einen „außergewöhnlichen Abschwung“, nach einer Analyse der halbamtlichen japanischen Außenhandelsorganisation Jetro auf eine generelle Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Lage schließen läßt. Nach den Berechnungen verringerte sich der gesamte nordkoreanische Warenverkehr mit den 19 wichtigsten Handelspartnern 1983 verglichen mit 1982 um elf Prozent auf rund zwei Mrd. Dollar und hinterließ Pjöngjang ein Defizit von 210 Mill. Dollar.

Deutlich gesunkene Exporte nach Westeuropa und Japan sowie in die beiden wichtigsten kommunistischen Partnerländer Sowjetunion und China haben nach diesen Angaben die Schuldenkrise Pjöngjangs weiter verschärft. Die Ausfuhrverluste von 12,6 Prozent auf insgesamt 890 Mill. Dollar führt Jetro hauptsächlich auf technologische Probleme Nordkoreas bei der Weiterentwicklung seiner NE-Metallindustrie zurück.

Im Mai weniger
Autos zugelassen

J. Sch. Paris

Die Lage der französischen Automobilindustrie hat sich weiter verschlechtert. Auf dem Inlandsmarkt schrumpfte im Mai der Absatz der Peugeot-Gruppe gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 14 Prozent auf 52 994 und der Renault-Gruppe um 19,5 Prozent auf 50 740 Personenkraftwagen, während 60 103 oder 4,8 Prozent mehr ausländische Wagen zugelassen wurden. An den 10 Prozent geschrumpften Gesamtzulassungen waren die Importwagen mit 36,7 Prozent beteiligt, gegenüber nur 35 Prozent in den ersten fünf Monaten dieses Jahres.

Ford stand im Mai mit einem Anteil von 8,8 Prozent an erster Stelle, gefolgt von VW-Audi mit 6,2 Prozent. Fiat mit 5,3 Prozent und General Motors-Opel mit 4,3 Prozent. Auch auf den ausländischen Märkten hat die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Automobilindustrie jedenfalls bis April nachgelassen. Die Exportzahlen für Mai liegen noch nicht vor.

ERBA / Konsumrückgang befürchtet – Auftragseingang um neun Prozent gestiegen

Fortschritte im Gesundungsprozeß

DANKWARD SEITZ, München
Einen weiterhin positiven Geschäftsverlauf verzeichnete die Erba AG, Erlangen, in den ersten fünf Monaten 1984. Vor allem bei Baumwollstoffen sei die Nachfrage moderat, erhöhte sich der Umsatz um 8,5 Prozent auf 133 Mill. DM gegenüber dem Vorjahresniveau. Der Auftragseingang erhöhte sich sogar um 9 Prozent, so daß bei einem Auftragsbestand von 125 Mill. DM (plus 14 Prozent) die Betriebe dreieinhalb voll ausgelastet und die Beschäftigung der 2717 (2749) Mitarbeiter für die nächsten Monate gesichert sei.

Für die nächsten Monate rechnet Kunstmann vor allem der sinkenden Ausgabefähigkeit der Verbraucher vor dem Hintergrund des Arbeitskampfes in der Metallindustrie mit einer Stabilisierung der Textilmachfrage. Unabhängig davon würden sich aber die in den letzten Jahren durchgeführten Strukturverbesserungs- und Rationalisierungsmaßnahmen, die das Unternehmen nach dem Zusammenbruch des Glögger-

WELTBÖRSEN / Creusot-Loire beeinflusst Paris kaum

Starke Verluste in Tokio

Paris (J. SCH.) – An der Pariser Börse wartet man gespannt auf den Ausgang des Konflikts zwischen der Regierung und der Verwaltung von Creusot-Loire. Nachdem dessen Präsident Pineau-Valencienne am Mittwoch das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt und einen Konkursantrag in Aussicht gestellt hatte, wurde die Notierung von Creusot-Loire und deren Holding Schneider S.A. sowie von Jeumont Industrie, die zum gleichen Konzern gehört, ausgesetzt. Inzwischen erklärte Industrie-Minister Fabius, sich einer Liquidierung des Unternehmens zu widersetzen. Die Entscheidung des Gerichts wird für nächste Woche erwartet. In Pariser Finanzkreisen heißt es dazu, daß Pineau-Valencienne aus persönlichen Interessen die Dinge auf die Spitze treiben wolle, um seinen Posten als Präsident der Schne-

Index für 30 Industriewerte beendete die Berichtszeit bei 1110,53 (Vorwoche 1133,84). Die Nachricht, daß die US-Einzelhandelsumsätze im Mai nur um 0,2 Prozent gestiegen sind, führte zu einer festeren Eröffnung. Als es dann allerdings an Anschlüssen mangelte, kam es bis Mittag zu einer leichten Abschwächung. Analytiker bezeichneten es als ermutigend, daß das Widerstandsniveau von 1100 Dow-Jones-Index nicht nach unten durchbrochen wurde, was aus psychologischer Sicht sehr wichtig sei. Positiv bewertete man ferner, daß der Verkaufsdruck per Saldo recht gering blieb. Dies zeige, daß man sich in Kreisen der Privatleger offensichtlich Gedanken darüber mache, ob die fundamentale Schwäche neigung, die in jüngster Zeit am Markt deutlich spürbar war, abklinge.

Wohin tendieren die Weltbörsen? – Unter diesem Motto veröffentlicht die WELT einmal in der Woche – jeweils in der Freitagsausgabe – einen Überblick über den Trend an den internationalen Aktienmärkten.

der S.A. zu retten. Regierung und Banken seien aber bestrebt, seiner Tätigkeit ein Ende zu bereiten. Auf die allgemeine Kursentwicklung hatte die Affäre Creusot-Loire keinen Einfluß. Der Index blieb unverändert, nachdem die Kurse an den Tagen zuvor entsprechend der internationalen Tendenz etwas unter Druck geraten war.

New York (VWD) – Uneinheitlich mit leichter Neigung zur Schwäche schloß die New Yorker Effektenbörse zur Wochenmitte. Der Dow-Jones-

Tokio (dl) – Nach der Erholung in der Vorwoche kam es in Tokio erneut zu Kursenbrüchen. Der Dow-Jones-Index verlor 167,3 Punkte und sank auf 10 149,7. Die Tagesumsätze bewegten sich zwischen 340 und 448 Millionen Stück. Der Kursrückgang an der Wall Street, Ungewißheit über die Entwicklung der amerikanischen Zinsen und die neuen Rekordzahlen der ausstehenden Schulden aus Kreditkäufen waren die Hauptursachen für die Abwärtsbewegung.

London (fu) – Die Kurse an der Londoner Börse haben sich nach den starken Verlusten von Ende Mai, als der Financial-Times-Index in nur drei Wochen über 120 Punkte einbüßte, wieder stabilisiert. Mit dazu beigetragen hat der wachsende Konjunktur-optimismus. Zur Wochenmitte schloß der Index bei 534,5 Punkten.

KÜHNE & NAGEL / Sanierung macht Fortschritte

Ertragsbasis gefestigt

JAN BRECH, Hamburg

Die internationale Transportorganisation Kühne & Nagel hat die Ertragsbasis im Berichtsjahr 1983 weiter gefestigt. Rezessionsbedingte Auftragsrückgänge in einzelnen Regionen sind durch die Ausweitung der Geschäfte in zahlreichen anderen Ländern ausgeglichen worden. Außerdem, so betont Klaus-Michael Kühne, der zusammen mit dem Chef des britischen Lohr-Konzerns, Roland W. Rowland, die Luxemburger Holding Kühne & Nagel AG führt, habe man weitere Fortschritte bei der Sanierung noch verbleibender Schwachstellen und der Kostenkontrolle erzielt.

Diese Erfolge schlagen sich deutlich in dem konsolidierten Gruppenabschluß nieder, der die drei großen Bereiche KN Deutschland, KN International und KN Western Hemisphere umfaßt. Bei einem um 8 Prozent auf 44 Mrd. DM gestiegenen Umsatz weist die Gruppe einen Reingewinn von 25,6 Mill. DM aus. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einer Verbesserung um 25 Prozent.

Der Gewinn vor Steuern erhöhte sich gar um 32 Prozent auf knapp 47 Mill. DM. Dazu steuerte die deutsche Gruppe 52 Prozent, KN International 37 und KN Western Hemisphere 11 Prozent bei.

Kühne & Nagel bewege sich mit diesem Ergebnis auf der Ertragskala im internationalen Speditionsgewerbe sehr weit oben, meint Kühne. Stützen seien die Sparten Übersee-Expedition mit einem Umsatzanteil von 36 Prozent, Luftfracht (16 Prozent) und das Lagergeschäft (12 Prozent), während die Landverkehre mit einem Umsatzanteil von 20 Prozent unterschiedliche Beiträge einbrächten. Hinter den Erwartungen hieben 1983 vor allem die Verkehre innerhalb Westeuropas zurück. Einbußen gab es in der Nahost-Region.

Am stärksten hiervon betroffen war die KN International AG. Deren Ergebnis von 8,4 Mill. Schweizer Franken (minus 13,5 Prozent) bezeichnet Kühne dennoch als insgesamt

be friedigend. KN habe vor allem die Positionen im Fernen Osten, im südlichen Afrika sowie Australien/Neuseeland gestärkt. Als neue Aktivität ist in der neu gegründeten Nacora Holding AG die Vermittlung von Transport- und Sachversicherungen aufgenommen worden. Dieses Versicherungsgeschäft soll sowohl in Verbindung mit KN-Stützpunkten in aller Welt als auch durch eigenständige Maklertätigkeit ausgebaut werden.

Das hohe Ertragsniveau der Vorjahre hat die KN Deutschland gehalten. Bei einem um 1,5 Prozent auf 1,7 Mrd. DM gestiegenen Umsatz weist sie einen um 15,6 Prozent verbesserten Gewinn von 12,6 Mill. DM aus. Rückgänge im Seefrachtgeschäft konnten durch gute Erträge im nationalen und grenzüberschreitenden Landverkehr sowie im Lagerbereich ausgeglichen werden. In dieser Sparte ist besonders die Lagerung und Verteilung von Markenartikeln ausgebaut worden. Anlaufverluste edit KN anfangs bei dem neu aufgenommenen Paketdienst.

Wesentlich verbessert hat sich 1983 schließlich das Ergebnis der KN Western Hemisphere. Das gute Ergebnis in Kanada ist nur noch geringfügig von Verlusten in den USA belastet gewesen. Als Reingewinn weist die Gruppe 0,2 Mill. Dollar aus, nachdem im Vorjahr rote Zahlen gerade noch vermieden worden sind. Die Sanierung in den USA sei inzwischen so weit, daß 1984 mit Gewinn gearbeitet werde.

Die Prognose für dieses Jahr ist zuversichtlich. Transporteinbußen in den Nahen und Mittleren Osten gleichen verstärkte Tätigkeiten auf anderen Märkten vor allem im Fernen Osten und in Nordamerika aus. Ziel für 1984 bleibt, die im Branchenvergleich überdurchschnittliche Ertragskraft zu behaupten, das Dienstleistungsprogramm innovativ weiterzuentwickeln und die Reisebüro-Kette zu erweitern. Bei der Übersee-Expedition steht der Ausbau von Container-Verkehren im Mittelpunkt.

Vorjahr nochmals um 2,6 Prozent auf 161,5 Mill. DM steigen.

Der ausgewiesene Jahresüberschuss von 5,7 (9,6) Mill. DM ist im Gegensatz zum Vorjahr nur in geringem Umfang von außerordentlichen Erträgen (1,9 nach 11,1 Mill. DM) beeinflusst worden und resultiert, so Kunstmann, nahezu ausschließlich aus dem effektiv erwirtschafteten Betriebsergebnis. Der Personalaufwand stieg lediglich um 1,0 Prozent auf 109,4 Mill. DM. Nach Einstellung von insgesamt 6,3 Mill. DM – davon 3,5 Mill. DM Gewinnvortrag aus 1982 – in die freien Rücklagen weist Erba einen Bilanzgewinn von 2,9 (3,5) Mill. DM aus. Er soll auf Beschluß der Hauptversammlung (16. Juli) ebenfalls in die Rücklagen fließen, so daß dann bei einem Grundkapital von 32,3 Mill. DM ein Eigenkapital von 52,5 (43,3) Mill. DM besteht. Die Eigenkapitalquote wird sich dadurch auf 25,3 (22,0) Prozent verbessern.

Der Gesundungsprozeß bei Erba kommt auch im Anstieg der Investitionen auf 18,5 (12,6) Mill. DM zum Ausdruck bei Abschreibungen von 11,9 (12,5) Mill. DM.

Vier von zehn unserer neuen Kunden kommen auf Empfehlung unserer alten Kunden zu uns.

Wenn Sie mehr über die KKB Bank erfahren wollen, fordern Sie unseren Geschäftsbericht an.

Name: _____

Adresse: _____

KKB Bank, Hauptverwaltung, Kasernenstr. 8-14, 4 Düsseldorf.



KKB Bank

Die Bank für den privaten Kunden

DB InterCargo

BERLINER BANK

AKTIENGESellschaft



Verkaufsangebot über DM 65.000.000,- neue Inhaber-Aktien

Wertpapier-
Kenn-Nr.
802 322

Die ordentliche Hauptversammlung der Berliner Bank Aktiengesellschaft vom 16. Mai 1984 hat die Erhöhung des Grundkapitals von DM 185 000 000,- auf DM 250 000 000,- durch Ausgabe von DM 65 000 000,- neuen Inhaber-Aktien beschlossen; die neuen Aktien sind für das Geschäftsjahr 1984 zur Hälfte gewinn- anteilberechtigt.

Diese DM 65 000 000,- neuen Inhaber-Aktien werden in der Zeit

vom 18. bis 20. Juni 1984

zum Preis von DM 145,- je 50-Mark-Aktie

von einem Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank AG freibleibend zum Kauf angeboten.

Kaufanträge nehmen die Berliner Bank AG sowie die nachstehend genannten Banken während der üblichen Schalterstunden entgegen:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Baden-Württembergische Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Bayrische Vereinsbank AG
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Delbrück & Co.
Dresdner Bank AG
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim Jr. & Cie.
Sparkasse der Stadt Berlin West
Vereins- und Westbank AG

Der Kaufpreis für die Aktien zuzüglich Effektenprovision und Börsenumsatzsteuer ist von den Erwerbern am 29. Juni 1984 zu entrichten.

Die neuen Aktien werden den Erwerbern nach Zahlung des Kaufpreises zunächst auf Giroammeldepotkonto gutgeschrieben. Bis zum Vorliegen von Einzelkunden können Ansprüche auf Auslieferung nicht geltend gemacht werden. Die zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Einzelkunden lauten über Nennbeträge von DM 50,- und DM 1000,-. Sie werden mit Gewinnanteilscheinen Nr. 1-20 und Erneuerungsschein ausgestattet sein; der Gewinnanteilschein Nr. 1 trägt den roten Aufdruck „1/2“.

Die zum Kauf angebotenen Aktien sind an den Wertpapierbörsen in Berlin, Düsseldorf und Frankfurt am Main zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassen. Die Notierung wird voraussichtlich am 2. Juli 1984 aufgenommen.

Berlin, im Juni 1984

Der Vorstand

Linde

AUF GUTEM KURS

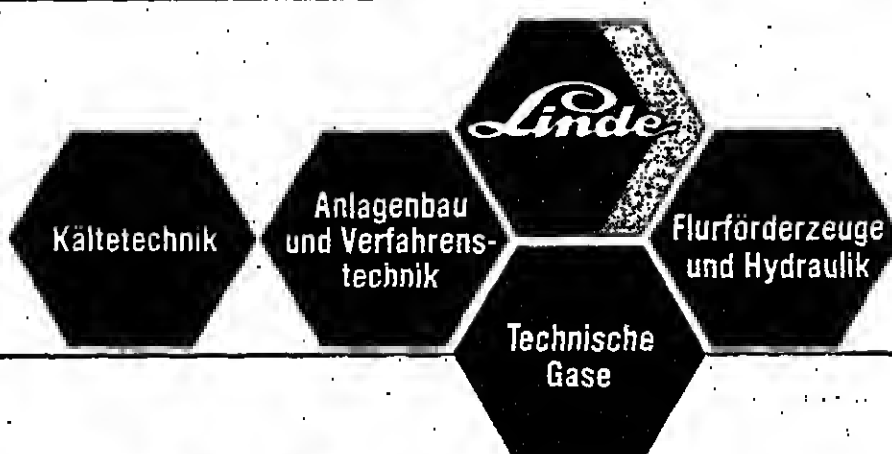
Geschäftsjahr 1983

Die gesamtwirtschaftliche Lage hat auch den Geschäftsverlauf des Linde-Konzerns beeinflusst.

Auftragsingang	Der Auftragsingang der Linde-Weltgruppe erreichte mit 3,008 Mrd. DM fast den Vorjahreswert. Im Inlands-Konzern ging der Auftragsingang um 6,1% auf 2,415 Mrd. DM zurück.
Umsatz und Gesamtleistung	Der Weltumsatz war mit 3,364 Mrd. DM um 10,4% höher als im Vorjahr. Hierzu trugen alle großen Arbeitsgebiete bei. Der Umsatz des Linde-Konzerns übertraf mit 2,671 Mrd. DM den Vorjahreswert um 6,3%. Die Gesamtleistung ging durch die Verminderung des Halbfabrikatebestands, bedingt durch den Auftragsingangs-rückgang im Anlagengeschäft, um 3,5% auf 2,438 Mrd. DM zurück.
Investitionen	Die Sachanlagezugänge erreichten weltweit 187 Mio. DM. Im Inlands-Konzern betrugen die Zugänge für Sachanlagen 144 Mio. DM bei Abschreibungen von 112 Mio. DM.
Mitarbeiter	Weltweit waren 18 622 Mitarbeiter beschäftigt. Im Linde-Konzern Inland war die Belegschaft mit 15 051 Mitarbeitern geringfügig kleiner als im Vorjahr.
Ergebnis	Der Jahresüberschuss vor Steuern des Konzerns Inland betrug 126 Mio. DM (Vorjahr 127 Mio. DM).
Dividende	Aus dem Bilanzgewinn der Linde AG von 32,4 Mio. DM wird eine unveränderte Dividende in Höhe von 9 DM gezahlt. Zusammen mit der Steuergutschrift von 5,06 DM erhalten die inländischen Aktionäre je 50-DM-Aktie einen Betrag von 14,06 DM.

Konzern Inland		(Werte in Mio. DM, soweit nicht anders vermerkt)		
	1983	1982		
Umsatzerlöse	2671	2513	Sachanlagezugänge	144
Exportanteil	42,9%	43,4%	Mitarbeiter	15051
Gesamtleistung	2438	2526	Eigenkapital	661
Auftragseingang	2415	2571	Jahresüberschuß vor Steuern	126
Auftragsbestand	2378	2631	Dividende je 50-DM-Aktie in DM	9

LINDE AKTIENGESellschaft
5200 Wiesbaden 1
Abraham-Lincoln-Straße 21



HASTRA

partner für energie



1983 haben wir 118 Millionen DM zur Sicherung der Versorgung unserer Kunden mit Strom, Erdgas, Fernwärme und Wasser investiert.

Diese Investitionen tragen zur Belebung der Wirtschaft in unserer Region und damit zur Arbeitsplatzsicherung bei.

HASTRA auf einen Blick:

Anzahl der Kunden	582 000
Stromversorgung:	
Absatz (Mio. kWh)	6 141
Jahreshöchstleistung (MW)	1077
Leitungslänge (km)	33 205
Anzahl der Umspannwerke	11 783
Gasabsatz (Mio. kWh)	80
Fernwärmeabsatz (Mio. kWh)	692
Wasserabsatz (Mio. m³)	44
Anzahl der Mitarbeiter	3
	2 225

...im Geschäftsjahr '83:

Aus der Bilanz zum 31. 12. 1983	(in Mio. DM)
Anlagevermögen	1 813
Umlaufvermögen	322
	2 135
Grundkapital	95
Rücklagen	132
Wertberichtigungen	1 177
Bauzuschüsse	256
Rückstellungen	347
Verbindlichkeiten	116
Bilanzgewinn	12
	2 135

Aus der Gewinn- und Verlustrechnung 1983	(in Mio. DM)
Umsatzerlöse	1206
Sonstige Erträge	42
	1248
Sachaufwand	886
Personalaufwand	155
Finanzaufwand und Gewinnsteuern	190
Jahresüberschuss	17

Der mit dem uneingeschränkten Belegungsvermerk versehene, vollständige Jahresabschluss wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

HANNOVER-BRAUNSCHWEIGISCHE
STROMVERSORGENGS-AG

PWA

Einladung zur ordentlichen Hauptversammlung

Wir laden die Aktionäre unserer Gesellschaft hiermit zur ordentlichen Hauptversammlung ein. Sie findet am Mittwoch, dem 25. Juli 1984, um 10.30 Uhr im Sheraton Hotel in München, Arabellastraße 6 (Kongresszentrum) statt.

Tagesordnung

- Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts für das Jahr 1983 mit den Berichten des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts.
- Beschlußfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983. Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, Entlastung zu erteilen.
- Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 1984. Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 1984 zu wählen.

Anträge stellen wollen, bitten wir, gemäß § 21 der Gesellschaftssatzung, ihre Aktien während der üblichen Geschäftsstunden bis spätestens am Mittwoch, dem 18. Juli 1984, bei der Gesellschaftskasse, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei einer der nachstehend genannten Banken und deren Niederlassungen im Bundesgebiet zu hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort zu belassen.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Dresdner Bank Aktiengesellschaft

Die Hinterlegung ist auch in der Weise zulässig, daß die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle bei einem anderen Kreditinstitut verwahrt und bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Für den Fall einer Hinterlegung der Aktien bei einem deutschen Notar oder einer Wertpapiersammelbank ist der hierfür auszustellende Hinterlegungsschein spätestens am Freitag, dem 20. Juli 1984, bei der Gesellschaftskasse einzureichen.

München, im Juni 1984

PWA Papierwerke
Waldhof-Ascheffenburg
Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Sie wohnen in
SPANIEN
und wollen in der WELT inserieren?

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dann wenden Sie sich bitte an folgende Anschrift:

Juan A. González
c/Antonio Casero, 30-1º
Madrid-30
Tel.: 274 36 67

Nachlassauktion
 Im Auftrag des Herrn Testamentvollstreckers verleihe ich
 zum Besten des Nachlasses, das 21. Juni, 10 Uhr,
 Bogenstraße 45, bei den Hochhäusern, 2000 Hamburg 15
 hochw. figür. u. a. Porzellan des 17. bis 20. Jh.
 eines Düsseldorf-Sammlers
 Meissner: 161g. Eßservice Kobaltrot, 2 Kaffeeservice rote
 Rose für 12 Pers., Molkservice rote Rose, 20 Tassen- u. Gedeck-
 te, Teekannen, 60 Wand-, Eß-, Obst- u. id. Teller in Zwiebel-,
 Drachen-, Weinlaub- u. a. Dekoren, Vorratsgefäße, geackte
 Blattschale, Doppelschale, Bismarck, Kopfen, Amphox m.
 franz. Frauenköpfen, Langschwanzpapagei, 10 Figuren, Kerzen-
 holder u. Vase m. Silberrand, 10 Vase Kobalt-, Drachen- u. a., 6ff.
 Deckenlampe.
 KPM Berlin: Bodenvase, Tischlampe, Kobaltvase, Schalen,
 Gedecke, 11 Wandteller m. Goldrand u. Dekor, Figuren, Tassen,
 20 Eß-, Kuchen- u. a. Teller u. a.
 Nymphenburg/Fürstentum/Fürstentum: Obst-, Eß-
 u. a. Teller verschied. Dekoren, Gedecke, Schalen, Leuchter,
 Figuren, Sänfte.
 Dresden/Vollständiges Service u. a. z. Blumenüberöpfe,
 Aufsatze, 4ff. Leuchter, 3 Musketen u. a.
 Figuren, Konfekt- u. a. Schalen u. Dosen, Tassen, Deckel u. a.
 Vase, Amphore, Vasen- u. Wandleuchter, Uhr, Wand- u. a.
 Teller, antiker Chinteller, 50 cm.
 Kristall u. Silber: 50 Römer, Uhr- u. Seckgläser, Karaffen,
 Leuchter, Tablets, Schalen, Zigarettenständer u. Bestecke.
 Ölbild: v. Wedekind u. a. Agucello, Colonische u. Bleistift-
 zeichnungen, Ebenholz- u. a. Miniaturen, Spiegel, Untersätze.
 Antik: Orientteppiche u. -brücken: Herz 3,5x4,5,
 Afghan 2,4x3,30, Bokisch, Buchara, Garajeh, Shiraz, Gasghal,
 Ghani- u. Isfahan-Seidenbrücken.
 Mahagony-Vitrinen, -Küchen, -Anbau-, -Eck- u. a. Schränke,
 -Garnituren, -Tische.
Arthur Landjank Werner Landjank, Schätzer u.
 vereid. u. öff. best. Versteigerer
 Büro: 2 HH 15, Bogenstraße 45, Telefon 040/44 78 07
 So. Mi., 20. u. 21. 12-20 Uhr. Schriftl. Gebote werden angenommen.

Ertragsausschüttung

HAUS-INVEST

Für das Geschäftsjahr 1983/84 werden ab 15. Juni 1984
 auf Ertragsschein Nr. 12

DM 3,20 pro Anteil

ausgeschüttet.
 Bei Wiederanlage der Ausschüttung bietet „HAUS-
 INVEST“ auf den Ausgabepreis einen

Wiederanlagerabatt von 3%

„HAUS-INVEST“ macht seine Anteilseigner auf diese
 günstige Möglichkeit aufmerksam; sie besteht bis zum
 3. September 1984

„HAUS-INVEST“ ist eine sichere Vermögensanlage mit
 laufenden Erträgen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erzielte der Fonds ein
 Gesamtergebnis von 6,3%

Depotbank **COMMERZBANK**

Vertrieb durch **COMMERZBANK** und
ADIG-Gesellschaften.

HAUS-INVEST

Jahresbericht der VAW-Gruppe '83

VAW-Vereinigte
 Aluminium-Werke
 Aktiengesellschaft
 Berlin-Bonn

Konzernbilanz			Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung		
Aktiva	Millionen DM			Millionen DM	
	1983	1982		1983	1982
Sachanlagen	1.623	1.723	Außenumsatz	3.889	3.257
Finanzanlagen	121	107	Bestandserhöhung	218	43
Vorräte	983	1.075	Andere aktivierte Eigenleistungen	21	29
Forderungen	740	607	Gesamtleistung	4.128	3.329
Flüssige Mittel	55	60	Materialeinsatz	2.546	1.950
	3.522	3.572	Rohortrag	1.582	1.379
			Sonstige Erträge	123	227
				1.705	1.606
			Personalaufwendungen	844	801
			Abschreibungen	288	309
			Zinsaufwendungen	116	190
			Steuern	88	31
			Sonstige Aufwendungen	338	295
				1.674	1.626
			Jahresüberschuß/Vorjahr Fehlbetrag	31	20
			Gewinnvortrag, Veränderung		
			Ausgleichsposten u. a.	11	20
			Konzernergebnis	20	-
	3.522	3.572			

Passiva		
Eigenkapital	825	812
Eigenkapitalähnliche Darlehen	250	250
Pensionsrückstellungen und Unterstützungseinrichtungen	204	165
Langfristige Darlehen	1.279	1.242
Mittel- und kurzfristige Verbindlichkeiten	944	1.103
Konzernergebnis	20	-
	3.522	3.572

Der vollständige Jahresabschluß und der auf freiwilliger Grundlage erstellte Konzernabschluß zum 31. Dezember 1983 tragen
 den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers, der Treuarbeit Aktiengesellschaft.

VAW
 aluminium

Um zum Frieden zu gelangen,
 zum Frieden erziehen.

PAPST PAUL VI.



VOLKSUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE E.V.
 35 KASSEL, WERNER-HILPERT-STRASSE 2 POSTSCHECKKONTO HANNOVER 1033 60-01

GROSSES GESCHÄFT

ERZEUGUNGSWERK VON PALLETEN VERKAUFT WEGEN GE-
 SCHÄFTSAUFGABE DIE GANZE STAMMVERARBEITUNGS-
 ANLAGE ZUR PALLETENHERSTELLUNG 1500 STÜCK TÄGLICH
 MIT MÖGLICHKEIT ERHEBLICHER VERMEHRUNG, SEHR LEI-
 STUNGSFÄHIGE WIE NEU MASCHINEN: SCHUMACHER, RAI-
 MANN, BOHN UND CRUSE, VERHANDLUNGSBASIS DM 550.000.
 BITTE SICH AN DR. STEFANO BERTORELLO, VIALE REGINA 9,
 RUF 02-21 88 40, MAILAND, WENDEN.

Texter/
 Schriftsteller
 nimmt noch Aufträge entgegen.
 Zuschr. erb. unt. PU-48068 an WELT-
 Verlag, Postfach 2000 Hamburg 35

Vertrauliche Spezialaufträge
 im In- und Ausland erledigt seriöser
 Einzelkämpfer.
 Zuschr. unter F 6975 an WELT-Verlag,
 Postfach 10 06 64, 4300 Essen

ganz klar!
 Notiz-Quader von
KNAUER
 1615 Biederach/Baden Postfach 1614
 Tel. 07143/7552-1 Telex 710000



An alle Pan Am Aktionäre, deren Stimmmanweisungen noch ausstehen:

Bitte beachten Sie die Aufforderung Ihrer depot-
 führenden Bank und stimmen Sie für die Verbesserung
 von Pan Am durch Einführung einer neuen Dach-
 gesellschaft.

Einen Stimmvorschlag hierzu erhalten Sie über
 Ihre Depotbank. Diese benötigt Ihre Weisung bis zum
20. Juni 1984,

damit der Vorschlag auf unserer vertragen Hauptver-
 sammlung am 27. Juni 1984 in New York zur positiven
 Abstimmung gelangt. Das Gesetz fordert eine
 2/3-Mehrheit des ausstehenden Kapitals. Ihr Schweigen
 kann daher die vorgeschlagene Verbesserung verhin-
 dern. Es kommt also auch auf Ihre Stimmen an.

Sollten Sie Ihre Stimmmanweisung noch nicht
 erhalten oder nicht zur Hand haben, so benutzen Sie
 bitte das hier abgedruckte Formular.

Stimmmanweisung

für die für mich (uns) gehaltenen Aktien der Pan American World Airways, Inc.

an:
 (depotführende Bank, Filiale bzw. Zweigstelle, in Blockschrift)

Der (die) Unterzeichnende(n) bittet(n) Sie, mit allen für mich (uns) gehaltenen Stammaktien der
 Pan American World Airways, Inc. (Pan Am) in der unten angegebenen Weise über den im
 Stimmvorschlag von 26. März 1984 beschriebenen Fusionsvertrag und -plan abzustimmen, der
 die Schaffung einer Dachgesellschaft vorsieht, die als Emittentin an die Stelle von Pan Am tritt
 und der Pan Am und Pan Am World Services, Inc. als Tochtergesellschaften angegliedert
 werden. Sollte(n) ich (wir) die nachstehenden Wahlmöglichkeiten offengelassen haben, so bitte(n)
 ich (wir) alle für mich (uns) gehaltenen Aktien für den Fusionsvertrag und -plan zu stimmen.

☐ für ☐ gegen ☐ Enthaltung

_____ Juni 1984 _____
 (Unterschriften)

(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Name(n): _____ Straße: _____ Wohnort: _____

Depot-Nummer: _____ Anzahl der Aktien: _____

Sollten Sie im Zusammenhang mit dem Vorstehenden noch zusätzlicher Informationen
 bedürfen, so setzen Sie sich telefonisch in Verbindung mit Pan Am unter (06 11) 69 05 412 oder
 01 30-55 66 (Ortsgebühr innerhalb Deutschlands).

FUSSBALL / Die Europameisterschaft hat ihren ersten großen Star – Vincenzo Scifo

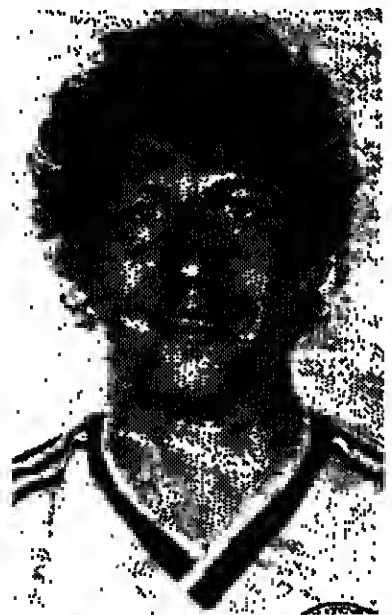
Der deutsche Aufsteiger der Saison ist zweifellos der Stuttgarter Guido Buchwald. Er nimmt es gelassen, Vor seinem ersten wichtigen internationalen Einsatz sagt er: „Worum soll ich nervös werden, ich habe doch nichts zu verlieren.“ Sein Vorteil: Mit Karl-Heinz und Bernd Förster hat er innerhalb der Mannschaft zwei Stuttgarter Kollegen, die ihm in der deutschen Elitelf mit Rot und Rot zur Seite stehen. Alle Welt spricht von einem typischen Schwaben, geboren aber ist er in Berlin. Auch seine beiden Brüder spielen in Schwaben bei Amateurläufen Fußball, aber nur er wurde entdeckt für den Profifußball.

Guido Buchwald – ruhiger Schwabe, geboren in Berlin

ULRICH DOST, Straßburg
Vollkommen ruhig sitzt er da, mit den langen Beinen weiß er manchmal nicht, aber ansonsten strahlt er eine schon fast ungewöhnliche Selbstsicherheit aus. In wenigen Stunden wird Guido Buchwald (VFB Stuttgart) sein zweites Länderspiel bestreiten. Das erste Spiel der deutschen Nationalmannschaft bei der EM-Endrunde gegen die Portugiesen. Aber es gibt keine Anzeichen dafür, die auf eine innere Unruhe schließen lassen. Kein Spiel mit dem Zimmerschlüssel, kein zerfahrenes Drehen der Locken auf dem Kopf mit den Fingern, keine hastigen Bewegungen, kein unkontrolliertes Mienenspiel.

„Nun mal ehrlich, Herr Buchwald, Millionen sind heute an den Fernsehschirmen, ein weltweites Interesse, und Sie als Neuling mittendrin, beunruhigt Sie das gar nicht?“

Die Antwort kommt ehrlich und wohlüberlegt: „Warum soll ich mich aufregen, ich kann doch nichts verlieren. An das ganze Drum und Dran denke ich nicht, ich konzentriere mich ganz auf mein Spiel.“ Vielleicht ist es das große Glück des Guido Buchwald, daß er in den letzten



Wolfgang Overath ist sein Vorbild: Guido Buchwald. FOTO: MINIKOFF

do Buchwald, daß er in den letzten Wochen und Monaten gar nicht die Zeit gehabt hat, intensiv darüber nachzudenken, was mit ihm passiert ist. Bis es nämlich zu diesem Spiel gestern Abend in Straßburg kam, hat er etwas erlebt, was im allgemeinen als Blitzkarriere bezeichnet wird.

In der letzten Saison spielte er noch für die Stuttgarter Kickers in der zweiten Liga, dann wechselte er zum VfB Stuttgart, und die Entwicklung nahm ihren Lauf. Erst einmal der Stammspieler, dann die Deutsche Meisterschaft, die Spiele mit der Olympia-Auswahl, im April in Zürich gegen Weltmeister Italien das erste Länderspiel und nun die Teilnahme an der Endrunde der Europameisterschaft. Kein Wunder, daß sich in den letzten Monaten seine Zielsetzungen immer wieder änderten, daß er von seinen eigenen Vorstellungen schon fast zu schnell eingeholt wurde. Guido Buchwald, noch im Januar 1984:

„Ich glaube, daß ich nach wie vor noch auf der Kippe stehe, was einen Stammspieler beim VfB Stuttgart betrifft.“

Zum Thema Nationalelf: „Das ist für mich ein Ziel, aber noch sehr weit weg.“ Derselbe Spieler, nur drei Monate später zum gleichen Themenkomplex: „Meinen Stammspieler beim VfB habe ich sicher. Ganz eindeutig, die Nationalmannschaft ist mein großes Ziel, ich will das so schnell wie möglich erreichen.“

Guido Buchwald, der Mittelfeldspieler mit den defensiven Aufgaben, glaubt, daß seine Berufung für die EM hauptsächlich Erich Ribbeck zu verdanken hat. Bei der Olympia-Auswahl von Ribbeck hat er sich „richtig wohl gefühlt“. Buchwald: „Oh Lehrgang oder Spiele, ich bin immer gerne hingefahren, wir hatten eine einmalige Atmosphäre. Da wurde gefächelt, gelacht, wir waren alle unheimlich locker.“

Er weiß genau, warum das so sein konnte: „Die Olympia-Auswahl wurde von der Öffentlichkeit nicht so ernst genommen, es fehlte der Druck.“ Die Stimmung in der Nationalelf sei schon etwas anderes, aber nicht so eiskalt, wie es sich vorgestellt hatte: „Karl-Heinz Förster hat mir viel erzählt von den Vorkommnissen 1982 in Spanien. Jetzt ist es ganz anders, hier spricht jeder mit jedem, ich bin angenehm überrascht.“ Auch ein Hierarchiedenken will er nicht festgestellt haben: „Es ist klar, daß der Rummenigge mal etwas sagt. Aber ich habe nicht das Gefühl, daß ich ganz unten stehe und nichts sagen darf.“

Seine Sprache verrät, daß er aus dem Schwabenland kommt, aber er ist kein gebürtiger Schwabe: „Ich bin ein Berliner.“ Am 24. Januar 1981 kam er im Berliner Bezirk Neukölln zur Welt. Sein Vater arbeitete zu der Zeit bei der von der DDR verwalteten Reichsbahn. Aber schon 1963 ließen sich die Buchwalds zur Bundesbahn versetzen und zogen nach Wannweil bei Reutlingen, wo die drei Söhne mit dem Fußballspielen begannen. Guidos Bruder Norbert, der älteste, trainiert inzwischen den TV Bempflingen. Bruder Thomas spielt heute noch für den SV Wannweil.

Aber nur Guido, der vom achten bis 15. Lebensjahr ebenfalls in Wannweil spielte, fiel den Talentsuchern auf. Ein Jahr gab er beim TSV Pfiezheim ein Zwischenspiel, ehe er zu den Stuttgarter Kickers kam. Schon 1979 wurde er Deutscher Jugendmeister, „Buschi“, wie er genannt wird, hat die Realschule und eine Lehre als Elektromonteur abgeschlossen. Doch schon als 18-Jähriger hatte er genaue Berufsvorstellungen: „Ich will Fußball-Profi werden. So einer wie Wolfgang Overath.“

Die Technik des früheren Kölner Nationalspielers hatte es ihm angetan. Heute ist er selbstkritisch genug zuzugeben, daß er sein Vorbild nicht eingeholt hat – was die Technik betrifft. Dafür aber kann er 90 Minuten rennen, pausenlos, von vorne nach hinten und umgekehrt. Er sagt: „Ich laufe einfach gerne, aber es muß ein Ball in der Nähe sein.“

Begeistert feierte gestern die europäische Presse nach dem 2:0-Sieg der Belgier über Jugoslawien einen neuen Star: den erst 18-jährigen Spielmacher Vincenzo Scifo vom RSC Anderlecht. Die Brüsseler „Het Laatste Nieuws“: „Gebt Scifo einen Ball, und er macht alles.“ Das „Het Nieuwsblad“: „Scifo – ein neuer europäischer Star ist geboren.“ Dem konnte der „Sport“ in Belgien nur noch entgegenhalten: „Wir waren unglücklich und hilflos. Die Belgier haben sich mit diesem Spiel Tür und Tor für das Halbfinale geöffnet.“ Mit Hilfe eines 18-jährigen namens Vincenzo Scifo, der italienische Eltern hat.



Er erinnert an Wolfgang Overath. Ein technisch fast schon perfekter, mannschaftstaktischer Spieler mit großer Übersicht bei seinen Pässen: Vincenzo Scifo (links, im Zweikampf mit dem Jugoslawen Katanec). FOTO: AP

Trainer des Weltmeisters hatte Tränen in den Augen – er kannte Belgiens Italiener nicht

MARTIN HÄGELE, Lens

Mitternacht lag schon längst hinter Lens. Der Stimmung tat das keinen Abbruch. Immer wieder schwappte die Begeisterung aus den Kneipen über die Bürgersteige. „Schiffso, Schiffso“, dröhnte es an den Theken und auf den Straßen. Belgiens neuer Fußball-Schlachtruf. Die Fans mit den schwarz-gelben Kapsen feierten ihren neuen Fußballhelden.

Vincenzo Scifo, 18 Jahre jung, Gastarbeiterkind aus La Louvière in den Ardennen; seit ein paar Tagen erst besitzt er den belgischen Paß. „Ich brauche diesen Vincenzo, macht einen Belgier aus ihm“, hatte Nationaltrainer Guy Thys vor ein paar Wochen gefordert.

Thys lachte am Mittwochabend in Lens.

Ein anderer hatte Tränen in den Augen. Trainer von Fußballweltmeister Italien war auf der Tribüne außer sich. „Wenn ich den zuvor gesehen hätte, den hätte ich sofort gekauft. Scifo würde bei mir spielen, warum hat mir nur keiner von diesem Burschen berichtet?“

„Tut mir leid, zu spät“, antwortete Scifo, als er von der Hochachtung des italienischen Nationaltrainers erfuhr. Aber er bedauerte seinen Schritt nicht, so Scifo. „Ich bin hier geboren, deshalb ist es normal, daß ich für Belgien spiele.“

Beazot hätte sich bei einem berühmten Tribünennachbarn über den neuen Star erkundigen können. Eddy Merckx, der damalige Rad-Star, saß nur ein paar Meter weiter. Merckx gilt als einer der begeistertsten Parteilan-

ger des Fußballklubs RSC Anderlecht.

Belgiens Top-Klub stellte beim 2:0-Sieg über Jugoslawien sechs Mann fürs Nationalteam. Fünf Kollegen um sich herum zu haben, das half dem jungen Vincenzo schon bei seinem Debüt. Keiner war da, der ihm die Rolle des Dirigenten streitig gemacht hätte. Im Gegenteil, die Alten suchten ihn, schoben ihm die Verantwortung zu.

Scifo schlug Pässe, rannte und trickste, aber nie machte er einen Haken zu viel. Und alles, was er tat, tat er für die Mannschaft. Scifo erinnerte an Wolfgang Overath.

Und die Zuschauer fühlten, wie da vor ihren Augen ein Fußballstern aufging. Wie Scifos Kollegen gingen auch sie Feuer an dem einfachen und gleichzeitig brillanten Spiel des jungen Mannes, und spätestens als Scifo dem Verteidiger Grun in der 44. Minute den Ball so geschickt an den Kopf geschossen hatte, daß der ihn zum 2:0 einköpfen mußte, spätestens da war klar, daß mit dem Vincenzo Europameister mit diesem Turnier ganz ernsthaft gerechnet werden muß.

Auch Georges Grun (22) war ein Neuling aus Anderlecht. Ihn hatte Thys erst am Sonntag eingeladen, nachdem festgestellt, daß der etatmäßige Linksverteidiger Michael Renquin heute Abend mit seinem Klub Servette Gené das Entscheidungsspiel um die Schweizer Meisterschaft bestreiten mußte.

Der alte Fuchs Thys hatte wieder einmal goldene Fingerchen gehabt. Thys versteht viel vom Geschäft. „Zieh die Handbremse an, Enzo, schone dich“, hatte der Trainer auch

Die Reporter des Zweiten Deutschen Fernsehens wollten es entdeckt haben – und sorgten für eine ungewöhnliche Aktion: Gestern wurden offiziell von Vertretern des französischen Fußball-Verbandes die Tore im Pariser Prinzenpark-Stadion nachgemessen. Die Reporter glaubten sie zu niedrig, dem einen Tor fehlten zwei, dem anderen sechs Zentimeter. Die Berührung folgte gestern, das Eröffnungsspiel ist unter regulären Umständen abgelaufen: Auf den Millimeter genau sind beide Tore 7,32 Meter breit und 2,44 Meter hoch – so wie es in den Regeln steht, so wie es das deutsche Schiedsrichtergespann auch annahm.

Alain Giresse: „Diese Belgier, diese Teufel“

dpa, Nantes

Frankreichs Fußballtrainer Michel Hidalgo trat mit seiner Mannschaft recht nachdenklich die Reise ins zweite Europameisterschafts-Quartier nach Orvèrt bei Nantes an. Die starke Vorstellung der Belgier gegen Jugoslawien (2:0) hat ihre Wirkung hinterlassen. „Alle, die in den Belgien nur einen Punktelieferanten gesehen haben, irren. Das wird ein äußerst schweres Spiel für uns. Vielleicht noch schwerer als gegen Dänemark“, sagte Hidalgo, der mit seinem designierten Nachfolger Henri Michel nach Lens gereist war. Und dann: „In Nantes geht es schon um den Gruppensieg.“ In Nantes spielen die Franzosen am Samstag gegen die Belgier.

Bei der Fernsehübertragung war es im Quartier der staunenden Franzosen immer ruhiger geworden. „Diese Belgier, diese Teufel“, schüttelte Alain Giresse den Kopf. „Wir werden uns für Scifo, Ceulemans und Vercauteren etwas einfallen lassen müssen“, meinte Hidalgo.

Die Probleme durch den Ausfall des gesperrten Amoros und die Ungewißheit, ob der am Knie verletzte Vorstopper Le Roux aufgezogen werden kann, kommen hinzu. Immerhin muß die zuletzt in sechs Länderspielen ohne Gegentor gebliebene Abwehr erstmals geändert werden.

in der Pause zu Scifo gesagt. Thys wußte, was auf den Jungen hinterher zukommen würde.

Der Rummel um einen neuen Star. Die Augen unter den pechschwarzen Haaren sind dauernd auf der Suche, und wiederholt bittet er, doch zum Mannschaftsbus durchgelassen zu werden. Noch ist Enzo Scifo ein schauer Junge. „Nein“, sagt er, „Ihr dürft mich nicht mit Platini vergleichen. Platini hat Hunderte gute Spiele gemacht, ich erst eins.“ Was natürlich nicht stimmt. Weil sich das Talent des Bergarbeitersohns aus La Louvière im kleinen Belgien schnell herumgesprochen hat, kaufte der RSC Anderlecht Enzo schon mit vierzehn Jahren. Enzo durfte aber in seiner Heimat bleiben, mußte erst im vergangenen Jahr in die Großstadt.

Anderlechts Trainer van Himst baut ihn behutsam auf, läßt ihn sporadisch in der ersten Mannschaft die Luft des großen Fußball schnuppern. Erst in der Rückrunde machte er ihn zum Stammspieler. Und dem 17-jährigen gelangen im Europapokal gegen Tiflis und Nottingham glänzende Partien. Er zog mit seinem Klub ins Europapokal-Finale.

Spätestens da hätten auch die Jugoslawen die Gefahr riechen müssen. „Wir haben ihn nicht für voll genommen“, sagt der jugoslawische Mittelfeldspieler Sestic. Auch Trainer Todor Vesselinovic zuckte nur mit den Schultern.

Das wird nicht noch einmal passieren. Schon die Franzosen werden Scifo einen Wuchsmund auf die Waden betzen. „Fifty fifty“, so Towart Jean-Marie Pfaff, stünden die Chancen gegen Frankreich. Später zieht er den

deutschen Beobachter zur Seite. Er glaube, das Endspiel werde wie in Rom Deutschland gegen Belgien heißen. Pfaff: „Nur diesmal gewinnen wir.“

Jean-Marie Pfaff ist glänzend aufgeleuchtet nach dem 2:0, an dem er in gleicher Weise wie Scifo beteiligt ist. Denn an diesem Tag hat er seine Rolle als neuer Chef der belgischen Abwehr eindrucksvoll bestätigt.

Im Quartier hat es nämlich zuvor Krach gegeben, weil Jean-Marie Pfaff die jungen Kollegen, die für die Skandalstunde Moeuws, Gerets, Flessers und nun auch Renquin eingesetzt werden mußten, ständig angemotzt hatte. Sie würden nicht richtig denken, so Pfaff.

Um diesen Vorwurf zu überprüfen, stellte sich Trainer Thys beim Trainingspiel zusammen mit seinem Torwart in den Kasten. „Da ist ein Loch“, hier ist das nächste Loch“, schrie Pfaff bei diesem Spiel ständig. Und es gelang ihm tatsächlich, Thys zu überzeugen. Der Trainer bestimmte, daß die gesamte Abwehr nun auf Pfaffs Kommando zu hören hat.

„Siehst du“, sagt Pfaff, „das ist moderner Fußball. Die Alten sorgen für Disziplin, die Jungen für Ideen. Die Mischung muß stimmen. Auf diese Weise haben die Holländer mit Johan Cruyff früher ihre großen Erfolge erreicht.“

Aber was passiert, wenn die Gesperrten zurückkommen? Pfaff: „Das Vertrauen ist weg, es ist keine Ehre mehr für mich, mit denen zu spielen.“ Belgiens Fußball hat einen überheblichen Zopf abgeschnitten. Pfaff träumte, und die Fans sangen.

Alle gehören dazu, Ende der Drei-Klassen-Gesellschaft

Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft präsentiert sich in Frankreich mit zwei Gesichtern: das eine glatt rasiert, das andere mit leichtem Bartstoppeln. Diese äußerlichen Symbolisierungen den Status. Den Stammspielern stehen die einsatzwilligen Ersatzleute gegenüber. „Ich rasiere mich erst wieder, wenn ich zum Einsatz gekommen bin“, sagt der Mönchengladbacher Reservist Hans-Günter Bruns.

Erstmals gibt es keine Drei-Klassen-Gesellschaft. Die Tribünenkaste ist abgeschafft worden. Bundestrainer Jupp Derwall und sein französischer Kollege Hidalgo haben im Vorfeld der EM bei der Europäischen Fußball-Union (UEFA) erfolgreich interveniert. Durften bisher doch nur fünf Reservisten auf der Auswechselbank sitzen. „Wenn ich schon 20 Spieler mitnehmen kann, dann will ich auch bei jedem Spiel auf sie zurückgreifen können“, sagt Derwall und ergänzt: „Mir ist der eine so gut wie der andere, alle gehören dazu.“

Derwall weiß, daß das Zugehö-

rigkeitsgefühl für die Disziplin und Moral seiner Truppe eine wichtige Voraussetzung ist. Barg doch die früher propagierte Drei-Klassen-Gesellschaft mit den EM-Touristen als Hinterbänkler immer Kontroversen in sich. Derwall will den Spielern das Gefühl der Gemeinsamkeit vermitteln. Einzige Ausnahme war gestern beim Auftakt gegen Portugal der Stuttgarter Helmut Rohleder, der als dritter deutscher Torhüter mit einem Tribünen-ticket vorlieb nehmen mußte.

Wie das Gefühl der Drittklassigkeit an einem nagen kann, weiß auch der heutige Mannschaftskapitän Karl-Heinz Rummenigge. Bei der Weltmeisterschaft 1978 in Argentinien wurde Rummenigge im Spiel gegen Polen auf der Tribüne verbannt. Weit weg von denen, die unten auf dem Rasen ihr Spiel machten. Rummenigge nennt das noch heute „die dunkelste Stunde in meiner Karriere“. Jetzt ist Mannschaftsarzt Heinrich Hess überzeugt: „Die Atmosphäre ist so gut wie lange nicht mehr.“ (SID)

HEUTE

● Rabatag in Frankreich. Morgen spielt die Gruppe 1: Frankreich – Belgien (17.15 Uhr) in Nantes, Dänemark – Jugoslawien (20.30 Uhr) in Lyon.

● Im Fernsehen: Wiederholung der Spiele von gestern Abend im gemeinsamen Vormittags-Programm von ARD und ZDF: Deutschland – Portugal ab 10.23 Uhr, Rumänien – Spanien ab 11.55 Uhr.

● Jubiläum: Frankreichs Mannschaftskapitän Platini bestreitet morgen gegen Belgien sein 50. Länderspiel. Das Siegertor im Eröffnungsspiel war sein 27. Treffer in der Nationalmannschaft. Damit zog er mit dem legendären Just Fontaine gleich, der Torschützenkönig der Weltmeisterschaft von 1958 in Schweden war.

● Zuschauer: Frankreich rätet darüber, wie so viele Dänen zum Eröffnungsspiel ins Stadion kommen konnten. 8 569 Karten standen nach dem Verteilungsschlüssel für Frankreichs Gegner zur Verfügung, etwa die dreifache Zahl wurde an Dänen verkauft. Frankreichs Trainer Hidalgo: „Wir hätten auch in Kopenhagen spielen können, so viele waren es.“

STATISTIK

● Belgien – Jugoslawien 2:0 (2:0). Belgien: Pfaff (30 Jahre/42 Länderspiele) – Ciljsters (27/5) ab 34. Lambrechts (29/4) – Grun (22/1), de Greef (26/3), de Wolf (26/8) – Scifo (18/2), Vandereycken (30/37), Vercauteren (27/36), Ceulemans (27/44) – Claesen (21/6), Vandenberg (25/30). – Jugoslawien: Simovic (28/30) – Zajec (28/28) – Nenad Stojkovic (21/5) – Sestic (28/15), Gudalj (24/18), Bazarovic (24/8) ab 80. Dragana Stojkovic (19/8), Susic (23/32) – Halilovic (21/10), Zlatko Vujovic (28/27) ab 78. Cvetkovic (22/4). – Schiedsrichter: Erik Fredrikson (Schweden). – Tore: 1:0 Vandenberg (28), 2:0 Grun (45).

● Verwarnungen: 15 Spieler sind mit einer Gelben Karte belastet. Bei der nächsten sind sie für ein Spiel gesperrt. In der deutschen Mannschaft trifft das nur auf Mittelstürmer Rudi Völler zu. Gruppe 1: Bellone, Ferreri (Frankreich), Lerby (Dänemark), Elzner, Katanec, Vujovic (Jugoslawien), Belgien: keiner. – Gruppe 2: Lima Pereira (Portugal), Long, Bilioti, Gabor, Jorgulescu (Rumänien), Maceda, Gordillo, Francisco (Spanien).

Didier Six grollt, er spielt Rolle des stillen Rebellen

Die Sonne strahlt vom Himmel, und nach dem 1:0-Sieg über Dänemark sieht für die Franzosen sowieso alles etwas freundlicher aus. Nur Didier Six macht ein Gesicht wie sieben Tage Regenwetter. Der 29 Jahre alte ehemalige Spieler des VfB Stuttgart ist mit seinem Reservistendasein in der französischen Nationalmannschaft und deshalb auch mit Trainer Hidalgo unzufrieden. Six grollt, weil Hidalgo beharrlich an Lacombe und Bellone festhält, obwohl die beiden seiner Meinung nach gegen Dänemark enttäuscht hatten.

Noch ist Six allerdings ein stiller Rebell. „Es ist besser, nichts zu sagen. Ich will kein Unruhefächer sein. Aber die anderen haben mehrfach die Gelegenheit bekommen“, sagt er. Und dann kommt die verständnislose Frage: „Warum denn ich nicht?“

Im April hat Didier Six beim 1:0-Erfolg über Deutschland in Straßburg eine gute Vorstellung gegeben, blieb danach aber nur zweite Wahl. Das Spiel gegen Dänemark

hat er noch abgewartet. Wie viele hat auch er gesehen, daß Hidalgo im Angriff etwas unternehmen mußte. Doch daraus wird nichts. Wenn die Mannschaft sich morgen vor dem Spiel gegen Belgien in Nantes warm gemacht hat, wird Six wohl wieder auf der Ersatzbank Platz nehmen müssen. Nach 49 Länderspielen will das Jubiläum nicht gelingen.

„Ein, zwei Spiele kann ich warten...“, sagt er, läßt die Konsequenzen aber offen. Noch ist ihm nicht der Kragen geplatzt wie bei der Weltmeisterschaft in Spanien, als er mit Abreise drohte. Hidalgo stellte ihn damals auf und mußte erleben, wie Six im Elfmeterschießen gegen Deutschland versagte.

In der vielen Mühe hat der Franzose aber auch bei sich einen Fehler erkannt, den Wechsel zum FC Göttingen. „Es war falsch, aus Stuttgart wegzugehen und in der zweiten Liga zu spielen“, gibt er heute zu. Gedanken an eine Rückkehr in die Bundesliga? (dpa)

STANDPUNKT

Ein guter Weg nach Olympia

Das Nationale Olympische Komitee (NOK) für Deutschland hat die ersten Nominierungen für Los Angeles vorgenommen: 218 Sportler und Sportlerinnen in 13 olympischen Sportarten. Unter ihnen auch die vom Boykott profitierenden Mannschaftssportarten Fußball (17 Spieler), Volleyball, Damen (12), Handball (Frauen und Männer je 15). NOK-Präsident Willi Daume: „Wir rechnen damit, daß 430 Olympia-Teilnehmer eingesetzt werden.“ Also neun mehr als 1972 in München, wo bisher die größte deutsche Olympia-Mannschaft an den Start ging.

Eine sinnvolle Aufstockung? Sicher, wobei nicht nur die Vermehrung der Medaillenchancen die Argumente liefern. Auch wegen der Solidarität mit den amerikanischen Veranstaltung. Auch, weil gerade jetzt Stützpunkt für die olympische Bewegung zu bilden sind. Daß dabei nicht leichtfertig dem Olympia-Tourismus gefordert wird, versteht sich. Nehmen wir das Beispiel Volleyball, Damen: Das Team rückte anstelle der boykottierenden „DDR“ nach. Der deutsche Verband mußte dementsprechend schnell handeln. Seit Dienstag läuft der Olympia-Countdown mit 18 (!) Länderspielen als Vorbereitung in den nächsten Wochen: Gegen die Sowjetunion, die USA, Südkorea, Brasilien. Noch intensiver geht es gar nicht.

Die Fußballspieler sind nun auch dabei. Das IOC hat ihnen eine Ausnahme von der Regel 28 (Amateurparagraph) gestattet, was einen olympischen Meilenstein darstellt. Nun wird Wirklichkeit, was stets umstritten war: Bundesliga-Profi kicken beim olympischen Turnier. DFB-Präsident Hermann Neubergers prophezeit: „Ich bin überzeugt, daß in spätestens vier Jahren die offenen Spiele stattfinden werden.“ Eine Aufgabe, die auf den 71-jährigen Willi Daume zukommt, dem Chef der IOC-Zulassungskommission. 1981 hat Daume gemeinsam mit seinen Mitarbeitern in Baden-Baden bereits dafür die Weichen gestellt, als der alte Amateurparagraph renoviert wurde. Um Chancengleichheit gegenüber den Staatsamateuren aus dem Osten ging es dabei und um Chancengleichheit in Beruf und Ausbildung gegenüber denen, die keinen Hochleistungssport betreiben. Die nächste Forderung ist: Bei Olympia sollen wirklich die Besten starten.

Countdown für Los Angeles: Der erste Programmpunkt sollte der Fortbestand der olympischen Bewegung sein. Deshalb ist das, was das deutsche NOK beschlossen hat, ein guter Weg. K. BL

NACHRICHTEN

Lattke hatte Autounfall

Auxerre-Aube (sid) – Udo Lattke hat einen schweren Autounfall in der Nähe der französischen Stadt Auxerre-Aube nahezu unverletzt überstanden. Der Trainer des deutschen Pokalsiegers Bayern München erlitt lediglich Prellungen im Brust- und Beckenbereich sowie eine leichte Kopfverletzung, obwohl sich sein Wagen zweimal überschlagen hatte.

Fehlt Coe bei Olympia?

London (DW) – Muß Olympiasieger Sebastian Coe nach seinem krankheitsbedingten Fehlen bei den ersten Weltmeisterschaften der Leichtathleten im vergangenen Jahr nun auch auf die Olympischen Spiele in Los Angeles verzichten? Nachdem sich der englische Mittelstreckler beim Training eine Muskelverletzung zugezogen hat, ist sein Start in Los Angeles gefährdet.

Meister in Kaiserslautern

Frankfurt (dpa) – Am 25. August startet die Fußball-Bundesliga in die 22. Saison. Der deutsche Meister VfB Stuttgart muß sein erstes Spiel auf dem Betzenberg in Kaiserslautern austragen. Die restlichen Spiele des ersten Spieltages: Bremen – Uerdingen, Bielefeld – München, Braunschweig – Köln, Karlsruhe – Mannheim, Leverkusen – Düsseldorf, Bochum – Frankfurt, Mönchengladbach – Schalke, Dortmund – Hamburg.

Kraus lief Bestzeit

Florenz (sid) – Brigitte Kraus lief bei einem Sportfest in Florenz über 3000 Meter in 8:40,90 Minuten deutsche Jahresbestzeit. Weltjahresbestleistung gab es durch den Marokkaner Said Aouita über 5000 Meter (13:04,78) und den Italiener Donato Sabia über 800 Meter (1:43,88).

ZAHLEN

FUSSBALL
Aufstiegsrunde zur 2. Liga: Gruppe Nord: SV Lurup Hamburg – FC Göttingen 5:2 – In der Tabelle führt jetzt der FC St. Pauli mit 8:4 Punkten vor Blau-Weiß 90 Berlin (7:3).

GEWINNZAHLEN
Mittwochslotto: 1, 9, 4, 12, 22, 35, Zusatzzahl: 18 (ohne Gewähr).

هنا من اجل

Pathos für Proletarier

eka - „Arbeiter! Kein Politredner kann dieses Wort aussprechen, ohne daß Versammlungslokale, Marktplätze, Bürgerhäuser sich augenblicklich in Kirchen verwandeln. Erhebendes schwingt in dem Wort. Es verkündet Ausschließlichkeit der Tüchtigkeit, der Redlichkeit, der Kraft. Der Mensch ist gemeint. Versuchung ein Redner gleichen Erfolgs mit dem Ruf „Beamte!“ oder gar „Angestellte!“ zu erzielen, er würde sein tristes Wunder erleben. Schon vom Stimmklang her werden solcherart Begrüßte zu Schwächlingen herabgestuft, die nur den Tag herbeisehen, wo Pension oder Rente ihnen ein Leben mit Mühsal sichern soll.

„Arbeiter!“ - In jedem Buchstaben offenbart sich der Mythos der Urkraft, jener Kraft, die eine neue Welt nach der anderen schafft. Das Wissen und wußten schon die Demagogen früherer Zeiten. „Arbeiter der Sturm und der Faust“, „Arbeiter und Bauernstaat“. Beides ist an sich schon zu lang. Das einsam gesprochene Wort garantiert die beste Wirkung. Darf man überhaupt noch etwas Negatives über den „Arbeiter“ sagen angesichts des dröhnenden Pathos, mit der diese Vokabel immer wieder an die moralische Tüte gebietet wird, und zwar meistens von Politikern, die herzlich wenig mit Arbeitern zu tun haben?

Die gegenwärtigen Tarifauseinandersetzungen mit ihren fragwürdigen Begleiterscheinungen (vor allem bei denen, die immer weniger arbeiten und dennoch Arbeiter bleiben wollen) könnten dazu beitragen, den Mythos endlich einmal ein wenig anzukratzen. Denn es könnte ja sein, daß Beamte und Angestellte, ja selbst Freiberufler die Gunst der Stunde nutzen, um sich einmal ihrerseits als Inbegriff des Tüchtigen und Redlichen zu präsentieren. „Beamte und Beamtinnen“, „Angestellte weiblichen und männlichen Geschlechts“, „Vereinigten Freiberufler“ wird es uns vielleicht bald pathetisch aus Versammlungslokalen, von Marktplätzen und aus Bürgerhäusern entgegenschallen.

Arbeiter! Dazu darf es nicht kommen. Rettet die Heldensagen! Rettet den Mythos! Jedenfalls den Rest, der noch vorhanden ist.

Aber wie?
Ja, das ist eine gute Frage.

Jordans Film „Angel“

Der Rächer wird zum Terroristen

Duplizität der Titel - aber nicht der Inhalte. Dieser „Angel“ hat nichts zu tun mit dem spekulativen Film über Kinderprostitution in Hollywood, der zur Zeit noch in unseren Kinos läuft. „Angel“ ist ein Film über den Bürgerkrieg in Nordirland. Er wurde in der Republik Irland als Erstling von Neil Jordan gedreht, produziert von dem renommierten Regisseur John Boorman („Zardoz“, „Excalibur“). Ein Film also, gemacht von Leuten, die die Tragödie in dem geteilten Land jeden Tag aus der Nähe miterleben.

Kein Aktionismus freilich, auch keiner der dokumentarischen Anspruch erhöhe, obgleich die irische Wirklichkeit hier hautnah zu besichtigen ist: die mordenden Terroristen, die Soldaten an den Straßenecken, die leidenden Menschen, die zerborstenen Häuser. „Angel“ vermittelt die Atmosphäre von Furcht und Gewalt, die über den nordirischen Städten lastet, läßt ahnen, wie schnell sich ganz unbeteiligte Menschen auf einmal in Schuld verstricken können.

Der Saxophonist Danny (Stephen Rea) wird Zeuge, wie Terroristen - ob es Katholiken oder Protestanten sind, erfährt man nicht, und es ist auch ganz unwichtig - zwei Menschen umbringen: ein Erlebnis, das ihn aus dem seelischen Gleichgewicht wirft. Angel wird zum rächenden Engel, der nun seinerseits die Mörder umbringt und erst zu spät merkt, daß sein Feldzug auch ihn selbst auf die Ebene der Terroristen berabzieht.

Der Film wirkt wie ein Alptraum, wie ein Fieberwahn, der die Ängste und Halluzinationen Dannys in Bild umsetzt. Und für seine eindringliche Wirkung zeichnet nicht zuletzt der Kameramann Chris Menges („Local Hero“) verantwortlich, der die irische Landschaft in leuchtenden, stählernen Farben malt, mit denen dann die Verhängnisse der Visionen des racheverbrannten Danny kontrastiert. Das ist nicht frei von Symbolismus und Pathos, wirkt aber, zusammen mit den klagenden Saxophon-Sol, auf den Betrachter fast sohaft.

Ein Schönheitsfehler ist freilich, daß das gleiche, auch bei den Dialogen versucht worden ist. Ein Bild aber, das Phantasien freisetzt, ist eben doch etwas anderes als das Wort in seiner oft banalen Eindeutigkeit. Hier ist Jordan, der auch das Drehbuch verfaßt hat, gelegentlich in falschen Tiefen abgerutscht. Doch tut das dem Film im ganzen nur wenig Abbruch.

SVEN HANSEN



„Ich lehne die Menschen, daß die Linie, eine so zarte und einfache Sache, die subtilsten Dinge ausdrücken kann.“ - Saul Steinberg's Phantasien über einen Strich

FOTO: HAMISH HAMILTON

Saul Steinberg oder Amerika als ein ironisches Labyrinth

Die erste Begegnung löst zwiespältige Gefühle aus. Denn die Zeichnungen von Saul Steinberg scheitern sich nicht ein, blenden nicht mit technischer Brillanz, überrollen nicht mit unwiderstehlichen Pointen. Sie geben sich spröde, scheinen primitiv, schnell erfährt und schnell vergessen. Und doch ist das etwas, was den Blick fesselt, was geradezu sticht.

Saul Steinberg, heute vor 70 Jahren im rumänischen Ramnicul geboren, studierte zuerst in Bukarest Literaturgeschichte, Philosophie, Soziologie und Psychologie, wechselte Anfang der dreißiger Jahre nach Mailand und zur Architektur, wanderte 1942 über Santo Domingo in die Vereinigten Staaten aus. Als Soldat kommt er nach China, Indien, Nord-

afrika und Italien. Vieles von diesen Ländern ist in seine Zeichnungen eingegangen, aber nur wenig - wie die Impressionen aus dem Krieg in „All in line“ oder die Rußlandskizzen in „The Labyrinth“ - ungefiltert. Die Absicht einer Zeichnung liegt darin, die Leute fühlen zu lassen, daß in ihr noch etwas anderes steckt, jenseits des Wahrnehmbaren. Die Reise zwischen Wahrnehmung und Verstehen - damit vor allem spiele ich.

Steinberg, der Neu-Amerikaner, sieht sein Land mit den Augen eines Fremden. „Ich zeichne Dinge, die vorher nie gezeichnet worden waren: amerikanische Frauen, Baseball-Spiele, kleine Städte, Motels und Diners“, aber ich zeichne sie mit derselben Sorgfalt, die Feinere Künstler auf einen Akt, ein Stilleben oder ei-

nen Apfel verwenden.“ Bewunderung und Ironie verbinden sich dabei auf eine impertinente Weise. Die scheinbar simplen oder auch nur bizarreren Formen entpuppen sich bei genauer Betrachtung als geniale Metaphern amerikanischer Wirklichkeiten, als eine raffinierte Mischung aus Vorurteilen und Vorgefundenem.

Aus Steinbergs Zeichnungen, zuerst meistens im „New Yorker“ veröffentlicht, spricht gleichwohl das typische Selbstbewußtsein der Amerikaner, das sich gleichermaßen aus Provinzialismus und Weltbüßigkeit nährt. Sie wissen sich überlieferter Symbole mit der gleichen Sicherheit zu bedienen, wie sie neue zu erfinden vermögen. Steinberg beherrscht alle historischen Zeichenstile und alle gegenwärtigen. Indem er sie kombiniert

- in einem Familienporträt erscheint z.B. der Vater im Stil der Neuen Sachlichkeit, die Mutter romantisch-impressionistisch, der Sohn als Kinderzeichnung -, entwickelt er einen rein graphischen Witz, der sich gewöhnlich der Beschreibung entzieht. Das macht es den Liebhabern von Steinberg-Zeichnungen - und Steinberg bleibt ein Zeichner, auch wenn er malt oder collagiert - so schwer, seinen Verächtern zu erklären, was diesen Künstler so weit über die anderen Cartoonisten hinaushebt. Steinberg weiß selbst: Ich gehöre weder ganz zur Kunst noch zur Karikatur- oder Magazin-Welt, so daß die Kunstwelt nicht so recht weiß, wo sie mich einordnen soll.

Aber in welche Schublade soll man auch einen Künstler stopfen, dessen

Stil- und Ideenrepertoire ständig erweitert und variiert wird? Der simple Aussagesatz dramatisch in Szene setzt - „Who did it?“ wird zu einem Verkehrsunfall der Buchstaben -, der bedruckten Papieren überraschende Gags abgewinnt - Millimeterpapier wird zu einem Käfig, in dem katzenartige Viecher herumturnen, Notenpapier zum Schnürregen -, der wortlose Sprechblasen zeichnet, die mehr als alle Worte ihren Sprecher charakterisieren, der ganze Tableau aus Stempeln komponiert oder Dokumenten in einer Schrift schreibt, die es nicht gibt? Wer sich ein wenig in Steinbergs Zeichensprache vertieft, erfährt jedenfalls immer erstaunliche Geschichten. Und so etwas kann man nur von wenigen Künstlern sagen.

PETER DITTMAR

„Sterben, Aussterben und Ausrotten“ - Warum immer wieder Tiergruppen zu bestimmten Zeiten der Erdgeschichte ausstarben

Katastrophen, die das Bild der Erde veränderten

Ist der Tod des Individuums, mit dem wir selbst durch unsere tägliche Begegnung vertraut sind, eine leichtverständliche und als unabdingbar angesehene Tatsache, so ist das Erlöschen der Arten oder der Stammeslinien eine schwer verständliche und schwer erklärbare Angelegenheit, schreibt der Direktor des Frankfurter Forschungsinstitutes Senckenberg, Professor Ziegler, in einem Aufsatz über „Sterben, Aussterben und Ausrotten“ in der Zeitschrift „Natur und Museum“. Die Befunde der Paläontologen lassen aber keinen anderen Schluß zu, als daß zu bestimmten Zeiten der Erdgeschichte immer wieder ganze Tiergruppen ausgestorben sind, und zwar in erdschichtlich ausgesprochen kurzen Zeiträumen.

Die Behauptung des bedeutenden amerikanischen Evolutionsforschers Mayr, daß sage und schreibe 99,99 Prozent aller Evolutionslinien im Laufe der Erdgeschichte erloschen seien, ist durchaus gerechtfertigt. Auch der Nestor der amerikanischen Evolutionsforscher, Simpson, glaubt, daß es bei allen überschaubaren größeren Gruppen lebender Organismen sehr viel mehr ausgestorbene Verwandte gegeben hat. Bei den Hürten etwa liegt die Zahl der ausgestorbenen Familien mindestens viermal so hoch wie bei den noch lebenden.

Die meisten modernen Autoren, wie etwa der Bonner Paläontologe und Sterbeforscher Prof. Erben, zweifeln daran, daß die Ursachen des Aus-

sterbens in der Erdgeschichte jemals präzise ermittelt werden können. Aber sie lehnen viele bisher vermutete Gründe ab. So halten sie eine Degeneration oder genetische Verwilderung der Stämme kurz vor ihrem Aussterben für unwahrscheinlich. Vertreter dieser Theorie führten beispielsweise das Verschwinden der Ammoniten darauf zurück, daß sich die ehemals spiralförmigen Gehäuse dieser Meerestiere am Ende entrollten.

Vermutet wird auch die „Red-Queen-Hypothese“ (Hypothese der roten Königin, nach dem Ausspruch einer Figur aus dem amerikanischen Kinderbuch „Alice im Wunderland“: „Sieh hier, du mußt laufen wie du kannst, um auf der Stelle zu bleiben“), die der niederländische Forscher Van Valen aufstellte. Nach dieser Vorstellung sterben Arten oder Stämme aus, die bei dem ständigen Wettlauf mit Konkurrenten, sich an Veränderungen der Umwelt anzupassen, auf der Strecke bleiben.

Bisher kennt man mindestens fünf große Episoden von Massenaussterben:

1. Im späten Ordovizium vor 450 Millionen Jahren.
2. Im Oberdevon vor 350 Millionen Jahren.
3. Am Ende des Perms vor 225 Millionen Jahren.
4. Am Ende der Trias vor 190 Millionen Jahren.
5. An der Wende zwischen Kreidezeit und Tertiär vor 65 Millionen Jahren (u. a. Aussterben der Dinosaurier).

Bei einem kürzlichen Symposium über die Dynamik des Aussterbens an der Universität von Arizona in Flagstaff diskutierten man darüber, ob es nicht noch mehr, wenn auch nicht immer so dramatische Massenaussterbe-Episoden gegeben habe: beispielsweise am der Zeitenwende Devon/Karbon, im späten Turon in der Kreide, an der Wende Poizän/Oligozän im Tertiär und am Ende des Eiszeitalters. Die Wissenschaftler Sepkoski und Raup glauben sogar, daß sich in den letzten 250 Millionen Jahren mindestens elf solcher Aussterbe-Episoden ereigneten. Sie halten ein periodisches Massensterben im jeweiligen Abstand von ca. 25 Millionen Jahren für wahrscheinlich.

Der kanadische Wissenschaftler McLaren wies darauf hin, daß am Ende des Frasnium (Abschnitt des Oberdevon) die Flächese-Tierwelt in einem ungeheuren Ausmaß von einem Aussterbe-Ereignis betroffen worden sein müsse. Es verschwanden die riffbildenden Korallen und Stromatoporen (und mit ihnen die seit dem Mitteldevon auch in Deutschland bekannten Riffe) und viele mit ihnen verbundene Faunen. Bei den Brachiopoden (Muschelkreben) starben viele Familien aus, bei den Trilobiten (Dreilappkreben) gab es einen deutlichen Einschnitt, ebenso bei den Conodonten (zahnähnliche Fossilien).

Als unmittelbare Ursache für dieses Massensterben vermutet man eine Ozeanvergiftung, Strömungsentwicklungen und -veränderungen,

mögliche Meeresvorstöße und -rückzüge sowie kurzfristige Temperaturänderungen. Die Gründe für diese Veränderungen der physikalischen Bedingungen der Lebensräume könnten durch drei größere Gruppen von Ereignissen bedingt gewesen sein:

1. Endogene Wechsel und Veränderungen in der Unterkruste oder im Oberen Mantel der Erde (zum Beispiel durch in größerem Maße auftretende Temperaturerhöhungen, Vulkanismus, Entgasung bei Veränderungen in der Unterkruste).
2. Veränderungen im Solarsystem, etwa geringere oder stärkere Strahlungsintensität der Sonne.
3. Einschlagen von großen Asteroiden aus dem Weltall auf die Erdoberfläche, deren Folgeerscheinungen verheerende Wirkungen haben können.

Auch der gravierende, selbst unter Laien viel diskutierte Faunenschnitt an der Zeitgrenze Kreide/Tertiär, als die Dinosaurier ausstarben, wird heute meistens einem Asteroideneinschlag zugeschrieben. Diese Annahme gründet darauf, daß in verschiedenen Teilen der Erde iridiumreiche Schichten aus dieser Zeit entdeckt wurden. Iridium gilt auf der Erde als seltenes Metall, kommt jedoch in Asteroiden und Meteoriten häufig vor. Allerdings berichtete der Forscher Kaufman in Flagstaff, daß die wirbellosen Meerestiere bereits im Turon, also vor dem Massensterben an der Grenze Kreidezeit/Tertiär,

durch Veränderungen der Ozeanströmungen, der Wassertemperatur und der Salzgehalte sehr stark unter Stress gestanden hätten und schon zu dieser Zeit auszusterben begannen.

Den Übergang von der Kreidezeit zum Tertiär haben unter anderem die Ammoniten, die Meeresreptilien (Fischsaurier und Paddelrechen), zahlreichsten Vögel, Flugsaurier und eben vor allem die spektakulären Dinosaurier nicht überlebt. Diese verschwanden freilich langsamer, als bisher vermutet wurde. Prof. Erben fand noch fünf Horizonte von, allerdings krankhaft veränderten, Dinosauriern im älteren Tertiär in Südrussland - zu einer Zeit also, in der es nach allgemeiner Ansicht längst keine Dinosaurier mehr gegeben haben dürfte!

Die Perioden des Massenaussterbens liegen (mit Ausnahme desjenigen zum Ende des Eiszeitalters) alle vor dem ersten Auftreten des Menschen. Sie hatten rein natürliche, im Wesen der Entwicklung der Erde und der Organismen bedingte Ursachen. Doch mittlerweile übt der Mensch einen negativen Einfluß auf die Entwicklung des Lebens und Sterbens aus. Viele Biologen sind sich einig, daß gegenwärtig die größte Massenvernichtung von biologischen Arten, die die Erde je sah, begonnen habe. Jedenfalls ist derzeit die Aussterberate im Jahr viermal größer, als es nach allen paläontologischen Berechnungen normal wäre.

DORIS BAUMBAUER

Basel spielt M. Duras' „Ganze Tage in den Bäumen“

Wo blieb der dritte Akt?

Marguerite Duras konnte in den späten sechziger, frühen siebziger Jahren mit der Dramatisierung ihrer Erzählung „Ganze Tage in den Bäumen“ einen theatralischen Weltenerfolg verbuchen. Das bleibt nach der Aufführung in der Basler „Komödie“ jetzt unverständlich.

Barraut brachte das Stück mit Madeleine Renault in Paris zur sensationellen Uraufführung. Tilla Durieux zog mit ihm kreuz und quer durch den deutschsprachigen Raum. Denn die Zentralrolle ist die, nach der Autorin, „steinalte“ Frau. Sie kommt per Flugzeug aus Indochina, um ihren Liebessohn zu besuchen. Dem hat sie seinerzeit alles durchgehen lassen, auch daß er ständig die Schule schwänzte und ganze Tage in den Bäumen verbrachte. Es ist aus ihm, der nun weit über 40 Jahre alt ist, nichts geworden, ein Gigolo mit einem saganhaft dämlichen Animierrädchen als Geliebte, die er immer wieder vor die Tür setzt. Zynisch plündert er die Mutter aus. Nimmt alles an sich, was sie mitgebracht hat, was besonders mies ist, da er doch weiß, daß sie gar nicht mehr so reich ist, wie sie angibt.

Diese etwas hochstapelnde Mutter, die offenbar nicht immer bei Sinnen ist, verleiht dem Stück eine seltsame, fast irrealen Spannung. Man muß sie nur spielen, gefährlich und gefährdet, hart und gültig und letztlich voller Angst und Verzweiflung. Hanna Burgwitz, eine erste Schauspielerin, könnte das alles, wenn man sie ließe,

Aber die Regie läßt sie nicht. So wird sie zur burschikosen, deftigen Person, die selten zu interessieren, nie zu rühren vermag. Schade!

Überhaupt diese Regie von Heinz Engels. Da wird ganz sinnlos etwa die Mitteilung des Sohnes an die Geliebte, die so wichtige Fabrik gebe es gar nicht mehr, sie sei vor Jahren verstaatlicht worden, was doch die Mutter als Lügnerin und Traumtänzerin entlarvt, schlicht gestrichen. Oder es wird abern zusammengezogen: Bei der Durieux kommt nach dem ersten Akt in dem Appartement des Sohnes, wo die Mutter nach ihrem Eintreffen sich ihres wertvollen Schmuckes entledigt, offenbar damit der Sohn sich seines beraubt, ein zweiter Akt in einer Bruchbude von Bar (von Hannes Meyer zu einem Prunklokal hochstilisiert, das ganz sinnlos ist), wo die Mutter völlig aus den Fainten kippt und verzweifelt abgeht. Darauf ein dritter Akt, wo der Sohn verneidet, daß er wieder einmal sein Geld, das heißt das mütterliche Geld, beim Bakarat verspielt hat. Also nimmt er schamlos die Schmuckstücke an sich, wobei er zynisch auf den baldigen Tod der Mutter hofft, die so oder so schon in wenigen Stunden zurückfliegen wird.

In Basel gibt es diesen dritten Akt nicht. Er wird an den zweiten angehängt. So muß die Mutter ihren Schmuck in der Bar abstreifen, wo ihn dann der Sohn plündert, wo aber jeder andere Gast ihn auch hätte klauen können. Die Mutter, die voller



In Basels „Komödie“ unter Wert verkauft: Die Dramatikerin Marguerite Duras

FOTO: CAMERA PRESS

Verzweiflung nach Hause gegangen ist, muß wieder unmotiviert zurückkehren, um ihren letzten Dialog der Verzweiflung mit dem Mädchen zu führen.

Der einzige Lichtblick in diesem Salat ist Henning Köhler, der den ersten Sohn, der sich selbst und dem Leben gegenüber völlig gleichgültig ist, um glücklich zu sein, darstellt. Da stimmt jedes Wort, jede Geste. Vorzüglich! Die Geliebte - Eva Maria Hofmann - ein bißchen bläß.

CURT RIESS

Neue Platten: Gitarrenmusik von Bach und Henze

Wie Shakespeare klingt

Zwischen der Neuauflage der Bachschen Lautenwerke auf einer elfsaitigen Gitarre und Henzes Gitarrensonaten liegen Welten. Julian Bream war es, der Henze einst annahm, ein „umfangreiches neues Gitarrenwerk“ für ihn zu schreiben. Heraus kam Henzes erste „Royal Winter Music“, seine „First Sonata for Guitar“, ein sechssätziges Werk mit den Überschriften „Gloucester“, „Romeo und Juliet“, „Ariel“, „Ophelia“, „Touchstone, Audrey und William“, „Oberon“. Es ist ein Werk, das an den Gitarren kann noch zu steigenden Anforderungen stellt und die genannten Charaktere auf höchst artistische und auch „lautmalische“ Weise nachzuzeichnen versteht.

Da Shakespeares Figuren ihm keine Ruhe ließen, schrieb Henze 1979/80 eine zweite, dreisätzige Sonate „Sir Andrew Aguecheek“ (Junker Bleichwang), „Bottom“ (Dreimann) (Zettels Traum) und „Mad Lady Macbeth“. Dem letzten Satz, so mutmaßte der Komponist, würde sich so mancher Gitarrist nur schauernd nähern. Und von Julian Bream, der gewiß kein Verkörper der Moderne ist, heißt es denn auch, er habe diesen letzten Satz rundweg für unspielbar erklärt.

Um so erstaunlicher, daß es der Gitarrist und Münsteraner Hochschullehrer Reinbert Evers doch gewagt hat. Nun nahm er die beiden Sonetten, die er bereits 1980 uraufführte, auf Platte auf („Royal Winter Music 1 + II, Dabringhaus und

Grimm, über Electrola-Vertrieb ASD). Der Karl-Scheit-Schüler hat mit der exemplarischen Plattenfassung die moderne klassische Gitarre auf so glänzende Höhen geführt, an denen sich von nun an das zeitgenössische Saitenspiel messen lassen müssen.

Liebharn „etablierter“ Klassik sei indessen die neue Langspielplatte des jungen schwedischen Gitarristen Göran Söllscher empfohlen mit Lautenwerken Johann Sebastian Bachs (DGG 410 643-1). Anders als auf seinen beiden ersten Platten spielt Söllscher hier auf seiner von dem schwedischen Instrumentenmacher Georg Bolin gebauten elfsaitigen Gitarre und kommt bei der Interpretation der Lautenwerke (BWV 996, g-moll, BWV 997, c-moll, und der bereits auf dem ersten Album gebotenen Fuge BWV 1000, g-moll) dem Ideal der „Werkzeuge“ recht nahe. Denn sein Instrument hat eine besondere, kombinierte Lauten- und Gitarrenstimmung, und Bach hatte seine Werke für ein mit Darmsaiten bespanntes Tasteninstrument, das Lautenclavicymbel, geschrieben.

Söllscher unterstreicht das durch betont gleichmäßiges fast cembaloartiges Spiel ohne merkwürdige Legatenwechsel und vor allem durch ein exquisit herausgearbeitetes einzelner Stimmen. Zwei Platten, zwischen denen Welten liegen und die einander doch aufs ännierendste ergänzen.

ALEXANDER SCHMITZ

JOURNAL

„Nowij Mir“ vom Verband kritisiert

fn. Moskau Der sowjetischen Kulturzeitschrift „Nowij Mir“ ist vom Sekretariat des Schriftstellerverbandes vorgeworfen worden, beim Abdruck neuer literarischer Werke nicht genügend auf die ideologische und künstlerische Qualität zu achten. Statt den Kampf des Volkes um die Errichtung der neuen Gesellschaft zu schildern, hätten mehrere Autoren belanglose Alltagsthemen aufgegriffen, negative Erscheinungen überbetont oder bei der Darstellung dramatischer Konflikte ein niedriges ethisches Niveau bewiesen. Als Beispiel werden Werke von G. Semjonow, L. Sternler und Juri Nagibin genannt. Auch bei der Lyrik seien häufig „graue, inhaltsarme und gedankenschwache Schöpfungen“ anzutreffen, während die Rezensionen der Zeitschrift oft zu positiv und zu nachsichtig ausfielen.

Pariser Kongreß der Museumsfreunde

dpa, Paris Die Weltvereinigung der Museumsfreunde veranstaltet ihren 5. Kongreß vom 2. bis zum 6. Juli in Paris. Dazu werden mehr als 600 Teilnehmer aus 23 Ländern erwartet. In Kommissionen soll über Themen wie „Das Museum und das künstlerische Schaffen“ und „Das Museum und die Kommunikation“ sowie das Mäzenatentum diskutiert werden.

Fotografische Arbeiten von Marta Hoepffner

DW, Kaiserslautern Fotografien und Lichtobjekte von Marta Hoepffner stellt die Pfalz Galerie in Kaiserslautern bis zum 15. Juli aus. Die Fotografien gehörte zu den wichtigen Experimentatoren in Deutschland, die der künstlerischen Fotografie und den fotografischen Arbeiten ohne Kamera neue Wege eröffneten.

Das neue Wilhelm-Busch-Jahrbuch

DW, Hannover Mit den Bildnissen und Selbstbildnissen von Wilhelm Busch und mit dem Verhältnis Buschs zu Wilhelm Raabe beschäftigen sich u. a. die wissenschaftlichen Beiträge im neuen Wilhelm-Busch-Jahrbuch 1983. Außerdem stellt es neue Literatur über den Zeichner und über kritische Graphik vor. Es erschien bei der Wilhelm-Busch-Gesellschaft, Hannover, im Georgengarten, und kostet 20 Mark.

Landesausstellung über die Tirolische Nation

DW, Innsbruck Die Tirolische Nation 1790-1820 ist der Titel der großen Landesausstellung im Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum. Sie will nicht nur die Kämpfe von 1809 gegen Franzosen und Bayern darstellen, sondern auch ein Bild der Epoche in ihren politischen, wirtschaftlichen, militärischen, vor allem aber geistig-kulturellen Aspekten geben. (bis 14. Oktober)

Bücher aus dem Besitz Voltaires

AFP, Moskau Mehr als sechzig Bände, die aus dem Besitz von Voltaire stammen, sind jetzt in der Leningrader Saltykow-Schtschedrin-Bibliothek entdeckt worden. Die Bände waren seinerzeit von Katharina der Großen erworben worden. Darunter befinden sich u. a. eine Ausgabe von Torquato Tassos „Befreitem Jerusalem“ und eine seltene, 1606/1615 in Den Haag gedruckte Ausgabe des „Don Quichotte“ mit ausführlichen Randbemerkungen Voltaires.

Die VII. Medikale für Medizinfilm

wm, Marburg Die VII. Medikale Marburg, der im alljährlichen Wechsel mit der Medikale International Parma bedeutendste, internationale Wettbewerb für medizinische Filme, findet in diesem Jahr vom 5. bis 10. Oktober in Marburg statt. Sie dient nicht nur dem medizinischen Fortbildungsfilm, sondern mehr noch dem populär-medizinischen Informations- und Aufklärungsfilm. An der VII. Medikale 1982 nahmen insgesamt 145 Filme aus 16 Ländern teilgenommen.

Bruno Fritz gestorben

dpa, Berlin Der Schauspieler und Kabarettist Bruno Fritz ist in Berlin im Alter von 84 Jahren gestorben. Er galt vielen als Inbegriff des schlagfertigen, mit Herz und Gemüt begabten witzigen Berliners. Zu seinen besonders populären Figuren gehörte der „Herr Kummer“ in Günter Neumanns Rundfunkkabarett „Die Insulaner“. Großen Erfolg hatte er auch auf dem Theater, u. a. als Vater Doolittle in dem Musical „My Fair Lady“, in dem „Raub der Sabinerinnen“ oder im „Kleinen Teubus“. 1973 zeichnete ihn das Land Berlin mit der Ernst-Reuter-Plakette aus.

Das kleinlaute Ende um einen großen Skandal

Prozeß um Honnefer „Kurklinik-Affäre“ brach zusammen

CHARLOTTE SCHULZ, Bonn
Die Schande, sich wegen Millionenbetrugs vor Gericht verantworten zu müssen, verkräftete der Honnefer Kommunalpolitiker Roland Deubner (56) nicht. Als am 8. März dieses Jahres der Prozeß gegen ihn und zehn weitere Honnefer Politiker und hohe Beamte vor der 10. Großen Bonner Wirtschaftskammer eröffnet wurde, brach er vor Aufregung zusammen. Er durfte die Rehabilitation, die die Honnefer Stadtprominenz jetzt nach einem aufsehenerregenden und quälenden Mammutprozeß erhält, nicht mehr miterleben.

Schier unglaublich erscheint ihm nachher, daß es überhaupt in diesem Fall zum Prozeß kommen konnte. Mit dem gravierenden Vorwurf, sie sei von den beiden Honnefer Gesellschaften „Sanatorium GmbH“ und „Bad Honnefer AG“ von 1970 bis 1978 um 2,2 Millionen DM betrogen worden, hatte sich die Bundesversicherungsanstalt in Berlin am 12. Juni 1979 an die Bonner Staatsanwaltschaft gewandt. Bonner Staatsanwälte reisten nach Berlin und bekamen schwerwiegende Vorwürfe gegen die Verantwortlichen der Honnefer Kurkliniken zu hören. Jahrelang hätten sie der BVA gefälschte Selbstkostenblätter zugesandt und dadurch weit überhöhte Pflegesätze kassiert.

Und die Bonner Staatsanwaltschaft reagierte prompt: Sie erhob gegen die bis dahin unbescholtenen Bürger nicht nur Anklage wegen Millionenbetrugs, sondern auch Untreue in Höhe von 1,4 Millionen DM und Steuerhinterziehung von 613 000 DM. Auch Stadtdirektor Dr. Johannes Wahl (52) und dem Honnefer Bürgermeister Franz Josef Kayser (55) blüht der schwere Gang zum Bonner Landgericht nicht erspart. Kayser trat von seinem Amt zurück.

Doch was die beiden vom Betrug überzeugten Angeklagten dann im Verlauf des über dreimonatigen Prozesses zu hören bekamen, verschlug nicht nur ihnen die Sprache. Die rüchelten die verantwortlichen Herren der Bonner Bundesversicherungsanstalt plötzlich Stück für Stück von ihrem Betrugsvorwurf ab.

Und am 29. Verhandlungstag blieb der Bonner Staatsanwaltschaft nur noch das peinliche Zugeständnis:

„Die sowohl bei der Anzeigenerstattung als auch in den Vernehmungen eindeutig und unmißverständlich vorgetragenen Tatsachen haben in den Zeugenvernehmungen vor diesem Gericht auch zur Verurteilung der Staatsanwaltschaft nicht die entsprechende Bestätigung gefunden. Damit entfällt auch der ursprünglich von der BVA behauptete Schaden in Millionenhöhe.“

Kleinlaut stimmten die Ankläger einer Einstellung des Verfahrens gegen alle Angeklagten zu, da die BVA weder getäuscht worden noch ihr ein Schaden entstanden sei.

Da die BVA aber unzweifelhaft zumindest leichtfertig Anzeige erstattet hätte, beantragten die Staatsanwälte, der Berliner Behörde die zweifelslos hohen Kosten des Mammutverfahrens aufzuerlegen. Für die zehn angeklagten Honnefer Honoratioren, die sich jahrelang in ihrer Stadt einem wahren Spießrutenlauf ausgesetzt sahen, ein schwacher Trost.

Stadtdirektor Dr. Johannes Wahl: „Dieses Verfahren hinterläßt bei allen Betroffenen und ihren Familien tiefe Narben. Wir haben einen Rufschaden erlitten, der niemals wieder gutzumachen ist.“

Und den hat nach Meinung aller nicht nur die BVA leichtfertig verschuldet. Sträflisch versagt habe auch die Staatsanwaltschaft, denn bei einer sorgfältigen Auswertung der Unterlagen hätte sie von vornherein erkennen müssen, daß die Anzeige der BVA keiner Überprüfung standhält.

Anzeige hätte die Bundesversicherungsanstalt vermutlich auch niemals erstattet, wäre da nicht der 1978 in Bad Honnefer neuernannte Stadtdirektor Karl J. gewesen, den die Angeklagten als Bösewicht und Drahtzieher in dem „schaurigen Intrigenspiel“ sehen. Wegen Unfähigkeit war er von den Honnefer Aufsichtsräten der beiden Gesellschaften schon vor Ablauf der Probezeit entlassen worden. War das Ganze nur ein Racheakt?

Warum die Bundesversicherungsanstalt so prompt auf die Anschuldigungen reagierte, ist allen Beteiligten noch ein Rätsel. Manches spricht für Schlämperei im Hause der Bundesversicherungsanstalt.

7,5 Millionen Behinderte leben im Kreis der Familie

Bonner Studie zur Lage der Körperbehinderten in Deutschland

dpa, Bonn
Der Zwang zum Sparen hat auch die Behinderten stark getroffen. Zahlreiche Vergünstigungen, so bei der kostenlosen Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, wurden stark beschnitten. Dies traf vor allem diejenigen, die wegen körperlicher Gebrechen in ihrer Bewegungsfreiheit mehr oder weniger eingeschränkt sind.

Dies belegen jetzt erste Ergebnisse einer bundesweiten repräsentativen Erhebung unter 67 000 zu Hause lebenden Behinderten im Auftrag der Bonner Ministerien für Verkehr, Familie und Arbeit. Nach der Studie können rund 300 000 zu Hause lebende Behinderte die eigenen vier Wände nicht mehr oder kaum noch verlassen. Weitere 600 000 können nur in Begleitung und an Krücken gehen oder müssen im Rollstuhl geschoben werden. Mindestens auf eine Begleitung angewiesen sind 1,3 Millionen Behinderte.

Insgesamt gibt es in der Bundesrepublik Deutschland 7,5 Millionen zu Hause lebende Behinderte, über sieben Millionen Erwachsene und rund 450 000 Kinder und Jugendliche sind zudem noch „mobilitätsbehindert“, wie es im amtlichen Sprachgebrauch heißt. Der Grad der Einschränkung in der Beweglichkeit ist bei Kindern und Jugendlichen doppelt so hoch wie bei Erwachsenen. Fünf von sechs Jugendlichen aus dieser Behindertengruppe können Fahrten und Wege nicht ohne Begleitung machen.

Der Alltag bringt für Behinderte Belastungen, über die ihre gesunden Mitmenschen oft achlos hinwegsehen. Für fast die Hälfte von ihnen bedeutet eine Treppe ein oft nur schwer zu überwindendes Hindernis,

für rund 2,4 Millionen stellen selbst niedrige Türschwellen und Bordsteine schon hohe Hürden dar.

Dennoch müssen sie fast die Hälfte aller Wege zu Fuß zurücklegen, während es bei der Gesamtbevölkerung nur ein Viertel sind. Grund dafür ist nicht zuletzt, daß sie öffentliche Verkehrsmittel oder Autos oft nicht oder nur mit großen Schwierigkeiten benutzen können, weil diese nur selten behindertengerecht gestaltet sind. Deshalb sind Behinderte oft ausschließlich auf Ärzte und Geschäfte in ihrer nahen Umgebung angewiesen.

Wie dringend notwendig für Behinderte öffentliche Verkehrsmittel sind, ergibt sich aus einem anderen Ergebnis der Untersuchung: Ein Freifahrtsschein ist für sie kein Anreiz für unnötige Fahrten. Wer in seiner Beweglichkeit eingeschränkt ist, legt Tag für Tag – statistisch gesehen – 3,47 Wege zurück. Mit einer Freikarte erhöht sich diese Ziffer lediglich auf 3,54.

Bei der Vorstellung der Studienergebnisse – übrigens in einer der immer noch wenigen rollstuhlgerechten Einrichtungen, dem Bonner Gustav-Heinemann-Haus – kündigten die Ministerien an, sie wollten die neuen Erfahrungen in ihren weiteren Planungen berücksichtigen. Dies solle etwa beim Bau und Betrieb von Straßen-, Stadt- und U-Bahnen geschehen, aber auch im Wohnungs- und Städtebau.

Einen Anfang hat das Verkehrsministerium gemacht, indem es dafür gesorgt hat, daß Rollstuhlfahrer auch den Intercity-Verkehr der Bundesbahn benutzen können.

HEIKE LAUFMANN

LEUTE HEUTE

Tod eines Pioniers

Seit gestern lastet auf Jacques Pic die ganze Verantwortung für die Nouvelle Cuisine. Gestern starb nämlich sein Vater André (91), einer der Protagonisten der „manierten Küche“, wie Kritiker die nicht mehr ganz neue Richtung einstufen. Pic sen. zog zu seiner Glanzzeit Gäste wie Rita Hayworth, Charlie Chaplin und Aga Khan an. Jacques Pic ist allerdings schon seit geraumer Zeit Küchenchef des Hauses.

Traum vom Fliegen

Prinz Charles plauderte über eine geheime unerfüllte Sehnsucht: Er wäre gerne Drachenfänger. Doch der Windsor-Hof hält seinen Erben für unersetzlich. „Ich darf nicht“, klagte der 35jährige Kronprinz im Gespräch

mit der Drachen-Ingenieurin Lis Kilbey, „Ich muß warten, bis die Geräte sicherer werden.“ Genau das ist die Aufgabe der 25jährigen.

Einmaliges Geschenk

Sophia Loren hat sich zu ihrem 50. Geburtstag ein Geschenk mit persönlicher Note ausgesucht. Ihr zweiter Sproß, Edoardo (11), wird mit Frau Mama vor der Kamera stehen. Titel des Films „Qualcosa di buono“ (Etwas Gutes). Die Story des Films: Die Mutter reist mit ihrem Sohn in eine Schweizer Augenklappe. Der Junge hatte in frühester Kindheit einen Unfall, der ihn fast völlig erblinden ließ. Er kann sich nur noch schemenhaft an das Gesicht seiner Mutter erinnern. Daher auch der Titel – das „Blonde“ als Synonym für etwas Lichtes, Heiles, Schönes.



Diese saubere Jochthor-Kulisse aus dem Jahre '61 existiert nicht mehr. Überall machen sich Stums breit. 1,2 Millionen Menschen mehr seit der Unabhängigkeit 1962 suchen sich ihre Unterkünfte.

FOTO: CAMERA PRESS

Algier erstickt an der Masse Mensch

Vom Glanz der französischen Kolonialstadt ist wenig geblieben/ Rigorose Aussiedlung heißt das Gebot der Stunde

dpa, Algier

Die Postkarten-Schönheit der „weißen Stadt“ Algier hat arg gelitten. An den meisten der einst prächtigen oder zumindest schmucken Bauten der französischen Kolonialzeit ist der Innenraum verblüht die Farbe, bröckelt der Putz, herrscht nur noch die Erinnerung an den Glanz früherer Tage.

Die algerische Hauptstadt, von den Franzosen mit einer Infrastruktur für etwa 800 000 Einwohner ausgestattet, wird mittlerweile von annähernd drei Millionen Menschen bevölkert. Die Stadtlandschaft hat sich wie ein Brei über die weite Bucht von Algier und das Küstengebiet gelegt.

Am späten Nachmittag, zur Stunde des Planiers, wird die Überbevölkerung physisch spürbar. Von der Place Audin, vorbei an der großen Fakultät und dem goldverzierten Portal der Hauptpost, dem wohl schönsten Gebäude, das in seinem maurischen Stil den Mittelpunkt der Stadt markiert, drängen sich die Massen bis zum Square Port Said mit dem

Nationaltheater und zum Märtyrer-Platz am Fuße der Kasbah, der Altstadt. Der Straßenverkehr bricht zur „rush hour“ regelmäßig zusammen, das Nahverkehrswesen ist völlig überlastet, das Wasserleitungssystem veraltet und absolut unzureichend. Das Telefonnetz fällt stets zur Unzeit aus. Die Luft ist stark verschmutzt. Algier droht an sich selbst zu erstickern.

Den „Märtyrern der Nation“, den 1,5 Millionen Gefallenen im Befreiungskampf gegen die Kolonialherren, ist das auffälligste neue Bauwerk der Hauptstadt gewidmet: ihr neues Wahrzeichen, ein Monument aus vier etwa 80 Meter hoch ragenden Beton-Stelen, Anfang der 80er Jahre auf einem kleinen Berg östlich des Zentrums errichtet. Vor jeder der Stelen will das fängt mit der Bevölkerung an. Der häßliche Rand aus „gourbis“ (Hütten) soll verschwinden. Die Parole heißt „dégourbisierung“ oder – anders ausgedrückt – „Raus aus den Stums, zurück in die Dörfer“. Erst Ende Mai sind wieder 1092 Haushalte

zogen worden. Trotz der forcierten Bauprogramme der letzten Jahre hat sich die Wohnungsnot nicht entscheidend gelindert. Die durchschnittliche Belegquote pro Wohnung beträgt sieben Personen, das heißt pro Zimmer drei, in manchen Vierteln acht.

Zu einem natürlichen Bevölkerungswachstum von jährlich 3,24 Prozent (1982) muß Algier die Folgen einer enormen Landflucht verkraften: Etwa 1,3 Millionen zogen seit der Unabhängigkeit (1962) in die großen Städte, davon die meisten in die Hauptstadt. Wohnungsmangel und Unterbeschäftigung sind nur die drängendsten der sich daraus ergebenden Probleme.

„Dezentralisierung“ heißt die Zauberformel, mit der die Regierung der Nöte ihrer Hauptstadt Herr werden will. Das fängt mit der Bevölkerung an. Der häßliche Rand aus „gourbis“ (Hütten) soll verschwinden. Die Parole heißt „dégourbisierung“ oder – anders ausgedrückt – „Raus aus den Stums, zurück in die Dörfer“. Erst Ende Mai sind wieder 1092 Haushalte

mit noch nicht schulfähigen Kindern in ihre Heimat-Willas (Bezirke) zurückverfrachtet worden. 350 Lastwagen, 180 Busse und 130 Kleinbusse sorgen für einen schleunigen Ablauf der Aktion.

Ein deutscher Diplomat in Algier berichtete, daß solche Maßnahmen jedesmal unter großem Geschrei der Mütter über die Bühnen gingen und den Armee-Lastwagen auch sofort die Planentrappen folgten. So hat man sogar eine neue Trasse für die Stadt-autobahn mitten durch eine solche „wilde Siedlung“ gelegt.

Die Dezentralisierung zielt aber vor allem auch auf die Wirtschaft. Neue große Industrieunternehmen werden grundsätzlich nur noch außerhalb Algiers angesiedelt. So wird Ain Oussema auf dem Hochplateau Standort für den Bau eines geplanten Automobilwerks. Neben mehreren anderen internationalen Konkurrenten bewirbt sich auch die Volkswagen AG darum.

KARL-HANS SATTLER



So wird es nie wieder. Diese Brücke wäre dem modernen Intercity-Verkehr nicht gewachsen. Die Bundesbahn zeigt gleichwohl Herz für die Fans der Dampftrasse und entmietet für 1985 drei Oldtimer.

FOTO: DIETER KEMPF

Zum Jubiläum läßt die Bahn wieder Dampf ab

PETER ZERBE, Nürnberg

Die Deutsche Bundesbahn macht ihren alten Lokomotiven wieder Dampf. Nach sechsjähriger Pause sollen 1985 – zum 150jährigen Jubiläum der Schienenbahn in Deutschland – dunkle Rauchfahrzeuge an alte Zeiten erinnern.

Drei historische Dampflok, eine Schnellzug-, eine Güterzug- und eine Schmalspur-Lokomotive werden zur Freude der Eisenbahn-Fans entmietet und ziehen dann von Mai bis September auf historischen Strecken zwischen Nürnberg, Bayreuth und Amberg um. Die Mutter reist mit ihrem Sohn in eine Schweizer Augenklappe. Der Junge hatte in frühester Kindheit einen Unfall, der ihn fast völlig erblinden ließ. Er kann sich nur noch schemenhaft an das Gesicht seiner Mutter erinnern. Daher auch der Titel – das „Blonde“ als Synonym für etwas Lichtes, Heiles, Schönes.

Das Dampfzeitalter war in der Bundesrepublik Deutschland eigentlich im Oktober 1977 wegen gegangen. Seither sind sie auf den Strecken der Bundesbahn sogar verboten, wenn-

gleich auch in der Gemeinde der Oldtimer-Fans unvergessen.

Viel ist nicht mehr übriggeblieben von den einst mehr als 10 000 Dampflok. Die meisten wurden zum Schrotthaus abgestoßen. Liebhaber ist es zu verdanken, daß überhaupt noch einige Zeugen aus den Gründertagen der Industrialisierung laufen. Sie werden heute zu Filmaufnahmen, für Ausstellungen und Fahrten auf Privatstrecken aus den Depots geholt und wie gewöhnliche Waggon zum Einsatzort geschleppt. Wirklich fahrtüchtig sind nur noch ganz wenige Loks. Zu zeitaufwendig und teuer sind die Wartungen. Einer der Fans, der Bielefelder Textilfabrikant Gerd Seidensticker, hat eine Schnellzuglok der Baureihe 01 vor dem Schneidmesser gerettet und

in einer Gruppe Eisenbahnfreunde unter Führung eines Lokomotivführers, der diese Fabrikate noch selber gefahren hatte, wieder hergerichtet.

Für den fahrplanmäßigen Nostalgieeinsatz im kommenden Sommer will die Bahn eine Güterzug-Lokomotive der Baureihe 50 einsetzen, eine der besten Konstruktionen der ehemaligen Deutschen Reichsbahn. Von ihnen wurden 3164 Stück gebaut. Selbst bei der Bundesbahn kamen noch 2159 zum Einsatz. Ihre Höchstgeschwindigkeit lag bei 80 Kilometer in der Stunde.

Die Rolle, die heute für den 200 Kilometer schnellen Intercity-Verkehr die E-Lok der Baureihe 103 spielen, hatte früher die Dampflok-Baureihe 12 inne. Die 140 Kilometer schnellen Maschinen wurden von

1939 an im schweren Schnellzugdienst eingesetzt. Sie hatten sich so bewährt, daß die Bundesbahn 1969 noch 33 Lokomotiven von Kohle auf Ölförderung umrüstete. Besonders auffällig – ihre Stromlinienverkleidung. Auch diese Lok kommt wieder zu Ehren.

Nummer drei der Renaissance-Typen ist eine Maschine der Baureihe 23, die erst nach dem Kriege konstruiert worden war. Die 023 105-0 war als letzte Dampflok der Bundesbahn 1959 in Dienst gestellt worden.

Interessanten der „Bimmelbahntouren“ müssen sich an die Bundesbahn „Dampf 85“, Sandstraße 38 – 40 in 8500 Nürnberg wenden. Gefertigt wird in Nürnberg, weil hier am 7. Dezember 1835 die erste Bahn von Nürnberg nach Fürth dampfte.

US-Seeleute in Vietnam hinter Stacheldraht?

AFF, Houston

Ein vietnamesischer Flüchtling will Ende vergangenen Jahres sechs Amerikaner in einem Gefangenlager bei Da Nang an der Ostküste Vietnams gesehen haben. Das erklärte der 35jährige ehemalige Industrielle Nguyen Hun Chan, der sich zur Zeit in einem philippinischen Flüchtlingslager aufhält. Einen der Amerikaner habe er anhand eines Zeitungsfotos als Mitglied der Besatzung des US-Erdölforschungsschiffes „Glomar Java Sea“ identifizieren können. Das Schiff war im Oktober vergangenen Jahres im Chinesischen Meer mit 81 Mann Besatzung gesunken. Eine umfangreiche Rettungsaktion war erfolglos geblieben. Auch Vietnam hatte damals angegeben, nichts über das Schicksal der Besatzung zu wissen.

Gegen Tod auf Verlangen

DW, Marburg

Gegen die Zulassung der sogenannten aktiven Sterbehilfe hat sich der Vorsitzende des Marburger Bundes, Jörg Hoppe, gewandt. In der neuesten Ausgabe der Mitgliederzeitschrift warnt er nachdrücklich davor, den „Tod auf Verlangen“ unter bestimmten Voraussetzungen von der Strafbefreiung auszunehmen, wie es die Gesellschaft für humanes Sterben fordere. Eine solche Bestimmung sei für das Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Arzt untragbar.

Neues über Guevara-Texte

AFF, La Paz

Die Schriften des Guerrillaführers Che Guevara, die demnächst in London veröffentlicht werden sollen, sind zwischen 1979 und 1981 aus den Büros des Oberkommandos der bolivianischen Armee entwendet worden. Wie von militärischer Seite in La Paz bekanntgegeben wurde, sei der Diebstahl vermutlich von europäischen Beratern des späteren Innenministers Oberst Arce Gomez begangen worden, zu denen auch der in Frankreich inhaftierte Klaus Barbie gehören soll.

Sieben in den Himmel

AP, Cap Canaveral

Mit ihrer Raumfähre Challenger wollen die USA im Oktober erstmals sieben Astronauten gleichzeitig in den Weltraum schicken. Unter ihnen befinden sich zwei Frauen.

Riesen-Fest

AFF, Rio de Janeiro

Mit dem größten Bankett der Welt, einer 1,5 Kilometer langen Festtafel auf dem Flughafen der Stadt Marabá in Nordbrasilien, wollen 30 000 Goldgräber ihren Sieg über die Regierung feiern. Die Arbeiter hatten eine Verlängerung ihrer Schließungsbewegung durchgesetzt. Für das Fest sollen 300 Ochsen geschlachtet werden.

Tankzug explodiert

AFF, Vancouver

Auf dem Transcanada-Highway sind bei der Explosion eines Tanklastwagens am Mittwochnachmittag in der Nähe der Ortschaft Salmon Arm (British Columbia) 22 Menschen zum Teil schwer verletzt worden. Die Explosion war so heftig, daß ein vorbeifahrender Güterzug entgleiste.

Todesstrafe

AFF, Elizabethtown

Erstmals seit 22 Jahren wird in den USA wahrscheinlich wieder eine Frau hingerichtet. Die 51jährige Amerikanerin Velma Barfield hatte 1978 ihren Liebhaber und drei weitere Personen vergiftet.

Illegaler TÜV

dpa, Heinsberg

In Wegberg (Kreis Heinsberg) hat die Polizei eine illegale TÜV-Werkstatt ausgedeckt. In dem Gebäude beschlagnahmte die Polizei alte Autokennzeichen, Typenschilder und TÜV-Prüfplakette. Gegen eine nicht unerhebliche Gebühr erhielten dort Autofahrer die Plakette für ihre an regulären TÜV-Stellen beanstandeten Fahrzeuge. Der benutzte Stempel ist nach Angaben der Polizei eine Totalfälschung. Die Prüfplaketten wurden gestohlen.

Haschischfang

dpa, Tel Aviv

Die israelische Polizei hat zweieinhalb Tonnen Rauschgift im Schwarzmarkt von rund zwei Millionen Dollar beschlagnahmt. Das beschlagnahmte Rauschgift ist die größte Menge in der Geschichte Israels.

Scheidungsrecht

dpa, London

Eheleute in England und Wales können künftig bereits nach dem ersten Ehejahr das Scheidungsverfahren einleiten. Eine entsprechende Gesetzesänderung wurde gestern im Unterhaus verabschiedet. Bisher durfte eine Ehe erst nach drei Jahren geschieden werden. Die Kirche kritisierte die nach ihrer Ansicht eingetretene „Verbilligung“ der Ehe.

ZU GUTER LETZT

„Zur Diskussion spricht niemand, und der Versammlungsdirektor dankte für die rege Mitarbeit.“ Aus einem Leserbrief an die Ost-Berliner „Neue Deutsche Bauzeitung“.